

ifo

SCHNELLDIENST

SONDERAUSGABE DEZEMBER

2021

ifo Konjunkturprognose Winter 2021: Lieferengpässe und Coronawelle bremsen deutsche Wirtschaft aus

*Timo Wollmershäuser, Przemyslaw Brandt, Stefan Ederer, Friederike Fourné,
Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link, Sascha Möhrle, Radek Šauer,
Stefan Schiman, Klaus Wohlrabe und Lara Zarges*



ifo Schnelldienst
ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Dr. Marga Jennewein, Dr. Cornelia Geißler.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Dr. Yvonne Giesing, Dr. Christa Hainz, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: monatlich + zwei Sonderausgaben.
Bezugspreis jährlich: EUR 150,-
Preis des Einzelheftes: EUR 12,-
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: SAS Druck, Fürstenfeldbruck.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
<https://www.ifo.de>

Dezember 2021

ifo SCHNELLDIENST Sonderausgabe

Inhaltsverzeichnis

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft	3
1.1 Überblick	3
1.2 Ausblick	4
1.3 Risiken	6
2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft	8
2.1 Überblick	8
2.2 Ausblick	9
Box: Zur Revision der ifo Prognose vom September 2021	11
2.3 Risiken	13
2.4 Finanzpolitische Rahmenbedingungen	14
Box: Der Koalitionsvertrag im Lichte des Staatskontos	16
2.5 Finanzierungsbedingungen unverändert günstig	17
2.6 Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	18
2.7 Lieferengpässe und vierte Coronawelle belasten Produktion	19
Box: Zu den Auswirkungen des Mangels an Vorprodukten	22
2.8 Gestörte Lieferketten belasten den Außenhandel	23
2.9 Unternehmensinvestitionen zunächst weiter ausgebremst	24
2.10 Wohnungsbau steht vor Expansion	26
2.11 Private Konsumausgaben sinken zunächst wieder	27
2.12 Inflation auch im kommenden Jahr hoch	28
Box: Prognosemodell für die Entwicklung der Verbraucherpreise	30
2.13 Staatskonsum schwankt heftig	31
2.14 Erholung am Arbeitsmarkt vorübergehend gedämpft	32
Box: Zur geplanten Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns	35
2.15 Stärkere Lohndynamik zeichnet sich ab	36
2.16 Defizite im Staatshaushalt werden geringer	37
3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion	39
4. Zur Finanzpolitik in Deutschland	41
5. Literatur	43
6. Tabellenanhang	44

Timo Wollmershäuser, Przemyslaw Brandt, Stefan Ederer, Friederike Fourné, Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link, Sascha Möhrle, Radek Šauer, Stefan Schiman, Klaus Wohlrabe und Lara Zarges

ifo Konjunkturprognose Winter 2021: Lieferengpässe und Coronawelle bremsen deutsche Wirtschaft aus

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

1.1 ÜBERBLICK

Die Entwicklung der Weltwirtschaft ist weiterhin maßgeblich von der Corona-Pandemie bestimmt. Nach dem starken Einbruch im Vorjahr erreichte das Bruttoinlandsprodukt der fortgeschrittenen Volkswirtschaften im dritten Quartal 2021 erstmals wieder das Vorkrisenniveau (vgl. Abb. 1.1). Insbesondere in Europa wuchs die Wirtschaft im Sommerhalbjahr 2021 rasch und erholte sich von der pandemiebedingten Stagnation im vorangegangenen Winter. In den USA hingegen war die Konjunktur im Winter 2020/21 kaum von der Pandemie beeinträchtigt, schwächte sich aber im dritten Quartal des laufenden Jahres aufgrund eines Anstiegs des Infektionsgeschehens ab (vgl. Abb. 1.2). Auch in Japan stellten Infektionsausbrüche im Sommer eine Wachstumsbremse dar. Die Schwellenländer hatten das Vorkrisenniveau des Bruttoinlandsproduktes bereits ein Jahr früher überschritten, vor allem aufgrund der raschen Erholung Chinas. Dort führten lokale Ausbrüche zwar immer wieder zu teils drastischen behördlichen Maßnahmen. Die Konjunkturschwäche Chinas im dritten Quartal ist aber vor allem auf den Abschwung im Immobiliensektor und den Rückgang der Bauinvestitionen zurückzuführen, die mit der Verschärfung von Finanzierungsvorschriften für Immobilienunternehmen in Zusammenhang stehen.

Die weltweite Industrieproduktion ist seit den weitreichenden Schließungen im Frühjahr 2020 allerdings nur noch unwesentlich von der Konjunktur des Infektionsgeschehens abhängig. Sie war um insgesamt über 10% eingebrochen, etwa gleich stark wie in der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise 2008/09 (vgl. Abb. 1.3). Bereits nach einem halben Jahr war der Einbruch aber bereits wieder kompensiert, während die Kompensation nach der Krise 2008/09 gut eineinhalb Jahre gedauert hatte. Die rasche und kräftige Erholung der weltweiten Güternachfrage hatte Angebotsengpässe zur Folge, die zu starken Preissteigerungen bei Rohstoffen, Vorprodukten und Fertigwaren führten.

IN KÜRZE

Die anhaltenden Lieferengpässe und die vierte Coronawelle bremsen die deutsche Wirtschaft spürbar aus. Die zunächst erwartete kräftige Erholung für das Jahr 2022 verschiebt sich weiter nach hinten. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,5%, im kommenden Jahr um 3,7% und im Jahr 2023 um 2,9% zulegen. Die Inflationsrate dürfte zunächst noch einmal zunehmen: von 3,1% in diesem Jahr auf 3,3% im kommenden Jahr. Dabei spielen steigende Kosten, die mit den Lieferengpässen einhergehen, und auch die verzögerte Anpassung an die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise eine treibende Rolle. Erst im Jahr 2023 sollte sich der Anstieg der Verbraucherpreise wieder normalisieren und auf 1,8% zurückgehen. Die Arbeitslosenquote fällt von voraussichtlich 5,7% 2021 auf durchschnittlich 5,2% im Jahr 2022 und 4,9% im Jahr 2023. Im laufenden Jahr wird das Defizit im Staatshaushalt bei voraussichtlich 162 Mrd. Euro liegen. Im weiteren Prognosezeitraum erholt sich der Staatshaushalt. In den Jahren 2022 und 2023 wird ein Defizit von gut 80 bzw. 20 Mrd. Euro erwartet.

Unabhängig von der hohen Güternachfrage bildeten sich im weltweiten Schiffsverkehr räumliche Ungleichgewichte, die die Lücke zwischen weltweitem Warenangebot und -nachfrage verstärkten. Neben weiteren Erschwernissen wie die Hafenschließungen in China führte dies dazu, dass die weltweite Industrieproduktion über weite Strecken des laufenden Jahres stagnierte und der Warenhandel zurückging (vgl. Abb. 1.4).

Sowohl der Nachfrageüberhang beim weltweiten Warenhandel als auch die angebotsseitigen Probleme wirken preistreibend. Die Rohstoffpreise liegen, gemessen am Index des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), um rund 60% über dem Vorkrisenniveau; der Einbruch im ersten Halbjahr 2020 wurde weit überkompensiert (vgl. Abb. 1.5). Das aktuelle Preisniveau entspricht in etwa jenem vor der Einführung der Schieferölgewinnung in den USA im Jahr 2014. Während Rohöl selbst, das rund 70% des Gesamtdex ausmacht, dieses historisch hohe Niveau noch

Abb. 1.1

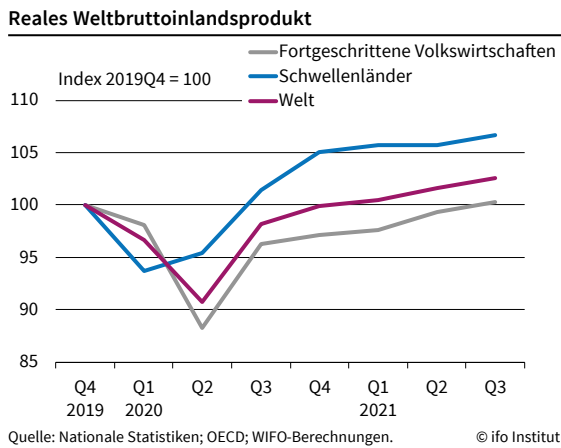


Abb. 1.2

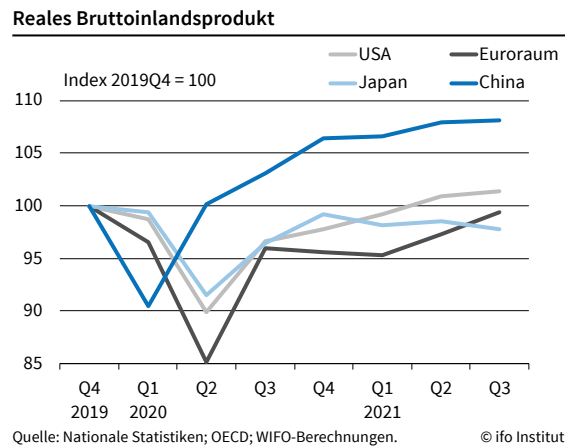


Abb. 1.3

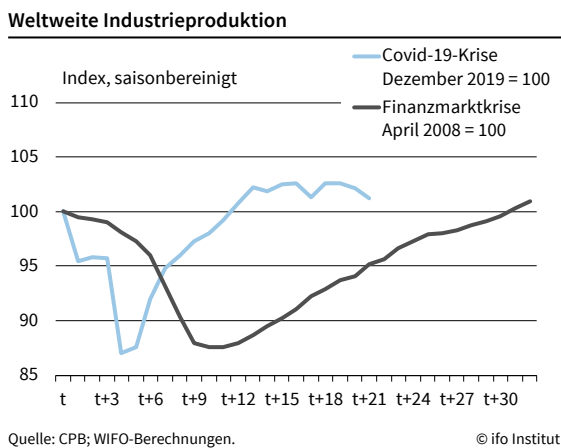


Abb. 1.4

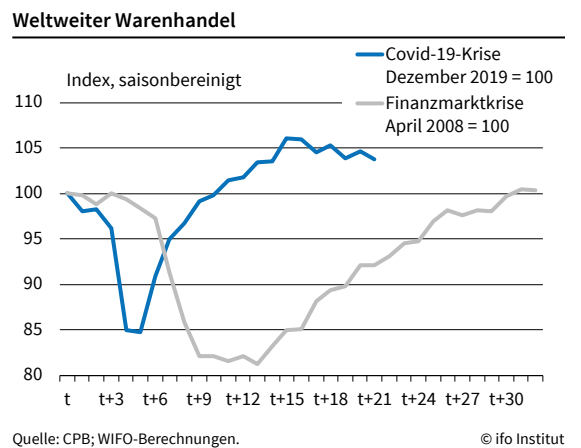


Abb. 1.5

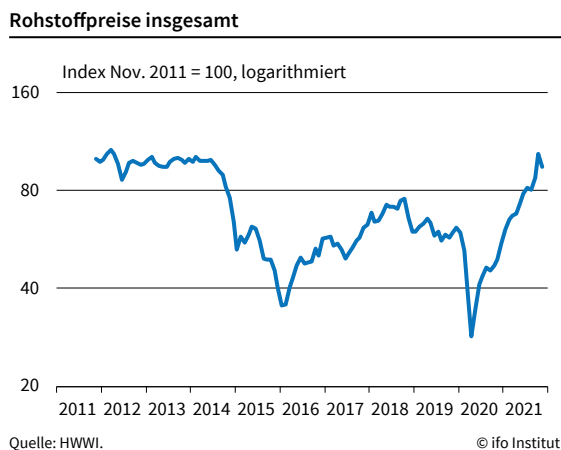
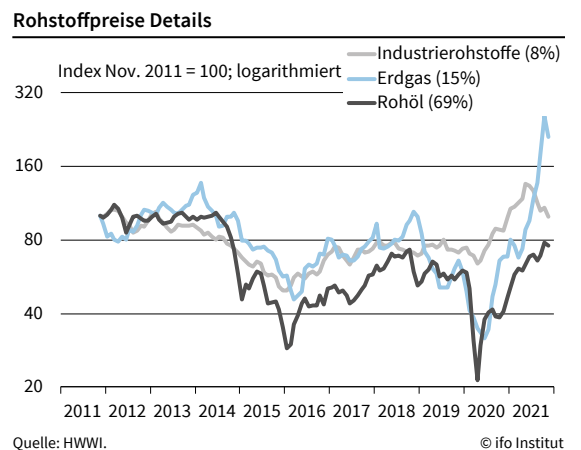


Abb. 1.6



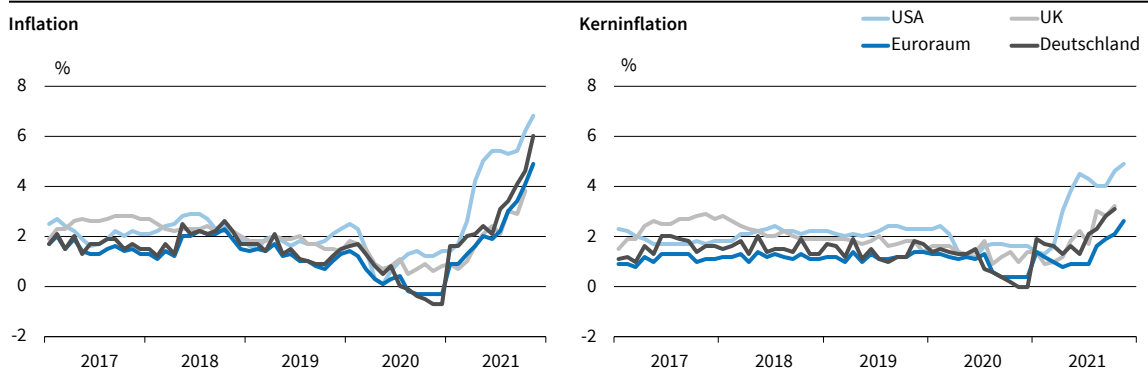
nicht erreicht hat, liegt der Preis von Erdgas aufgrund der massiven Verteuerung in den vergangenen Monaten bereits weit darüber (vgl. Abb. 1.6). Im Bereich der Industrierohstoffe war die Hausse im Frühjahr erreicht, seither gehen die Preise allmählich zurück. Die Preissteigerungen bei fossilen Energieträgern, aber auch bei Vorprodukten wie Halbleitern, haben direkte Folgen für die weltweiten Verbraucherpreise. Im Euroraum waren sie im November 2021 um 4,9% höher als im Vorjahresmonat, in den USA sogar um 6,8% (vgl. Abb. 1.7 und Abb. 1.8).

1.2 AUSBLICK

Die Corona-Pandemie und die Lieferengpässe werden die Entwicklung der Weltwirtschaft auch im Prognosezeitraum bestimmen. Die Lage der Pandemie ist weltweit recht heterogen. Waren im Sommer die USA und Teile Südasiens betroffen, stieg das Infektionsgeschehen im anlaufenden Winter in Europa. In den meisten Ländern werden hier wohl wieder gesundheitspolitische Maßnahmen gesetzt, die die wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten einschränken. In

Abb. 1.7

Entwicklung der Preise

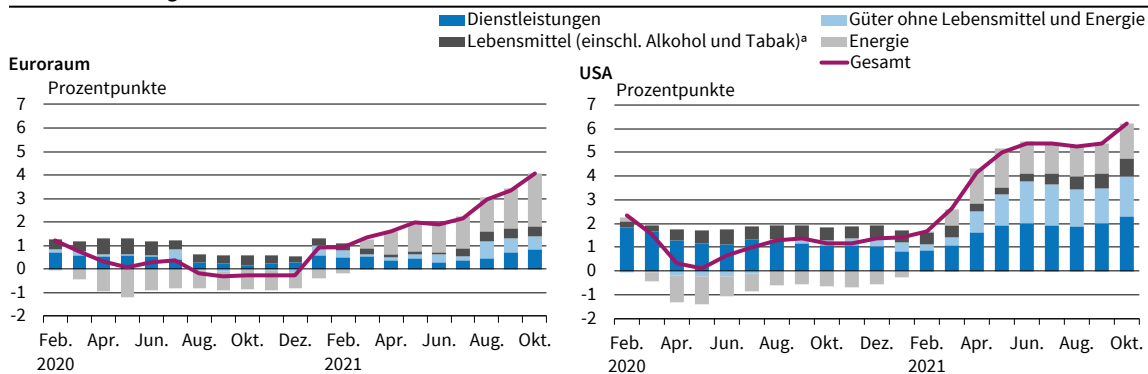


Quelle: Eurostat; OECD; nationale Statistiken.

© ifo Institut

Abb. 1.8

Wachstumsbeiträge Inflation



^a USA: nur Lebensmittel.

Quelle: Eurostat; WIFO-Berechnungen.

© ifo Institut

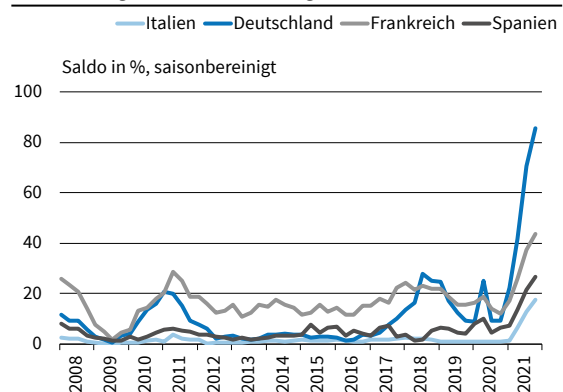
Ländern mit hohen Impfquoten wie Portugal, Malta und Spanien dürften die Einschränkungen geringer ausfallen, sofern das Nachlassen des Impfschutzes durch Folgeimpfungen kompensiert wird. Dem dadurch bedingten Konjunkturreinbruch in Europa wird wohl eine kräftige Erholung folgen, wie die Erfahrung mit früheren Pandemiewellen zeigt. Teure Stützungsmaßnahmen bewirken jedoch einen Anstieg der öffentlichen Verschuldung, die sehr viel langsamer abgebaut wird als die Wertschöpfungslücke.

Lieferengpässe und Knappheiten haben sich, entgegen früheren Annahmen, in den letzten Monaten noch nicht aufgelöst. Der Anteil der Unternehmen, der Materialmangel als produktionshemmend wahrnimmt, ist vielmehr gestiegen (vgl. Abb. 1.9). Anpassungen in Produktionsabläufen, eine Entschärfung der Pandemielage und preisliche Allokationsmechanismen sollten den Nachfrageüberhang über den Prognosezeitraum jedoch entschärfen. Darauf deutet auch hin, dass die Unternehmensstimmung in den meisten Ländern mehrheitlich optimistisch ist (vgl. Abb. 1.10). Somit dürften die teilweise sehr hohen Auftragsbestände zu einer maßgeblichen Beschleunigung der Investitionsdynamik führen. Darüber hinaus resultiert das robuste Wachstum der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum aus einer akkommodierenden Geld- und Finanzpolitik.

Die aktuelle Inflationsdynamik wird mit dem Abbau des Nachfrageüberhangs abklingen und die Geldpolitik somit nicht wesentlich beeinträchtigen. Diese wird eher durch die realwirtschaftliche Entwicklung geprägt. Aufgrund der weit fortgeschrittenen Erholung in den USA wird die Fed den Ankauf von Wertpapieren reduzieren. Die Zinssätze dürften aber erst in der zweiten Hälfte 2022 angehoben werden, da die US-Notenbank eine weitere Verbesserung der Arbeitsmarktlage anstrebt. Zwar ist der krisenbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit praktisch wieder abgebaut, aber die

Abb. 1.9

Behinderung durch Materialmangel in der Industrie

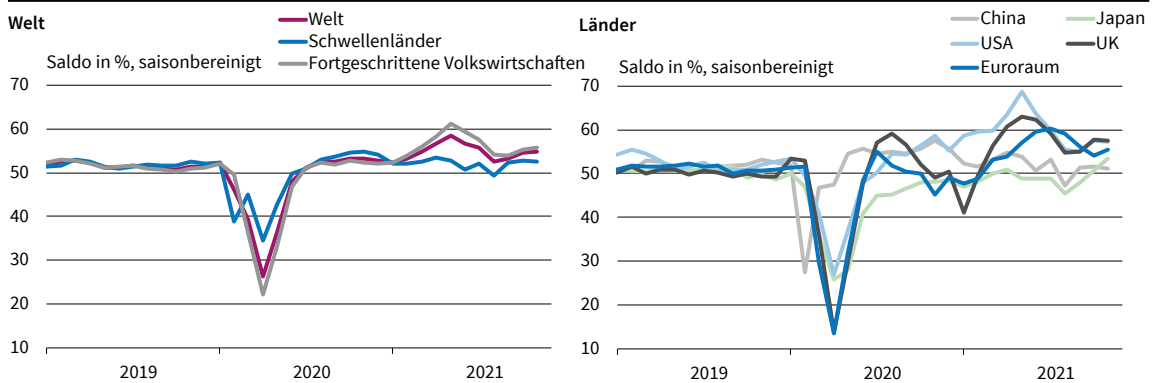


Quelle: Konjunkturumfragen der Europäischen Kommission.

© ifo Institut

Abb. 1.10

Einkaufsmanagerindex



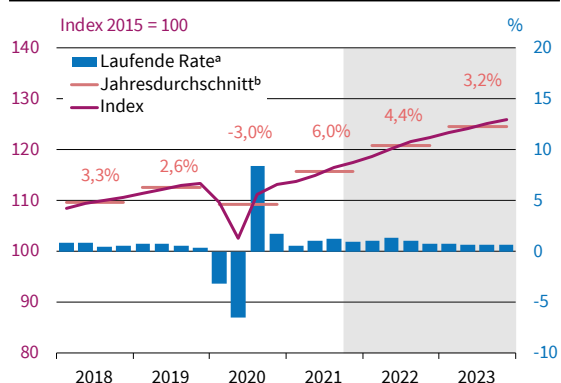
Quelle: IHS Markit.

© ifo Institut

Abb. 1.11

Reales Bruttoinlandsprodukt in der Welt

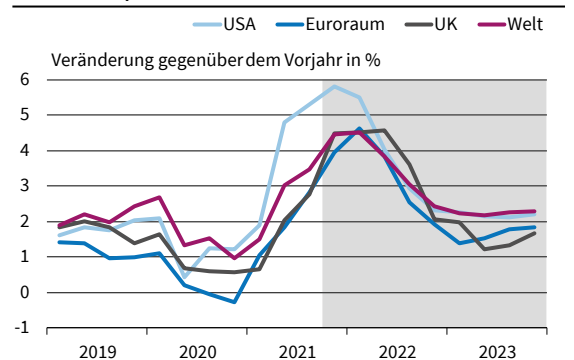
Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts und des WIFO; ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts und des WIFO. © ifo Institut

Abb. 1.12

Verbraucherpreise



Quelle: Nationale Statistiken; ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts und des WIFO. © ifo Institut

Erwerbsbeteiligung liegt in den USA noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Die EZB dürfte das eigens zur Krisenbekämpfung aufgelegte Programm für Anleihekäufe wohl, wie geplant, im März 2022 beenden. Der Anleihekauf aus anderen, seit längerem bestehenden Programmen laufen danach weiter, mit einem Zinsschritt wird im Prognosezeitraum nicht gerechnet. Dies trifft auch auf die japanische Notenbank zu, die den Umfang von Anleiheankäufen zudem flexibel handhabt.

Die Finanzpolitik wird akkommodierend bleiben. Werden wirtschaftliche Aktivitäten durch die Corona-Pandemie eingeschränkt, wie derzeit durch Schließungsmaßnahmen in einigen Ländern Europas, werden weiterhin staatliche Stützungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt bzw. weitergeführt. Der bisherige Pandemieverlauf hat gezeigt, dass die dadurch erzielte Stützung der privaten Einkommen zu einer starken Erholung beiträgt. Entsprechend der Annahme, dass pandemiebedingte Einschränkungen mit zunehmendem Impffortschritt abnehmen, wird sich auch die Inanspruchnahme der Stützungsprogramme verringern. Es werden aber neue expansive finanzpolitische Impulse gesetzt, insbesondere in den USA. Das Infra-

struktur- und Investitionsgesetz stellt in den nächsten zehn Jahren 550 Mrd. Dollar an neuen Ausgaben bereit. Im Rahmen des Build-Back-Better-Gesetzes, das Elemente des American Job Plan und des American Families Plan enthält, sollen weitere finanzpolitische Maßnahmen gesetzt werden. Die beiden Initiativen dürften das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum um 1½ bis 2% erhöhen.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt der Welt in den Jahren 2022 und 2023 um + 4,4% bzw. + 3,2% expandieren, im Euroraum um 3,9% bzw. 3,0% (vgl. Abb. 1.11, Tab. 1.1 und Tab. 1.2). Die Verbraucherpreise dürften in diesen Jahren weltweit um 3,5% bzw. 2,3% steigen, im Euroraum um 3,2% bzw. 1,6% (vgl. Abb. 1.12, Tab.1.1 und Tab. 1.2).

1.3 RISIKEN

Einige der Risiken der letzten Prognose vom Sommer 2021 sind bereits eingetreten. So blieb der Impffortschritt hinter den Erwartungen zurück, und die weltweiten Produktions- und Lieferwierigkeiten haben sich noch nicht gelegt. Beide Faktoren – die Pandemie und die Lieferengpässe – bergen auch Risiken für die aktuelle Prognose. So sollte sich der Impffortschritt zwar durch strengere Regeln, z.B. eine Impfpflicht in europäischen Ländern, beschleunigen; aber neu

Tab. 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in % ^a	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	67,3	- 4,7	4,9	4,1	2,5	0,7	3,1	3,1	1,7
USA	29,7	- 3,4	5,5	4,4	2,2	1,2	4,5	3,7	2,2
Euroraum	18,6	- 6,5	5,0	3,9	3,0	0,3	2,4	3,2	1,6
Japan	7,1	- 4,5	1,6	3,3	1,5	0,0	- 0,1	0,5	- 0,1
Vereinigtes Königreich	3,9	- 9,7	6,6	5,1	2,9	0,9	2,5	3,7	1,6
Kanada	2,4	- 5,2	4,5	4,6	3,5	0,7	3,3	3,8	2,4
Südkorea	2,3	- 0,9	4,0	3,3	2,9	0,5	2,4	2,0	1,8
Schweiz	1,0	- 2,5	3,4	3,0	2,0	- 0,7	0,5	0,7	0,6
Schweden	0,7	- 3,1	4,5	3,0	2,6	0,5	2,0	2,1	1,9
Norwegen	0,6	- 1,3	3,8	3,4	2,2	1,3	3,4	1,6	1,9
Dänemark	0,5	- 2,1	3,6	2,3	2,2	0,4	1,8	1,6	1,0
Tschechien	0,4	- 5,8	2,9	4,3	4,1	3,2	3,4	3,1	1,5
Schwellenländer	32,7	- 0,4	7,3	4,9	4,7	3,5	3,5	4,4	3,4
China	19,9	2,3	8,1	5,1	5,3	2,5	1,1	2,9	2,5
Indien	4,0	- 6,9	7,4	9,7	6,6	6,6	5,2	5,1	4,8
Brasilien	2,6	- 4,2	4,8	0,5	1,9	3,2	8,1	7,9	3,6
Russland	2,3	- 2,9	4,0	2,6	2,3	3,4	6,7	6,5	3,6
Mexiko	1,8	- 8,4	5,6	2,8	2,2	3,4	5,6	4,3	3,7
Türkei	1,1	1,6	10,9	3,7	2,7	12,3	17,7	16,0	12,9
Polen	0,8	- 2,5	5,2	4,5	4,9	3,4	5,0	6,0	3,7
Ungarn	0,2	- 4,9	6,2	4,6	4,6	3,3	4,7	4,1	3,2
Welt	100,0	- 3,0	6,0	4,4	3,2	1,6	3,2	3,5	2,3
<i>nachrichtlich:</i>									
Welthandel, real ^b		- 5,3	9,6	4,3	4,1				
Annahmen									
Ölpreis \$/Barrel (Brent)		41,8	70,4	71,8	73,2				
Wechselkurs \$/€		1,14	1,18	1,15	1,15				

^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar. ^b Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Dez. 2021

Tab. 1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise im Euroraum

	Gewicht in %	Bruttoinlandsprodukt ^a				Verbraucherpreise ^b			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Deutschland ^a	29,0	- 4,6	2,5	3,7	2,9	0,5	3,1	3,3	1,8
Frankreich	20,4	- 8,0	6,5	3,5	2,5	0,5	1,7	3,2	1,6
Italien	15,0	- 9,0	6,1	4,4	2,7	- 0,1	1,8	3,1	1,1
Spanien	10,4	- 10,8	4,3	5,5	5,0	- 0,3	3,0	3,5	1,9
Euroraum	100,0	- 6,5	4,9	3,9	3,0	0,3	2,4	3,2	1,6

^a Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Eurostat; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Dez. 2021

aufkommende Virusvarianten, wie derzeit die Omikron-Variante, stellen die Pandemiebekämpfung vor neue Herausforderungen. Auch die Produktions- und Lieferengpässe könnten länger anhalten und weiteren Aufwärtsdruck auf die Preise erzeugen. Dies würde wiederum die Notenbanken vor schwierige Abwägungen stellen, da eine Straffung der Geldpolitik nicht nur

die Inflation, sondern auch das Wirtschaftswachstum dämpfen würde.

Das anstehende Rückfahren der lockeren Geldpolitik, insbesondere in den USA (»Tapering«), birgt zudem das Risiko negativer Spillover-Effekte für Schwellenländer, wie schon bei früheren Tapering-Episoden. Ein Anstieg der Zinssätze und damit der Anleiherendi-

ten in den USA hat globale Portfolioumschichtungen zur Folge. Kapital wird aus risikoreichen höherverzinsten Anleihen abgezogen, also auch aus Staatsanleihen von Schwellenländern. Dies kann in den betroffenen Ländern zu Währungsabwertung, einer Beschleunigung der Inflation, Zahlungsausfällen bei Fremdwährungskrediten bis hin zu einer Rezession führen.

Letztlich herrscht nach wie vor Unsicherheit darüber, wie sich die Solvenz von krisengeschüttelten Unternehmen entwickeln wird, sobald öffentliche Stützungsmaßnahmen zurückgefahren und Schuldenmoratorien beendet werden. Im ungünstigen Fall könnte das Volumen an notleidenden Krediten deutlich ansteigen und die Kreditvergabe der Banken reduzieren. Dies würde sich negativ auf die Investitionen, aber auch auf den privaten Konsum (vor allem von dauerhaften Gütern) auswirken und damit das Wirtschaftswachstum dämpfen.

Andererseits könnte eine Ausweitung der Rohstofffördermengen die aktuell sehr hohen Preise nachhaltig dämpfen, wie beispielsweise in den Jahren 1985 oder 2014. Dies könnte die Inflation wirksam abschwächen, den Notenbanken eine Fortführung der lockeren Geldpolitik ermöglichen und somit zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum führen als prognostiziert, da es angesichts der stark gestiegenen unfreiwilligen Ersparnisse bei gleichzeitig niedrigen Zinsen ein sehr hohes Konsumpotenzial gibt.

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

2.1 ÜBERBLICK

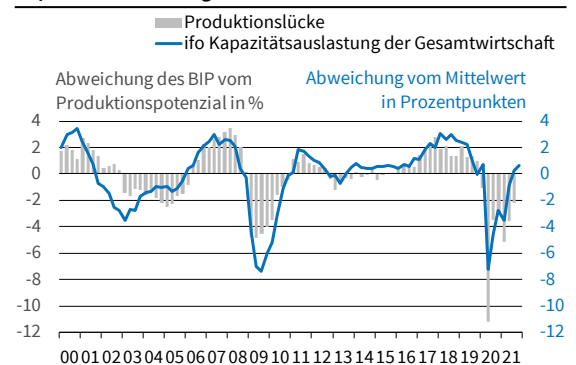
Die deutsche Wirtschaft setzte im Sommerhalbjahr ihre Erholung fort. Im zweiten und dritten Quartal legte die Wirtschaftsleistung mit kräftigen Raten von durchschnittlich knapp 2% im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal zu. Damit verringerte sich die Produktionslücke spürbar, und die Unterauslastung, in der sich die deutsche Wirtschaft während der zurückliegenden Coronawellen befand, wurde abgebaut (vgl. Abb. 2.1).

Allerdings war die konjunkturelle Entwicklung gespalten. Zur Erholung haben vor allem die Dienstleistungsbereiche beigetragen, die von den allmählichen Corona-Öffnungen im Frühsommer profitierten und ihre Umsätze wieder spürbar steigern konnten. Das Verarbeitende Gewerbe befindet sich hingegen seit Jahresbeginn in einer »Flaschenhals«-Rezession. Obwohl die Auftragseingänge bis in den Sommer beinahe ununterbrochen gestiegen und die Auftragsbücher so voll wie selten zuvor sind, ließen Lieferengpässe bei wichtigen industriellen Vorprodukten die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe bereits das dritte Quartal in Folge schrumpfen.

Bei den Lieferengpässen im Verarbeitenden Gewerbe zeichnet sich bis zuletzt keine Entspannung ab. Vielmehr verharrt der Anteil der Unternehmen, deren Produktion aus diesem Grund behindert ist, seit drei Monaten weitgehend unverändert auf historischen Höchstständen. Aber auch im Handel und im Baugewerbe berichten viele Unternehmen von Lieferengpässen. Diese Versorgungsknappheiten haben nicht nur die Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe bis zuletzt beeinträchtigt, sondern dürften auch ein wesentlicher Grund für die kräftigen Preisanstiege sowohl auf der Erzeuger- als auch auf der Verbraucherseite in den vergangenen Monaten gewesen sein. Die Inflationsrate erreichte im November mit 5,2% sogar den höchsten Wert seit fast 30 Jahren. Neben spürbaren Preissteigerungen im Verlauf dieses Jahres bei

Abb. 2.1

Kapazitätsauslastung



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

nahezu allen Komponenten des Verbraucherpreisindex und insbesondere bei der Energiekomponente, haben hierfür auch Basiseffekte eine maßgebliche Rolle gespielt. Dazu zählt insbesondere die Absenkung der Mehrwertsteuersätze im zweiten Halbjahr 2020, die für sich genommen die Verbraucherpreise in diesem Zeitraum und damit die Basis für die Berechnung der Inflationsrate um rund 1% gedrückt hat.

Entscheidenden Einfluss auf das konjunkturelle Geschehen hat am Jahresende schließlich das wieder aufkeimende Infektionsgeschehen genommen. Anders als vor einem Jahr wurden allerdings bislang keine flächendeckenden Schließungen von Wirtschaftsbereichen beschlossen, in denen es zu intensiven physischen Kontakten kommt. Auch die Kinderbetreuung und der Schulbetrieb werden weitestgehend aufrechterhalten. Ein wesentlicher Unterschied zu den vorangegangenen Coronawellen ist die Verfügbarkeit von Impfstoffen und eine zunehmende Durchimpfung der Bevölkerung. Daher konzentrieren sich staatliche Einschränkungen bislang größtenteils auf ungeimpfte Personen und reduzieren gezielt deren Kontakt- und damit einhergehend deren Konsummöglichkeiten.

2.2 AUSBLICK

In den kommenden Monaten dürften die anhaltenden Lieferengpässe und die vierte Coronawelle die deutsche Wirtschaft spürbar ausbremsen. Für das laufende Quartal deuten die meisten Indikatoren auf eine Abschwächung der konjunkturellen Dynamik in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen hin. Sowohl die Mobilität der Bevölkerung als auch die Besuche von Gaststätten sind in den vergangenen Wochen spürbar zurückgegangen. Zudem korrigierten Einzelhändler und konsumnahe Dienstleister ihre Einschätzung zur aktuellen und zukünftigen Geschäftslage nach unten. Hinter dieser Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität in den Wirtschaftsberei-

chen des sozialen Konsums stehen vor allem freiwillige Einschränkungen der Menschen, die Ansteckungsrisiken durch Kontaktreduktion meiden. Die bislang vorliegenden Indikatoren deuten darauf hin, dass die Abschwächung deutlich geringer ausfallen dürfte als noch im vergangenen Winterhalbjahr während der zweiten und dritten Coronawelle, als die vollständige Schließung vieler Geschäfte beschlossen wurde. Für die Prognose des weiteren Konjunkturverlaufs mussten Annahmen im Hinblick auf den Fortgang der Pandemie und ihrer Bekämpfung getroffen werden. So wurde unterstellt, dass es in den kommenden Monaten zu keinen flächendeckenden und langanhaltenden Schließungen von kontaktintensiven Wirtschaftsbereichen kommt. Das Infektionsgeschehen wird allerdings bis Ende des Winters so dynamisch bleiben, dass freiwillige Kontakteinschränkungen auch im ersten Quartal des kommenden Jahres die Konsumkonjunktur belasten (vgl. Tab. 2.1).

Erst im Sommerhalbjahr 2022 dürfte es zu einer kräftigen Erholung und einer Normalisierung der privaten Konsumausgaben kommen. Darüber hinausgehende Nachholeffekte werden in dieser Prognose nicht berücksichtigt. Zwar hat sich während der Coronawellen bei den privaten Haushalten eine beträchtliche Überschussersparnis aufgestaut, entweder weil Konsummöglichkeiten eingeschränkt waren oder Konsumzurückhaltung aus einem Vorsichtsmotiv heraus geübt wurde. Allerdings wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass die Konsumenten diese Ersparnis nicht verausgaben. Dahinter steckt die Überlegung, dass ein Großteil des entgangenen Konsums nur schwer nachholbare Dienstleistungen betrifft. Dazu zählen Friseur- und Gastronomiebesuche, aber auch Veranstaltungen aus dem Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur.

Auch bei den Lieferengpässen und den damit einhergehenden Produktionsbehinderungen wird unterstellt, dass diese sich erst im Frühjahr des kommen-

Tab. 2.1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts^a
Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,9	2,0	1,7	-0,5	0,0	2,3	1,8	0,8	0,5	0,3	0,3	0,3
Private Konsumausgaben	-5,3	3,8	6,2	-1,1	-1,4	4,5	2,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3
Konsumausgaben des Staates	-1,0	4,6	-2,2	0,5	0,3	-0,6	-0,6	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Bauten	0,1	1,8	-2,3	0,3	1,9	1,5	1,3	0,9	0,4	0,4	0,4	0,4
Ausrüstungen	-0,3	0,4	-3,7	-0,9	1,8	4,1	3,7	3,2	1,6	0,6	0,5	0,5
Sonstige Anlagen	-2,7	1,0	0,9	1,5	1,7	1,5	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Vorratsinvestitionen ^b	2,1	-0,5	-0,1	0,0	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,0	2,8	2,0	-0,5	-0,2	2,2	1,6	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3
Außenbeitrag ^b	-0,9	-0,6	-0,2	-0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,3	0,6	-1,0	0,4	0,8	3,6	2,8	2,0	1,3	0,8	0,8	0,8
Importe	4,1	2,2	-0,6	0,7	0,4	3,5	2,5	1,7	1,1	0,9	0,9	0,9

^a Saison- und kalenderbereinigte Werte. ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab IV/2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

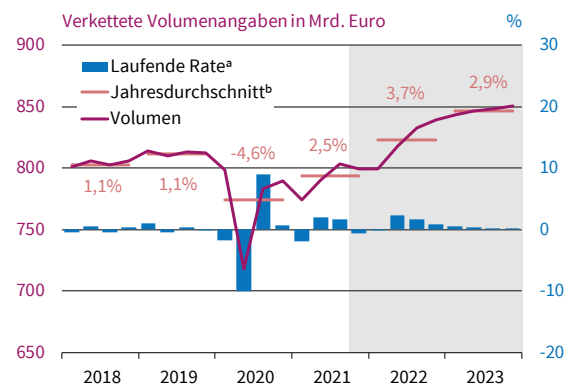
den Jahres allmählich auflösen. Bei der Festlegung dieser Annahme wurde auch auf die Ergebnisse der ifo Konjunkturumfrage vom Oktober 2021 zurückgegriffen. Demnach gingen die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes davon aus, dass die Beschaffungsprobleme im Schnitt noch acht Monate anhalten und damit erst ab dem dritten Quartal 2022 die Produktion nicht mehr behindern dürften. Entsprechend dürfte es auch im Verarbeitenden Gewerbe erst im Sommerhalbjahr 2022 wieder zu einer spürbaren Ausweitung der Produktion kommen.

Zusammengenommen wird die gesamtwirtschaftliche Leistung im Schlussquartal des laufenden Jahres wohl um 0,5% gegenüber dem Vorquartal nachgeben und zum Jahresauftakt 2022 nur stagnieren (vgl. Abb. 2.2). Im Sommerhalbjahr 2022 wird dann mit dem Abebben der Coronawelle und dem allmählichen Ende der Lieferengpässe eine kräftige Erholung einsetzen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte dann mit Raten von 2,3 sowie 1,8% im zweiten und dritten Quartal 2022 deutlich zulegen und dann langsam auf durchschnittliche Zuwächse einschnellen.

Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,5% und in den kommenden beiden Jahren um 3,7% bzw. 2,9% zulegen (vgl. Tab. 2.2). Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Herbst 2021

Abb. 2.2

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

wurde an der Wachstumsrate für das 2021 festgehalten (vgl. Box »Zur Revision der ifo Prognose vom September 2021«). Allerdings wurde der Zuwachs für das Jahr 2022 um 1,4 Prozentpunkte gesenkt und für das Jahr 2023 um 1,4 Prozentpunkte angehoben. Dabei ist die Verschiebung der konjunkturellen Dynamik vom nächsten ins übernächste Jahr weitgehend der vierten

Tab. 2.2

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2021	2022	2023	2021	2022	2023
	Veränderung ggü. Vorjahr in % ^a			Differenz zur ifo Konjunkturprognose Herbst 2021		
Bruttoinlandsprodukt	2,5	3,7	2,9	0,0	-1,4	+1,4
Private Konsumausgaben	0,4	6,5	3,3	-0,8	-1,3	+2,1
Konsumausgaben des Staates	3,1	0,0	0,1	+1,4	+0,3	-0,3
Bruttoanlageinvestitionen	1,6	4,2	3,9	-1,3	-0,8	+1,7
Bauten	1,3	3,2	2,2	-0,6	-0,3	+0,8
Ausrüstungen	2,9	5,2	7,0	-3,0	-1,8	+4,6
Sonstige Anlagen	0,5	5,5	3,9	-0,5	-0,4	0,0
Inländische Verwendung	2,4	3,7	2,5	+0,4	-1,4	+1,0
Exporte	7,3	5,2	6,0	-1,8	-1,0	+2,8
Importe	7,8	5,4	5,6	-1,2	-0,9	+2,0
Erwerbstätige ^b (1 000 Personen)	44 884	45 293	45 604	-32	-142	-19
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 616	2 359	2 235	-5	+7	-35
Arbeitslosenquote BA ^c (in %)	5,7	5,2	4,9	-0,0	+0,0	-0,0
Verbraucherpreise ^d (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	3,1	3,3	1,8	+0,1	+1,0	+0,3
Lohnstückkosten ^e (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	0,7	0,6	0,6	+0,1	+0,5	-0,9
Finanzierungssaldo des Staates ^f						
- in Mrd. EUR	-161,8	-82,4	-21,2	-4,5	-30,4	-20,9
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-4,6	-2,2	-0,5	-0,1	-0,8	-0,5
Leistungsbilanzsaldo						
- in Mrd. EUR	228,3	206,4	238,4	+10,5	-13,2	+4,9
- in % des Bruttoinlandsprodukts	6,4	5,5	6,0	+0,2	-0,4	-0,0

^a Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. ^b Inlandskonzept. ^c Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^d Verbraucherpreisindex (2015 = 100). ^e Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ^f In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

ZUR REVISION DER IFO PROGNOSE VOM SEPTEMBER 2021

Die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2021 wurde im Dezember 2020 auf einen Wert von + 4,2% geschätzt (vgl. Wollmershäuser et al. 2020). Es wurde davon ausgegangen, dass die pandemiebedingten Einschränkungen bis März 2021 anhalten und danach bis in den Sommer hinein gelockert werden dürften.

Ende 2020 wurden die ersten Impfdosen verabreicht, allerdings verlief die Verteilung der Impfstoffe aufgrund von Lieferschwierigkeiten schleppend. Die angestrebte Impfquote konnte nicht erreicht werden. Die pandemische Lage hatte aufgrund dessen und auch aufgrund neuer Virusvarianten weiterhin Bestand. Im März 2021 wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entsprechend weniger optimistisch eingeschätzt und um 0,5 Prozentpunkte auf + 3,7% abgesenkt (vgl. Wollmershäuser et al. 2021a). Verwendungsseitig wurden insbesondere die privaten Konsumausgaben niedriger eingeschätzt. Neben den anhaltenden Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie wurde auch von einem vorsichtigeren Verhalten der Konsumenten ausgegangen. Darüber hinaus nahm das ifo Institut an, dass die Investitionsausgaben deutlich weniger dynamisch ausfallen dürften. Bei positiven Stimmungsindikatoren aus dem Verarbeitenden Gewerbe wurde mit einem nochmals kräftigeren Wachstum der Exporttätigkeit gerechnet – bei einer gleichzeitig rückläufigen Importtätigkeit.

Die amtlichen Ergebnisse wiesen für das erste Quartal 2021 einen stärkeren Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion aus. Insbesondere wurde der Rückgang des privaten Konsums unterschätzt. Infolge dessen wurde die gesamtwirtschaftliche Erholung in der Sommerprognose weiter nach hinten geschoben und die Zuwachsrates des realen BIP für das Jahr 2021 mit + 3,3% niedriger eingeschätzt (vgl. Wollmershäuser et al. 2021a). Die revidierte Prognose der Jahresrate ergab sich aus dem niedrigeren offiziellen Wert für das erste Quartal 2021 – dieser lag bei – 1,8%. In der Frühjahrsprognose wurde noch mit einem Rückgang von – 0,7% gerechnet. Die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im zweiten Quartal wurde vorsichtiger eingeschätzt und von + 2,1% auf + 1,3% gesenkt. Gleichzeitig wurde eine stärkere Erholung im dritten und vierten Quartal erwartet. Große Veränderungen der jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate wurden bei den Bauinvestitionen (von – 0,5% auf + 3,9%) und den Importen (von + 6,6% auf + 11,4%) vorgenommen.

Die amtlichen Zahlen für das zweite Quartal 2021 wiesen ein etwas stärkeres Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts aus als erwartet – die Prognose unterschätzte die Entwicklung um 0,3 Prozentpunkte.

Allerdings ist ein Teil dieser Abweichung auch durch die Revision des Wertes für das erste Quartal zu erklären. Die pandemische Situation hat sich zum Zeitpunkt der Sommerprognose regional leicht entspannt, allerdings blieb sie weiterhin ein globales Problem. Unternehmen spürten zunehmend einen Mangel an Vorprodukten und Rohstoffen, so dass sie die wieder steigende Nachfrage nicht immer bedienen konnten. Aufgrund dieser Entwicklung wurde die Entwicklung im zweiten Halbjahr verhaltener eingeschätzt und die wirtschaftliche Erholung auf das Folgejahr verschoben. Den amtlichen Zahlen zufolge lag der Zuwachs beim privaten Konsum etwas unter den erwarteten Wachstumsraten – die öffentlichen Konsumausgaben fielen hingegen deutlich höher aus. Bauinvestitionen und Ausrüstungsinvestitionen sind auch aufgrund des zunehmenden Materialmangels niedriger ausgefallen als prognostiziert.

In der Herbstprognose wurde die Jahreswachstumsrate des realen BIP auf + 2,5% herabgesetzt (vgl. Wollmershäuser et al. 2021b). Das Wachstum der privaten Konsumausgaben wurde für das zweite Halbjahr nochmals niedriger eingeschätzt. Auch die Konsumausgaben des Staates dürften der Prognose zufolge weniger stark steigen als in der Sommerprognose angenommen. Bei den Importen und den Exporten waren die Auswirkungen der globalen Lieferschwierigkeiten zunehmend spürbar. Vielerorts fehlten Vorprodukte, so dass die Produktion auch in Deutschland heruntergefahren werden musste.

Die neuesten amtlichen Daten zum dritten Quartal 2021 weisen eine positive Revision des BIP im zweiten Quartal auf, und das dritte Quartal wies eine etwas höhere Wachstumsrate auf als erwartet. In der vorliegenden Winterprognose wird für das vierte Quartal jedoch dennoch mit einer deutlich negativeren Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gerechnet. Während in der Herbstprognose noch mit einem Anstieg des BIP von 1,3% im vierten Quartal gerechnet wurde, fiel diese Rate in der aktuellen Prognose negativ aus mit – 0,5% (vgl. Tab. 2.3). Großer Treiber dieser Anpassung ist der private Konsum. In der vorangegangenen Prognose wurde nicht mit einer weiteren Coronawelle gerechnet, so dass die Wachstumsrate von + 2,6% auf – 1,1% abgesenkt wurde (vgl. Tab. 2.4). Entgegengesetzt hierzu wurde die Jahreswachstumsrate der Konsumausgaben des Staates heraufgesetzt. Ursächlich hierfür ist jedoch zu einem großen Teil die Revision der Verlaufsrate im zweiten Quartal 2021. Auf das Jahr gesehen wurde die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in der vorliegenden Prognose schwächer eingeschätzt – insbesondere stechen hier die Ausrüstungsinvestitionen hervor.

Tab. 2.3

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2021

	Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V)	Revision ^a der VGR			Prognosefehler ^b	Prognoseanpassung ^c
		Überhang (I)	1. Quartal 2021 (II)	2. Quartal 2021 (III)		
Inlandsnachfrage	0,4	0,0	0,1	0,4	0,5	-0,6
Privater Konsum	-0,8	0,0	-0,1	0,4	-0,1	-1,0
Staatlicher Konsum	1,4	0,0	-0,3	2,1	-0,8	0,3
Bauten	-0,6	0,0	0,3	1,1	-1,8	-0,3
Ausrüstungen	-3,0	0,0	0,1	0,1	-2,6	-0,6
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,5	0,1	-0,1	-0,2	-0,3	0,0
Vorratsveränderungen ^d	0,8	0,0	0,2	-0,5	1,1	0,0
Außenbeitrag ^d	-0,4	0,0	0,0	0,0	-0,4	0,0
Ausfuhr	-1,8	0,0	-0,1	0,0	-1,3	-0,5
Einfuhr	-1,2	0,0	-0,1	0,2	-0,5	-0,7
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,0	0,1	0,3	0,1	-0,5

^a Beitrag der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch das Statistische Bundesamt. ^b Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das dritte Quartal 2021 aus dem Herbstgutachten 2021 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. ^c Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das vierte Quartal des Jahres 2021. ^d Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

Tab. 2.4

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2021

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Märzprognose		ifo Juniprognose		Prognosekorrektur für 2021	
	Prognosewerte für 2021		Prognosewerte für 2021		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (1)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^a (2)	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (3)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^a (4)	Spalte (3) abzüglich Spalte (1) (5)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2) (6)
Inlandsnachfrage	2,0	1,9	2,4	2,3	0,4	0,4
Privater Konsum	1,2	0,6	0,4	0,2	-0,8	-0,4
Staatlicher Konsum	1,7	0,4	3,1	0,7	1,4	0,3
Bauten	1,9	0,2	1,3	0,1	-0,6	-0,1
Ausrüstungen	5,9	0,4	2,9	0,2	-3,0	-0,2
Sonstige Anlageinvestitionen	1,0	0,0	0,5	0,0	-0,5	0,0
Vorratsveränderungen	-	0,3	-	1,0	-	0,8
Außenbeitrag	-	0,6	-	0,2	-	-0,4
Ausfuhr	9,1	4,0	7,3	3,2	-1,8	-0,8
Einfuhr	8,9	-3,4	7,8	-2,9	-1,2	0,4
Bruttoinlandsprodukt	2,5	2,5	2,5	2,5	0,0	0,0

^a Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

Coronawelle und den Produktionsschwierigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe geschuldet.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die zu prognostizierende Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen (vgl. Abb. 2.3). Zur Berechnung der konkreten Intervalle für die Jahre 2021 und 2022 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2020 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne z.B. für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2021 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt, $\pm 0,1$ Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 2,5% reicht das Intervall also von 2,4% bis 2,6%. Die Punktprognose von 2,5% stellt den mittleren Wert dar (vgl. rote Linie in Abb. 2.3). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass sich das entsprechende Prognoseintervall auf $\pm 1,5$ Prozentpunkte weitet. Bei der vorliegenden Punktprognose von 3,7% reicht das 68%-Prognoseintervall dann von 2,2% bis 5,2%.

Auch die Erholung am Arbeitsmarkt dürfte im Winterhalbjahr 2021/2022 durch die Lieferengpässe im Verarbeitenden Gewerbe und die Auswirkungen der vierten Coronawelle vorübergehend gedämpft werden. Aktuelle Indikatoren legen allerdings nahe, dass sowohl der Aufbau der Beschäftigung als auch der Rückgang der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monat nur stagnieren dürften. Ab dem Frühjahr 2022 wird sich dann die Erholung fortsetzen. Vor diesem Hintergrund dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2022 um etwa 409 000 und im Jahr 2023 um 311 000 zunehmen, nachdem sie im Durchschnitt des laufenden Jahres um 97 000 über ihrem Vorjahreswert gelegen haben dürfte. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird in diesem Jahr wohl um etwa 79 000 zurückgegangen sein, ehe sie im kommenden Jahr um etwa 257 000 und im Jahr 2023 um etwa 124 000 sinken dürfte. In der Folge fällt die Arbeitslosenquote von voraussichtlich 5,7% in diesem Jahr auf 5,2% im Durchschnitt des Jahres

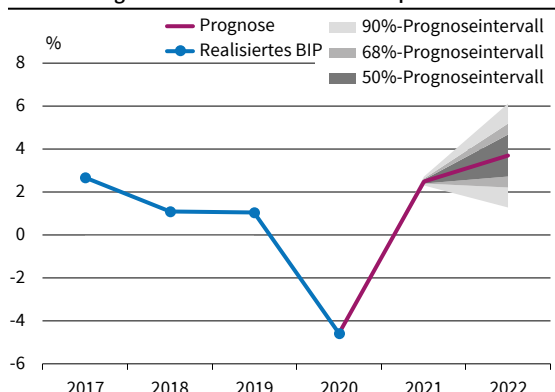
2022 und 4,9% im Jahr 2023. Die Kurzarbeit dürfte von schätzungsweise knapp 1,7 Millionen Beschäftigten im Durchschnitt des laufenden Jahres auf etwa 313 000 im nächsten und 74 000 im übernächsten Jahr zurückgehen.

Die Inflationsrate wird wohl auch nach dem Jahreswechsel hoch bleiben. Zwar fällt im Januar 2022 der Basiseffekt, der auf die temporäre Absenkung der Mehrwertsteuersätze in der zweiten Jahreshälfte 2020 zurückzuführen war, weg. Allerdings deutet die jüngste Entwicklung der Preisindikatoren darauf hin, dass die Verbraucherpreise auch im Verlauf des kommenden Jahres zunächst noch spürbar steigen dürften. Dabei spielen die mit den Lieferengpässen einhergehenden Kostensteigerungen sowie verzögerte Anpassungen an die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise eine treibende Rolle. Daher dürfte die Inflationsrate zunächst noch einmal zunehmen, von 3,1% in diesem Jahr auf 3,3% im kommenden Jahr. Erst im Jahr 2023 sollte sich der Anstieg der Verbraucherpreise wieder normalisieren und auf 1,8% zurückgehen.

Die Finanzpolitik war im laufenden Jahr durch die Maßnahmen zur Bekämpfung Corona-Pandemie noch einmal deutlich expansiv ausgerichtet. Im Laufe des Jahres 2022 werden die meisten pandemiebedingten Maßnahmen vorrausichtlich auslaufen und dürften dann im Jahr 2023 keine fiskalische Relevanz mehr haben. Somit ist im Prognosezeitraum mit einem deutlich restriktiven Kurs zu rechnen. Im laufenden Jahr wird das staatliche Finanzierungsdefizit bei voraussichtlich 162 Mrd. Euro liegen. Im weiteren Prognosezeitraum erholt sich der Staatshaushalt, wird allerdings sowohl im nächsten als auch im übernächsten Jahr mit einem Defizit von gut 80 bzw. 20 Mrd. Euro abschließen. Der Maastricht-Schuldenstand wird im Jahr 2021 durch die expansive Fiskalpolitik vermutlich auf 70% des Bruttoinlandsprodukts steigen. In den kommenden Jahren wird er durch die sinkenden Finanzierungsdefizite und das steigende Bruttoinlandsprodukt wieder deutlich unter die 70%-Marke fallen, mit 64% im Jahr 2023 dennoch knapp 5 Prozentpunkte über dem Vorkrisenniveau liegen.

Abb. 2.3

Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

2.3 RISIKEN

Die vorliegende Prognose ist mit einer Reihe von Risiken verbunden. Ein bedeutendes Abwärtsrisiko für die kommenden Monate ergibt sich aus dem unterstellten Pandemieverlauf. Sollte es entgegen der hier getroffenen Annahme zu einem erneuten Shutdown kommen oder sollte das Abflachen der Infektionszahlen länger dauern, dürfte der prognostizierte Einbruch der Wertschöpfung im Handel und in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen im Winterhalbjahr 2021/2022 größer sein und sich sogar länger hinziehen. Die erwartete Erholung ab dem kommenden Frühjahr könnte hingegen kräftiger ausfallen als in dieser Prognose skizziert, wenn die während der

Coronawellen angehäuften Überschussersparnis verabschiedet und damit nachfragewirksam wird.

Risiken bestehen zudem im Zusammenhang mit den unterstellten Auswirkungen der Engpässe bei der Lieferung von Vorprodukten. In der vorliegenden Konjunkturprognose wurde angenommen, dass sich die Engpässe im Laufe des kommenden Jahres allmählich auflösen. Würden sie sich jedoch weiter zuspitzen oder länger anhalten, wären die damit verbundenen Produktionseinbußen größer, und es bestünde die Gefahr, dass die konjunkturelle Erholung der deutschen Wirtschaft im kommenden Jahr schwächer ausfällt. Andererseits wird in der vorliegenden Prognose nicht davon ausgegangen, dass die seit Beginn der Lieferengpässe nicht erledigten Aufträge spürbar abgearbeitet würden. Schätzungen legen nahe, dass sich bis zum Abflauen der Lieferengpässe und damit zur Normalisierung der Produktion in der zweiten Jahreshälfte 2022 industrielle Wertschöpfung im Umfang von 60 bis 80 Mrd. Euro aufgestaut haben dürfte (vgl. Box »Zu den Auswirkungen des Mangels an Vorprodukten«). Sollten die vorhandenen Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe wieder uneingeschränkt genutzt werden können, dürfte dadurch ein beträchtliches Aufwärtsrisiko für die vorliegende Konjunkturprognose entstehen.

Unsicherheit besteht schließlich auch im Hinblick auf die finanzpolitische Ausrichtung im nächsten und übernächsten Jahr. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wurden Anpassungen beim Steuer- und Abgabesystem, bei den öffentlichen Investitionen sowie bei den Sozialleistungen vereinbart, die den Staatshaushalt tendenziell mehr be- als entlasten werden und damit kurzfristig die Konjunktur stimulieren könnten (vgl. Box »Der Koalitionsvertrag im Lichte des Staatskontos«). Auch ist unklar, ob der in dieser Prognose angenommene Konsolidierungskurs im kommenden Jahr tatsächlich eingeschlagen wird, da der Koalitionsvertrag bei der Finanzierung der Mehrausgaben vage ist.

2.4 FINANZPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Wie bereits in den vorherigen Prognosen prägt weiterhin die Corona-Pandemie das finanzpolitische Umfeld in Deutschland. Den größten Anteil daran haben die verschiedenen Unternehmenshilfen, wie Überbrückungs- und Neustarthilfen. Aufgrund der vierten Infektionswelle wurden die Überbrückungshilfen abermals verlängert sowie auf saisonal bedingt besonders betroffene Betriebe wie Aussteller auf Weihnachtsmärkten angepasst. Ebenfalls als Reaktion auf die steigenden Infektionszahlen wurden die Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld bis Ende März 2022 ausgeweitet, wobei die anfallenden Sozialversicherungsbeiträge nur noch zur Hälfte statt bisher voll erstattet werden. Zudem dürften die Ausgaben für Impfungen und Schnelltests nochmal höher ausfallen als bisher angenommen. Weiterhin laufen auch andere

Maßnahmen weiter, die bereits im Zuge der vorangegangenen Coronawellen verabschiedet wurden, wie der reduzierte Umsatzsteuersatz für das Gastgewerbe.

Auf der Einnahmenseite werden im laufenden Jahr die fast vollständige Abschaffung des Solidaritätsbeitrags sowie verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten die Steuerzahler entlasten. Die Einführung der CO₂-Abgabe in den Bereichen Wärme und Verkehr hingegen wird deutliche Zusatzeinnahmen für den Staat generieren, die im Prognosezeitraum durch die jährliche Anhebung von 5 Euro pro Tonne CO₂-Emissionen weiter steigen werden. Die stufenweise Anhebung der Tabaksteuer ab 2022 wird sich ebenfalls entlastend auf den Staatshaushalt auswirken. Darüber hinaus ist mit steigenden Beiträgen in allen Sozialversicherungszweigen zu rechnen. Insbesondere ab 2023 dürften durch den demografischen Wandel notwendige Mehrausgaben, insbesondere bei der Rentenversicherung, steigende Beitragssätze nach sich ziehen.

Neben den direkten Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie wirken während der Krise weitere ausgabenrelevante Instrumente expansiv. Sowohl energie- und klimapolitischen Ausgaben, wie die Subventionierung der EEG-Umlage oder zusätzliche Mittel für den Energie- und Klimafonds (EKF), als auch sozialpolitische Maßnahmen, wie die Erhöhung des Kindergelds, verstärken den fiskalischen Impuls im laufenden Jahr.

Auch im Jahr 2022 wirken die Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen weiterhin größtenteils expansiv. Unter anderem ist dann vermehrt mit Abflüssen aus dem Wiederaufbaufonds zu rechnen, der von den Überflutungen im Juli 2021 betroffene Regionen finanziell unterstützen soll. 2023 dürften die expansiven Impulse der von Corona geprägten Vorjahre wieder deutlich zurückgehen. Allerdings ist in den nächsten Monaten damit zu rechnen, dass ausgabenwirksame Vorhaben der neuen Bundesregierung die finanzpolitischen Rahmenbedingungen weiter beeinflussen werden.

So finden sich im Ende November 2021 verabschiedeten Koalitionsvertrag bereits verschiedene finanzpolitische Maßnahmen. Im Grundsatz fallen die Ankündigungen noch vage aus, so dass die Ableitung von sich daraus ergebenden fiskalischen Impulsen zum jetzigen Zeitpunkt kaum möglich ist. Gerade die Auswirkung der beiden großen sozialpolitischen Projekte Bürgergeld und Kindergrundsicherung sind nur ungenau spezifiziert. Aus diesem Grund sind in der Maßnahmentabelle (vgl. Tab. 2.5) nur diejenigen Vorhaben aufgenommen, die anhand der Informationen aus dem Koalitionsvertrags zu quantifizieren sind. So wird die neue Bundesregierung im Jahr 2022 zusätzlich zu dem bereits beschlossenen Pflegebonus eine weitere Milliarde Euro an Budget für Bonuszahlungen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus wird zum 1. Januar 2023 der Sparerpausch-Betrag von 801 Euro auf 1 000 Euro angehoben, was zu Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer führen wird. Weitere potenziell haushaltsrelevante Vorhaben der neuen Bundesre-

Tab. 2.5

Finanzpolitische Maßnahmen^a

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2021	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b			
Teilabschaffung Solidaritätszuschlag	- 9,2	- 1,4	- 0,5
Alterseinkünftegesetz	- 1,4	- 1,5	- 1,5
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4	0,4
Fondsstandortgesetz	- 0,4	- 0,3	- 0,2
Erstes Familienentlastungsgesetz	- 0,8	- 0,2	- 0,2
Zweites Familienentlastungsgesetz (inkl. Anpassung Freibeträge und Tarifeckwerte)	- 3,8	- 3,8	- 0,5
Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	- 1,2	- 0,3	- 0,1
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen	- 0,2	- 0,9	- 0,2
Sonstige steuerliche Maßnahmen ^c	- 0,7	0,7	0,8
CO ₂ -Bepreisung in Verkehr und Wärme (Beschluss des Klimakabinetts)	7,4	1,5	1,8
Zusätzliche Maßnahmen (Beschluss des Klimakabinetts)	0,0	- 0,3	- 0,1
Drittes Corona-Steuerhilfegesetz	- 4,3	1,4	2,6
Anhebung der Tabaksteuer	0,0	1,8	0,6
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computerhardware und Software	- 1,2	- 3,8	0,8
Tarifverschiebung Einkommenssteuer 2023	0,0	0,0	- 3,5
Anhebung Sparerpauschbetrag zum 1.1.2023	0,0	0,0	- 0,3
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung der Insolvenzgeldumlage um 0,06 Prozentpunkte zum 1.1.2021 und um 0,03 Prozentpunkte zum 1.1.2022	0,6	0,3	0,0
Jährlicher Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,1 Prozentpunkte	1,2	1,2	1,2
Erhöhung des Zuschlags für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1.1.2022	0,0	0,4	0,0
Erhöhung Beitragssatz Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1.1.2023	0,0	0,0	2,5
Anstieg des Rentenversicherungsbeitrags zum 1.1.2023 um 0,3 Prozentpunkte	0,0	0,0	3,5
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Senkung EEG-Umlage	- 5,4	0,0	0,6
Kindergelderhöhung um 15 Euro zum 1.1.2021	- 3,2	0,0	0,0
Pflegeboni (inklusive Koalitionsvertrag)	- 0,5	- 2,0	2,5
Arbeit von morgen-Gesetz	- 0,1	- 0,1	0,0
Gute KiTa-Gesetz	- 1,0	- 0,5	1,0
Weitere sozialpolitische Maßnahmen ^d	0,0	0,2	0,0
Mehrpersönliche innere Sicherheit	- 1,4	- 0,1	1,1
Aufstockung des BAFöG, Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	- 0,2	- 0,2	0,0
»Bauernmilliarde«	- 0,2	0,0	0,0
Strukturstärkungsgesetz: Kohleregionen	- 0,4	- 0,5	- 1,3
Zusätzliche EKF-Ausgaben durch Beschluss des Klimakabinetts	- 6,3	- 6,3	2,0
Soforthilfe und Wiederaufbaufonds »Aufbauhilfe 2021«	- 1,0	- 2,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ^e	- 0,2	- 0,2	0,0
Anpassung der Renten Ost	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Grundrente	- 0,8	- 1,8	0,8
Gesundheits- und pflegepolitische Maßnahmen ^f	- 1,2	0,0	0,0
Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie inklusive Konjunktur- und Zukunftspaket	- 49,7	77,6	29,8
<i>darunter:</i> Überbrückungshilfen I, II, III, III Plus, IV	- 26,1	23,2	5,9
Senkung Ust-Sätze (inkl. Minderausgaben für staatl. Käufe)	13,5	3,4	0,0
Stabilisierung EEG-Umlage	- 5,4	2,7	2,7
Schutzmasken, Tests, Impfungen, Impfzentren	- 15,5	11,0	4,0
Reduzierter Umsatzsteuersatz in der Gastronomie	- 1,4	- 0,7	3,5
Außerordentliche Wirtschaftshilfe November & Dezember 2020	- 13,8	13,8	0,0
Insgesamt	- 85,8	58,7	43,2
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	- 2,3	1,6	1,1

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ^b Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. ^c Modernisierung der Körperschaftssteuerrechts, Jahressteuergesetz 2019, Änderung des Rennwett- und Lotteriesteuergesetzes, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen, Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet, Jahressteuergesetz 2020, Abzugssteuer Entlastung. ^d Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung, Baukindergeld (inkl. Bayerische Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus), Erhöhung des Wohngelds (einschließlich Klimapakets), Starke-Familien-Gesetz, Teilhabechancengesetz, Angehörigenentlastungsgesetz, Familiengeld und Kindergartenzuschuss Bayern. ^e Arbeit-von-morgen-Gesetz und Qualifizierungschancengesetz. ^f Konzertierte Aktion Pflege, Pflegepersonalstärkungsgesetz, Terminservice- und Versorgungsgesetz und Krankenhausstrukturgesetz.

Quelle: Bundesregierung; Finanzministerien der Länder; Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

DER KOALITIONSVERTRAG IM LICHT DES STAATSKONTOS

Am 24. November 2021 stellte die neue Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ihren Koalitionsvertrag für die kommende Legislaturperiode vor. Auch wenn nahezu alle dort niedergeschriebenen geplanten Maßnahmen direkt oder indirekt Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben und die meisten Vorhaben nur relativ vage beschrieben werden, lohnt sich ein Blick auf die anstehenden Projekte der sogenannten Ampel-Koalition, die vermutlich Auswirkungen auf das Staatskonto im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung haben werden.

Im Abschnitt »Steuern« finden sich vergleichsweise konkrete Aussagen über geplante Maßnahmen der neuen Bundesregierung. So wird sich Anfang 2023 der Sparer-Pauschbetrag von 801 Euro auf 1 000 Euro erhöhen. Dies wird zu Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer führen. Auch die Erhöhung des Ausbildungsfreibetrags auf 1 200 Euro wird die Steuereinnahmen mindern, wenngleich nicht in dem Ausmaß wie der Sparer-Pauschbetrag. Darüber hinaus wollen die Koalitionspartner eine Investitionsprämie für Klimaschutz und digitale Güter einführen, die über sogenannte »Superabschreibungen« solche Investitionen steuerlich begünstigen sollen und abermals zu geringeren Steuereinnahmen führen dürften. Demgegenüber werden vermutlich Steuermehreinnahmen durch die Legalisierung von Cannabis und einer entsprechenden Verbrauchssteuer stehen.

Im Bereich der Sozialbeiträge will die Bundesregierung den Beitragssatz zur Rentenversicherung während der Legislaturperiode nicht über 20% steigen lassen. Damit bleibt noch etwas Spielraum für steigende Beiträge, die dann zu Mehreinnahmen der Rentenversicherung führen würden. Gleichzeitig wollen die Regierungsparteien das Rentenniveau und das Renteneintrittsalter stabil halten, was durch die Einführung einer teilweise kapitalgedeckten Rente erreicht werden soll. Zu diesem Zweck sollen der Rentenversicherung bereits im Jahr 2022 Haushaltsmittel von 10 Mrd. Euro zugeführt werden.

Auf der Ausgabenseite finden sich viele Investitionsvorhaben in den Bereichen Klima- und Naturschutz, Innovationsförderung, Digitalisierung und öffentliche Infrastruktur, die im Koalitionsvertrag bisher jedoch eher angedeutet werden. Zu den konkreteren Zielen zählt unter anderem der Bau von

100 000 öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr, was die staatlichen Ausgaben für Bauinvestitionen erhöhen wird. Darüber hinaus will die Ampel-Koalition die EEG-Umlage zukünftig nicht mehr über den Strompreis finanzieren, sondern über den Energie- und Klimafonds, der neben den Einnahmen aus dem Emissionshandel zusätzlich über einen dann voraussichtlich höher ausfallenden Bundeszuschuss mit Mitteln versorgt wird.

Im Bereich der Sozialleistungen sind einige grundlegende Veränderungen geplant. Das bisherige Mindestsicherungssystem (Hartz IV) soll durch ein Bürgergeld abgelöst werden, das unter anderem die Vermögensanrechnung in den ersten zwei Bezugsjahren aussetzen soll. Allerdings werden die Regelsätze beim bisherigen Arbeitslosengeld II im kommenden Jahr wohl nur im bereits geplanten Umfang steigen. Eine eindeutige Aussage darüber, ob durch die Einführung des Bürgergelds mit Mehr- oder Minderausgaben zu rechnen ist, fällt vor diesem Hintergrund schwer. Die zweite große sozialpolitische Reform soll die Einführung der Kindergrundsicherung umfassen. In dieser sollen alle bisherigen finanziellen Hilfen der Familien- und Kinderförderung in einer Leistung zusammengefasst werden. Zur Ausgestaltung der Kindergrundsicherung gibt es verschiedene Umsetzungsvorschläge, unter anderem von Bündnis 90/Die Grünen, die in Zukunft die Familienministerin stellen wird. Unterschiedliche Ausprägungen des Grünen-Vorschlags würden voraussichtlich zu deutlichen Mehrausgaben führen (vgl. Blömer et al. 2021). Darüber hinaus soll die Ausbildungsförderung im Rahmen BAföG umstrukturiert und ausgeweitet werden. Durch die Anhebung von Freibeträgen, Bedarfssätzen und Förderhöchst-dauer ist auch hier mit höheren Ausgaben zu rechnen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Ampel-Koalition sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Aufgabenseite eine Vielzahl an Vorhaben auf den Weg bringen möchte, die den Staatshaushalt tendenziell mehr be- als entlasten werden. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich allerdings noch schwer abschätzen, ob die Defizite im Staatshaushalt wie während der Coronakrise überwiegen werden oder ob mit dem Festhalten an der Schuldenbremse, zu der sich im Koalitionsvertrag bekannt hat, in Zukunft die staatlichen Einnahmen wieder über den Ausgaben liegen werden.

gerung werden im Kasten »Der Koalitionsvertrag im Lichte des Staatskontos« beschrieben.

Nachdem im Jahr 2021 der fiskalische Impuls durch die Maßnahmen zur Bekämpfung Corona-Pandemie mit knapp 86 Mrd. Euro (– 2,3% des BIP) noch deutlich expansiv ausfallen wird, ist im weiteren Prog-

nosezeitraum mit klar restriktiven Gegenbewegungen zu rechnen (vgl. Tab. 2.5). Im Laufe des Jahres 2022 werden die meisten pandemiebedingten Maßnahmen voraussichtlich auslaufen, 2023 dürften sie dann keine fiskalische Relevanz mehr haben. Dies führt zu restriktiven Impulsen von ca. 59 Mrd. Euro (1,6% des

BIP) im Jahr 2022 bzw. 43 Mrd. Euro (1,1% des BIP) im Jahr 2023.

2.5 FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN UNVERÄNDERT GÜNSTIG

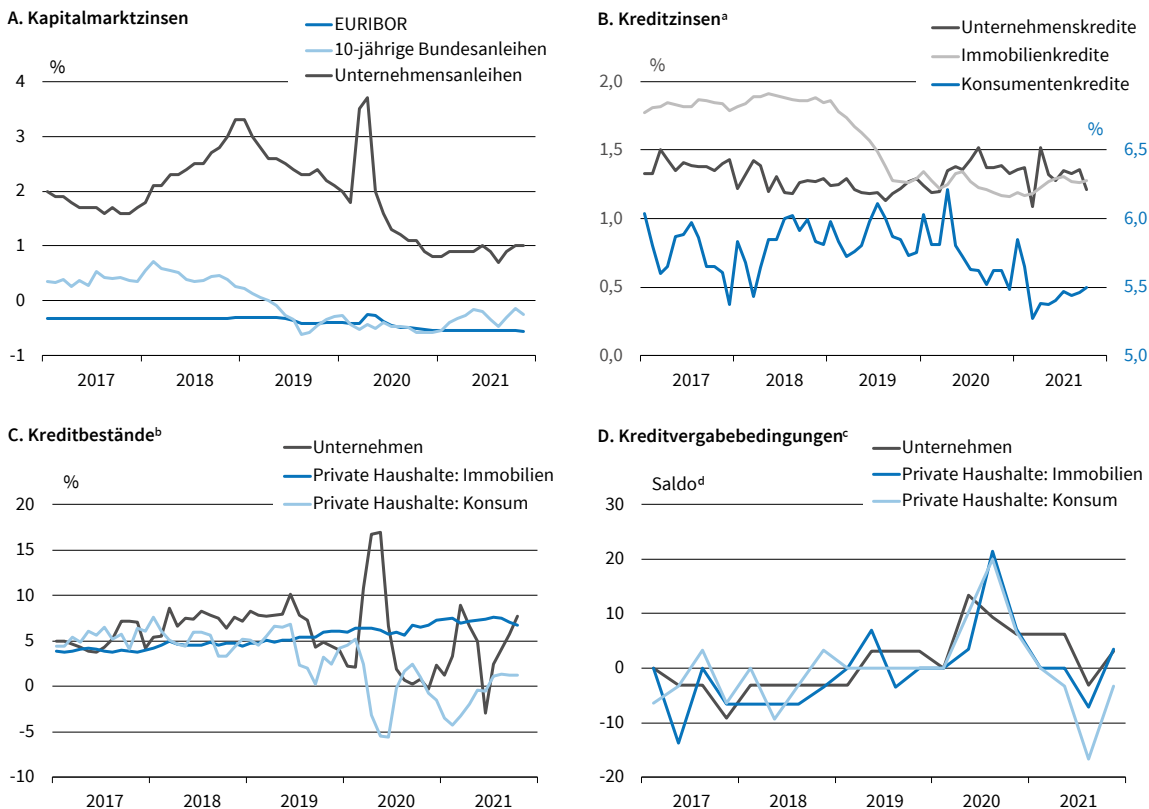
Die Europäische Zentralbank (EZB) führte bis zuletzt ihren expansiven geldpolitischen Kurs fort, setzt aber seit geraumer Zeit keine neuen Akzente. Zu den wenigen geldpolitischen Anpassungen seit dem Frühjahr gehörte die Ankündigung im September, dass die monatlichen Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) im letzten Quartal 2021 gegenüber den beiden Vorquartalen moderat reduziert werden. Die Nettoankäufe im Rahmen des Programms sind aktuell bis zum März 2022 geplant, der Gesamtumfang von 1 850 Mrd. Euro wird bis dahin aber wohl nicht ganz ausgeschöpft werden. Die Entscheidung über die Fortsetzung des PEPP wurde auf die Dezember-Sitzung des EZB-Rats vertagt. Um ein zu abruptes Anziehen der geldpolitischen Zügel zu verhindern, ist neben einer Neuauflage des PEPP auch eine Aufstockung des herkömmlichen Wertpapierankaufprogramms (APP) von derzeit monatlich 20 Mrd. Euro denkbar. Darüber hinaus steht in der Dezember-Sitzung eine Entscheidung über die Weiter-

führung der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III und PELTRO) an, die bis zuletzt die Banken mit umfassender Liquidität versorgt haben und am Jahresende auslaufen. Die Leitzinsen sind mit 0% für den Hauptrefinanzierungssatz, 0,25% für den Spitzenrefinanzierungssatz und -0,5% für den Einlagesatz nun bereits seit Herbst 2019 unverändert.

Gestützt vom akkommodierenden Kurs der EZB bleibt das Finanzierungsumfeld in Deutschland weiterhin sehr günstig. So lagen die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen im November bei rund -0,3% und damit auf ähnlichem Niveau wie vor der Corona-Pandemie (vgl. Abb. 2.4). Auch die Umlaufrenditen von Unternehmensanleihen bewegen sich nahe ihrem historischen Tiefpunkt und weisen in diesem Jahr allgemein wenig Schwankungen auf. Die Entwicklungen am Kapitalmarkt spiegelt auch der Kreditmarkt wider. Die Zinsen für Unternehmenskredite (1,2%) und Immobilienkredite (1,3%) sind in den letzten Monaten unverändert niedrig.

Die Kreditbestände der Unternehmen sind zuletzt wieder etwas stärker gestiegen. Diese haben im Sommer zeitweise stagniert, wohl auch weil den Unternehmen durch die hohe Kreditaufnahme in der ersten und zweiten Coronawelle noch ausreichend Liquidität zur Verfügung stand. Auf Seiten der Haushalte expan-

Abb. 2.4
Zur monetären Lage in Deutschland



^a Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte.
^b Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt). ^c Kreditvergabebedingungen in den vergangenen drei Monaten (Bank Lending Survey).
^d Saldo der Einschätzungen »verschärft« minus »gelockert« in %.
 Quelle: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts.

dierten die Immobilienkredite weiterhin kräftig. Auch die Bestände der Konsumentenkredite zogen zuletzt wieder leicht an, nachdem sich die Haushalte im letzten Jahr wenig verschuldungsfreudig gezeigt haben. Gemäß der Umfrage unter den Geschäftsbanken aus dem Oktober wurden die Kreditvergabebedingungen im dritten Quartal etwas verschärft.

Im Prognosezeitraum dürfte die EZB die Finanzierungsbedingungen locker halten, auch wenn die Geldpolitik den Krisenmodus parallel zur wirtschaftlichen Erholung allmählich verlassen dürfte. Während die Leitzinsen im Prognosezeitraum auf unverändert niedrigem Niveau verweilen dürften, dürfte die EZB Anpassungen an anderen geldpolitischen Instrumenten vornehmen - beispielweise durch einen Abbau der monatlichen Nettoankäufe im Rahmen Wertpapierankaufprogramme. Im Einklang mit der geldpolitischen Normalisierung dürften die Zinsen und Renditen an den Kredit- und Kapitalmärkten leicht anziehen. Zum Ende des Prognosezeitraums dürfte die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen wieder leicht im Plus liegen. Das Finanzierungsumfeld für Haushalte, Unternehmen und Staat bleibt dennoch auf absehbare Zeit günstig.

Ein Risiko für die Prognose der Finanzierungsbedingungen stellt die Inflationsentwicklung in der Eurozone dar. Sollte sich die derzeit hohe Preisdynamik verfestigen und zu einem deutlichen Anstieg der Inflationserwartungen führen, könnte die EZB einen restriktiveren Kurs einschlagen, was auch einen nachteiligen Effekt auf die Finanzierungsbedingungen in Deutschland haben würde. Dem steht allerdings die im Juli verkündete Strategieänderung der EZB entgegen, wonach das Inflationsziel von nun an symmetrisch um 2% interpretiert wird. So könnte die Geldpolitik in Zukunft später auf erhöhte Preissteigerungsraten reagieren, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

2.6 WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die vorliegende Prognose basiert auf der Annahme, dass sich der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent in diesem Jahr durchschnittlich auf 70,4 US-Dollar, im nächsten Jahr auf 71,8 und im Jahr 2023 auf 73,2 US-Dollar beläuft (vgl. Tab. 2.6). Außerdem wird angenommen, dass der Euro im laufenden Jahr durch-

Tab. 2.6
Annahmen der Prognose
Jahresdurchschnitte

	2021	2022	2023
Ölpreis USD/Barrel (Brent)	70,4	71,8	73,2
Welthandel ^a	9,6	4,3	4,1
Wechselkurs USD/EUR	1,18	1,15	1,15
Hauptrefinanzierungssatz der EZB	0,00	0,00	0,00

^a Preisbereinigt; Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Annahmen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

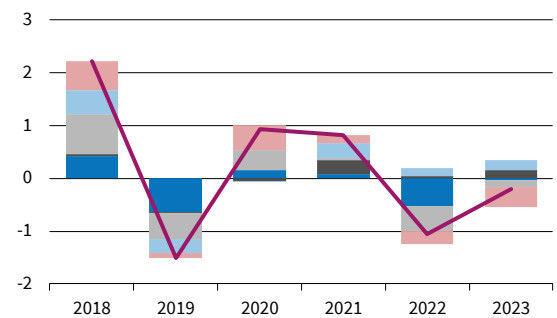
Abb. 2.5

Exportindikatoren

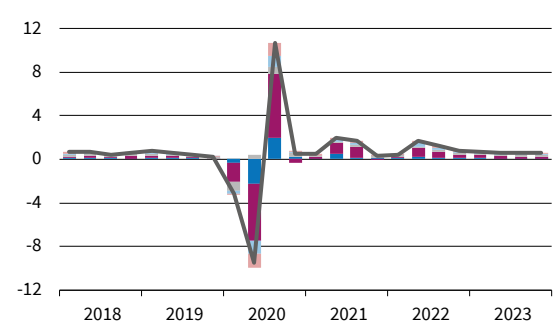
In % bzw. Prozentpunkten



A. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit^a



B. Expansionsbeiträge des Weltnachfrageindikators



^a Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

^b Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien.

^c Brasilien, Russland, Indien und China.

^d Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.

^e Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfonds; OECD;

Berechnungen des ifo Instituts;

2021, 2022 und 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

schnittlich 1,18 US-Dollar und in den kommenden zwei Jahren 1,15 US-Dollar kostet.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes wird sich in diesem Jahr um 0,8% verschlechtern (vgl. Abb. 2.5 A). Vor allem wird Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Euroraum einbüßen, denn die deutsche Verbraucherpreis-inflation fällt im europäischen Vergleich relativ stark aus. Zusätzlich kommt die spürbare Aufwertung des Euro gegenüber dem japanischen Yen zum Tragen. Im nächsten Jahr dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit um 1,1% verbessern. Hier machen sich Abwertungen des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem Renminbi bemerkbar, die man seit einem halben Jahr beobachten kann. Unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse dürfte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2023 weitgehend unverändert bleiben.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, werden sich die aktuell bestehenden Lieferengpässe und die vierte Coronawelle negativ auf die Weltkonjunktur auswirken. Entsprechend legt der ifo Weltnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Expansionsraten der wichtigsten deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, im Winterhalbjahr 2021/2022 nur geringfügig zu (vgl. Abb. 2.5 B). Erst mit der Entspannung des Materialmangels und dem Wegfall der Corona-Beschränkungen im Frühjahr 2022 kehrt der Indikator zu kräftigeren Wachstumsraten zurück, die dann im weiteren Prognosezeitraum allmählich nachlassen.

2.7 LIEFERENGPÄSSE UND VIERTE CORONAWELLE BELASTEN PRODUKTION

Im ersten Quartal des laufenden Jahres schrumpfte das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 1,9% gegenüber dem Vorquartal (vgl. Tab. 2.7). Maßgeblich hierfür waren die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche, die ihre Geschäftstätigkeit während der damaligen Coronawelle

einschränken oder gar ganz einstellen mussten. Im Sommerhalbjahr expandierte die deutsche Wirtschaft dann mit recht kräftigen Raten, wengleich die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund der sich zuspitzenden Lieferengpassproblematik im zweiten und dritten Quartal 2021 weiter nachgab (vgl. Box »Zu den Auswirkungen des Mangels an Vorprodukten«). Auch dem Baugewerbe setzte das zeitweise Fehlen von Vorprodukten kräftig zu, so dass auch hier die Bruttowertschöpfung im dritten Vierteljahr 2021 gesunken ist. Die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche konnten hingegen ihre Bruttowertschöpfung kräftig ausweiten, nachdem im Sommer der überwiegende Teil der einschränkenden Maßnahmen aufgehoben und deutliche Fortschritte bei der Impfkampagne erzielt werden konnten.

Im Schlussquartal des laufenden Jahres dürfte die gesamtwirtschaftliche Leistung erneut um 0,5% gegenüber dem Vorquartal nachgeben und zum Jahresauftakt 2022 nur stagnieren. Damit wird die Erholung der deutschen Wirtschaft voraussichtlich erneut einen spürbaren Dämpfer erhalten. Im Vergleich zu ifoCAST (vgl. Lehmann et al. 2020), das auf Basis der jüngsten Daten aus dem Verarbeitenden Gewerbe und

Tab. 2.7

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen Veränderung in %

	2021				2022				2023				2021	2022	2023
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV			
	Veränderung ggü. Vorquartal ^a												Veränderung ggü. Vorjahr ^b		
Bruttoinlandsprodukt	-1,9	2,0	1,7	-0,5	0,0	2,3	1,8	0,8	0,5	0,3	0,3	0,3	2,5	3,7	2,9
darunter:															
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	-1,1	1,4	1,9	-0,5	0,0	2,3	1,8	0,8	0,5	0,3	0,3	0,3	2,5	3,7	2,9
darunter:															
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-1,2	-0,7	-2,2	-1,2	0,1	5,2	4,0	1,7	1,0	0,4	0,4	0,4	2,8	4,1	5,8
darunter:															
Verarbeitendes Gewerbe	-1,0	-1,0	-2,2	-1,6	0,0	5,6	4,3	1,8	1,1	0,4	0,4	0,4	3,3	4,1	6,2
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-2,6	1,0	-1,7	1,4	0,9	2,8	1,7	1,0	0,7	0,5	0,4	0,4	-0,1	4,4	3,7
Baugewerbe	-4,8	2,3	-1,2	0,7	1,0	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	-0,1	1,8	0,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-2,5	2,3	5,3	-2,5	-1,7	4,6	2,9	1,0	0,4	0,3	0,1	0,1	2,3	4,6	3,7
Information und Kommunikation	-0,3	0,5	1,0	0,3	0,5	1,3	1,0	0,9	0,7	0,7	0,6	0,6	2,7	3,0	3,1
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,5	0,8	2,4	-0,3	0,5	0,4	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	2,0	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,1	0,0	0,5	0,1	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,7	1,6	1,2
Unternehmensdienstleister	-0,4	2,2	3,4	0,4	-1,0	2,3	1,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	3,4	4,1	2,6
Öffentliche Dienstleister	-0,3	4,1	3,1	1,0	1,5	-1,2	-0,4	0,0	0,3	0,3	0,2	0,2	4,3	3,7	0,1
Sonstige Dienstleister	2,8	-0,1	13,5	-3,0	-4,0	7,5	3,8	2,5	1,0	0,2	0,1	0,1	2,5	8,0	6,8

^a Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt; ^b Ursprungswerte, Jahresdurchschnitte.

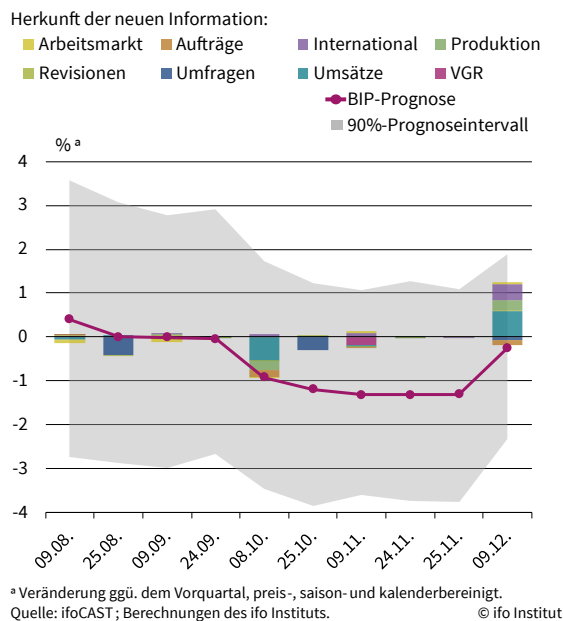
Quelle: Statistisches Bundesamt; ab IV/2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

Abb. 2.6

BIP-Prognose 4. Quartal 2021

Prognoseanpassung durch neue Informationen



zum Spezialhandel derzeit einen Rückgang von 0,25% im vierten Quartal 2021 anzeigt (vgl. Abb. 2.6), wird in der vorliegenden Prognose die Verlaufsrate des Bruttoinlandsprodukts etwas negativer eingeschätzt. Maßgeblich hierfür sind die anhaltenden Lieferprobleme bei wichtigen Vorprodukten, die sich auch im November nicht entspannt haben, sowie die neuerliche Zuspitzung der Corona-Pandemie.

Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe dürfte zum Jahresende 2021 abermals kräftig um 1,6% nachgeben und dann zu Beginn des kommenden Jahres auf niedrigerem Niveau verharren. Zwar legte die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe saison- und kalenderbereinigt im Oktober 2021 um 3,2% gegenüber dem Vormonat zu (dies entspricht einem Anstieg um 0,8% gegenüber dem zweiten Quartal 2021), jedoch deutet die ifo Produktionsentwicklung – die den Anstieg im Oktober bereits signalisierte – daraufhin, dass dieser kräftige Anstieg nur vorübergehender Natur war. Im November hat der Indikator wieder deutlich nachgegeben (vgl. Abb. 2.7), und auch der Anteil der Meldungen an Unternehmen, die von Engpässen bei Vorprodukten berichten, ist jüngst auf einen neuen Höchstwert gestiegen. Darüber hinaus war der kräftige Produktionsanstieg im Oktober maßgeblich durch den gewichtigen Fahrzeugbau (hier: WZ29 – Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen) getrieben, der seinen Ausstoß um 12,6% gegenüber dem Vormonat steigern konnte. Die jüngsten (saisonbereinigten) Produktionszahlen des Verbands der deutschen Automobilindustrie signalisieren jedoch eine erneute Abkühlung im November. In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass sich der Produktionsanstieg vom Oktober im Verlauf des vierten Quartals 2021 egalisieren dürfte und damit

Abb. 2.7

ifo Produktionsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe



die Wertschöpfung im Vorquartalsvergleich erneut nachgibt. Für eine nicht so schwache Entwicklung im Schlussquartal des laufenden Jahres sprechen die jüngsten Zahlen des Lkw-Maut-Fahrleistungsindex. So stieg die Fahrleistung im November 2021 um 1,3% gegenüber dem Vormonat, nachdem sie bereits im Vormonat um 1,6% zulegen konnte. Insgesamt wird bei der Prognose des Verarbeitenden Gewerbes den Produktionszahlen des Verbands der deutschen Automobilindustrie sowie den ifo Indikatoren (Knappheit und Produktionsentwicklung) mehr Gewicht beigemessen, da der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex auch den Transport nicht-industrieller Güter umfasst und somit u.U. falsche Signale liefern könnte.

Die Produktion im Baugewerbe war, den Angaben der Firmen zufolge, im zurückliegenden Sommerhalbjahr ebenfalls durch das Fehlen wichtiger Vorprodukte beeinträchtigt. Dieser Engpass spiegelte sich sowohl in einer sinkenden Bauproduktion als auch in stark steigenden Preisen wider. So sank die Bauproduktion im dritten Quartal 2021 um 1,8% unter das Niveau des Vorquartals; der Zuwachs des Deflators der Bruttowertschöpfung im Baugewerbe beschleunigte sich mit 2,9% im dritten Quartal abermals, nachdem dieser im zweiten Vierteljahr bereits um 2,6% expandierte. Im Oktober 2021 stieg die Bauproduktion um 1,2% gegenüber dem Vormonat. Jedoch ist die Engpassproblematik keinesfalls gelöst. Zwar hat der Anteil der Firmen, die von Engpässen bei wichtigen Vorprodukten berichten, seinen Hochpunkt vom Juli 2021 (43,6%) hinter sich gelassen. Dennoch stagniert dieser Anteil mit mehr als 32% seit einiger Zeit weiterhin auf sehr hohem Niveau. Dies dürfte für sich genommen die Produktion drosseln. Insgesamt wird die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes im vierten Quartal 2021 voraussichtlich um 0,7% zulegen und sich dann zu Jahresbeginn mit 1,0% nochmals beschleunigen. Zum einen wird angenommen, dass sich – auf Basis der Umfragedaten – die Engpassproblematik im Baugewerbe eher als in der Industrie auflöst. Und zum anderen sind die Neuaufträge der hiesigen Baufirmen bis zuletzt kräftig gestiegen.

Bei den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen dürften sich im Winterhalbjahr 2021/2022 die neuerlichen Einschränkungen bemerkbar machen, wenngleich die damit verbundenen wirtschaftlichen Einbußen wohl geringer als in den vergangenen Coronawellen ausfallen. Erstens wurden bislang keine flächendeckenden staatlichen Schließungen angeordnet. Der Großteil der Einschränkungen konzentriert sich auf ungeimpfte Personen. Zweitens konnten die Kinderbetreuung und der Schulbetrieb zum überwiegenden Teil aufrechterhalten werden. Für einen geringeren Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität als in den vorherigen Coronawellen sprechen auch die Entwicklungen von Indikatoren am aktuellen Rand. So ist bspw. der Rückgang bei der Mobilität weniger stark ausgeprägt als zuvor, und die Online-Tischreservierungen in der Gastronomie haben bislang deutlich geringer nachgegeben. Somit dürften vor allem das Gastgewerbe und die Sonstigen Dienstleister (z.B. Fitnessstudios) die Auswirkungen der vierten Coronawelle im Winterhalbjahr spüren. Annahmegemäß wirken die Einschränkungen über das gesamte erste Quartal 2022 hinweg, so dass die Rückgänge zum Auftakt des kommenden Jahres nochmal kräftiger ausfallen als im vierten Vierteljahr 2021, in dem sich zumindest in den ersten eineinhalb Monaten wirtschaftliche Aktivität weitgehend frei entfalten konnte. Insgesamt dürfte die Wertschöpfung der Sonstigen Dienstleister um 3,0% im vierten Quartal 2021 bzw. um 4,0% im ersten Quartal 2022 sinken.

Die übrigen Dienstleister sind von unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. So dürften die industrienahe Bereiche abermals zur Schwäche tendieren. Die wirtschaftliche Aktivität der Öffentlichen Dienstleister wird voraussichtlich auch im Winterhalbjahr 2021/2022 mit 1,0% bzw. 1,5% ausgeweitet werden. Hierfür sprechen die Ausweitung der staatlich finanzierten Testkapazitäten sowie die Beschleunigung bei der Gabe von Auffrischungsimpfungen. Gleichzeitig wird unterstellt, dass die Kinderbetreuungseinrichtungen ihren Betrieb aufrechterhalten. Im vergangenen Winterhalbjahr waren deren Schließungen mitverantwortlich für den Rückgang der Wertschöpfung der Öffentlichen Dienstleister. Alle weiteren Dienstleistungsbereiche dürften

ähnlich schwach laufen wie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Die wirtschaftliche Erholung im Laufe des kommenden Jahres dürfte maßgeblich durch den weiteren Pandemieverlauf und die Entwicklung der Lieferprobleme geprägt sein. Für den Pandemieverlauf wird angenommen, dass die derzeit geltenden Infektionsschutzmaßnahmen im Frühjahr auslaufen und die Impfkampagne weiter voranschreitet. Die Lieferengpässe im Verarbeitenden Gewerbe dürften sich erst im Frühjahr des kommenden Jahres allmählich auflösen. Bei dieser Annahme wurde auf die Ergebnisse der ifo Konjunkturumfrage vom Oktober 2021 zurückgegriffen. Demnach gingen die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes davon aus, dass die Beschaffungsprobleme im Schnitt noch acht Monate anhalten und damit erst ab dem dritten Quartal 2022 die Produktion nicht mehr behindern dürften. Im Sommerhalbjahr 2022 wird dann eine kräftige Erholung im Verarbeitenden Gewerbe einsetzen, die sich zum Beginn des Jahres 2023 fortsetzen dürfte. Mit dem Abebben der Coronawelle werden dann auch die kontaktintensiven Dienstleister kräftig zulegen können und die wirtschaftlichen Einbußen der Corona-Pandemie hinter sich lassen. Die staatliche Aktivität wird voraussichtlich – mit Überwindung der pandemischen Lage – sinken und im Anschluss mit durchschnittlichen Raten expandieren. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte dann mit Raten von 2,3 sowie 1,8% im zweiten und dritten Quartal 2022 deutlich zulegen und dann langsam auf durchschnittliche Zuwächse einschwenken.

Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2021 wohl um 2,5% zulegen (vgl. Tab. 2.8). Überdurchschnittlich stark zum Anstieg dürften dabei die Öffentlichen Dienstleister (4,3%) und Unternehmensdienstleister (3,4%) beitragen; im Baugewerbe dürfte die Wertschöpfung im Jahresdurchschnitt lediglich stagnieren. Im kommenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt dann um voraussichtlich um 3,7% expandieren, gefolgt von 2,9% im Jahr 2023. Maßgeblich für diese kräftigen Zuwächse dürften dann das Verarbeitenden Gewerbe und die kontaktintensiven Dienstleister sein.

Tab. 2.8

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2020	2021	2022	2023
Statistischer Überhang ^a	0,0	2,2	0,9	2,1
Jahresverlaufsrate ^b	- 2,9	1,3	5,0	1,4
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	- 4,9	2,5	3,8	3,0
Kalendereffekt ^c	0,4	0,0	- 0,1	- 0,2
Jahresdurchschnittliche Veränderung	- 4,6	2,5	3,7	2,9

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. ^b Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. ^c In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

ZU DEN AUSWIRKUNGEN DES MANGELS AN VORPRODUKTEN

Obwohl die Auftragseingänge bis in den Sommer beinahe ununterbrochen gestiegen und die Auftragsbücher so voll wie selten zuvor sind, ließen Lieferengpässe bei wichtigen industriellen Vorprodukten die Produktion und Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe seit Jahresbeginn fast ununterbrochen schrumpfen. Im Zuge dessen sind die Auftragsbestände in die Höhe geschossen, und es kam zu einer ausgeprägten Diskrepanz zwischen aktueller Produktion und noch vorhandenen Aufträgen. Jedoch zeigt sich innerhalb der Industrie ein sehr heterogenes Bild. Unter den drei gewichtigsten Industriebereichen sind vor allem im Fahrzeugbau (WZ29) Auftragsbestand und Produktion deutlich auseinandergedriftet; beim Metallgewerbe (WZ24+WZ25) und dem Maschinenbau (WZ28) fällt die Diskrepanz deutlich geringer aus (vgl. Abb. 2.8).

Für gewöhnlich ist die Zunahme der Lieferengpässe eine Folgeerscheinung überausgelasteter Kapazitäten und damit einer sehr hohen Nachfrage nach Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abb. 2.9).¹ Zwar hat sich die industrielle Wertschöpfung in der zweiten Jahreshälfte 2020 kräftig von der ersten Coronawelle erholt, dennoch waren die Kapazitäten zu Beginn des Jahres 2021 immer noch unterausgelastet. Durch die rückläufige Wertschöpfung hat diese Unterauslastung im Verlauf dieses Jahres wieder zugenommen, während die Nachfrage nach Industrieprodukten und unterausgelasteten Kapazitäten wird als »Flaschenhals«-Rezession bezeichnet.

Schätzungen zufolge dürften die Lieferengpässe in den ersten drei Quartalen dieses Jahres Wertschöpfungsverluste in der deutschen Industrie im Umfang von zusammengenommen knapp 40 Mrd. Euro verursacht haben (vgl. Abb. 2.10). Zu diesem Ergebnis gelangt man, in dem man vom tatsächlichen Verlauf der Bruttowertschöpfung eine kontrafaktische Entwicklung abzieht, die auf Basis historischer Zusammenhänge beim beobachteten Verlauf der Auftragsein-

¹ Die grau schattierten Flächen in Abb. 2.9 markieren jene Quartale, in denen die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe über ihrem Trend liegt; das Gegenteil gilt für nicht schraffierte Flächen. Der Trend der Wertschöpfung wurde in Anlehnung an Müller und Watson (2019) mit Hilfe eines zeitreihenökonomischen Verfahrens bestimmt.

Abb. 2.8

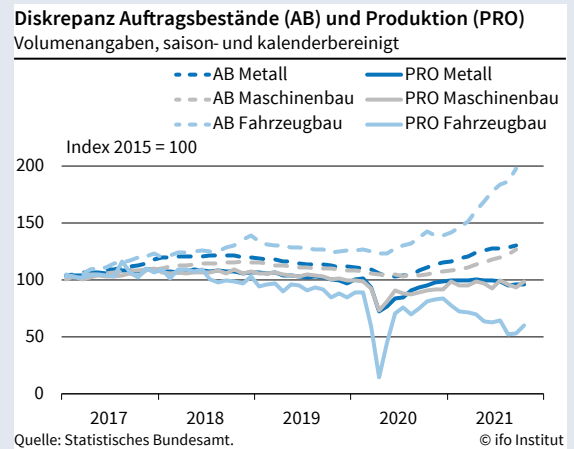
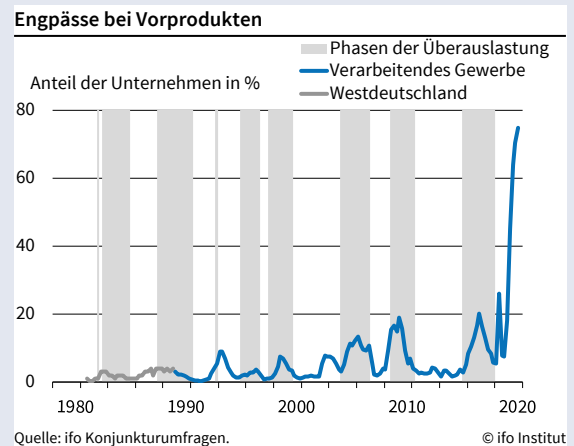


Abb. 2.9



gänge im Verarbeitenden Gewerbe zu erwarten gewesen wäre.²

Für die Fortschreibung der kontrafaktischen Bruttowertschöpfung im Prognosezeitraum ab dem vierten Quartal 2021 wurden drei Szenarien für die weitere Entwicklung der Auftragseingänge unterstellt. Im Basisszenario wurde das Niveau der Auftragseingänge vom Oktober 2021 bis zum Ende des Jahres 2022 konstant gehalten. In einem optimistischen Szenario expandieren die Neuaufträge pro Quartal um 1%, ausgehend von dem Niveau im Oktober 2021, im pessimistischen Szenario sinken sie um 1% pro Quartal. Die grau schraffierte Fläche in Abbildung 2.10 markiert die Unsicherheit bei der Fortschreibung der kontrafaktischen

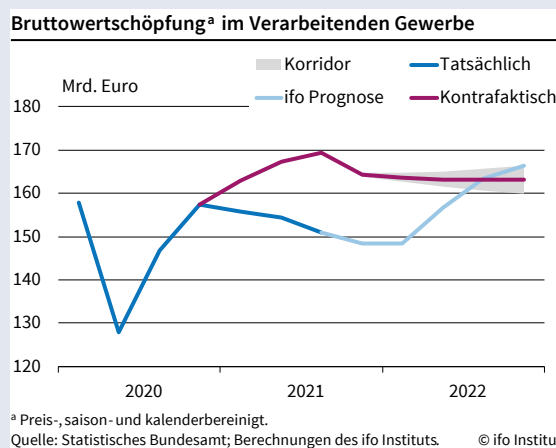
² Für die Bestimmung des kontrafaktischen Verlaufs wurde ein Zeitreihenmodell für den Zusammenhang zwischen der Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und den Auftragseingängen bis einschließlich des vierten Quartals 2020 geschätzt. Dieses Modell wurde im Anschluss genutzt, um – unter gegebener und im Prognosezeitraum angenommener Entwicklung der Auftragseingänge – eine bedingte Prognose für die Bruttowertschöpfung zu berechnen.

Bruttowertschöpfung im Hinblick auf die Annahme über den weiteren Verlauf der Auftragseingänge.

Der in der vorliegenden ifo Konjunkturprognose Winter 2021 erwartete Verlauf für die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe nähert sich Ende des Jahres 2022 der kontrafaktischen Bruttowertschöpfung des optimistischen Szenarios. Damit würden im vierten Quartal 2022 gerade einmal die zu diesem Zeitpunkt entstandenen Neuaufträge abgearbeitet werden. Allerdings würden die seit Beginn der Lieferengpässe nicht erledigten Neuaufträge, die den Auftragsbestand weiter anschwellen ließen und die einer bis Endes des Jahres 2022 kumulierten Diskrepanz zwischen der tatsächlichen bzw. erwarteten und der kontrafaktischen Bruttowertschöpfung im Umfang von gut 80 Mrd. Euro entsprechen, nicht verringert. Im pessimistischen Szenario würden die eingehenden Neuaufträge bereits ab dem Sommer 2022 bearbeitet werden können. Die bis dahin kumulierte Diskrepanz betrüge dann lediglich gut 60 Mrd. Euro. Da in diesem Szenario der erwartete Verlauf der Bruttowertschöpfung in der zweiten Jahreshälfte 2022 höher ist als jene, die im Einklang mit den Auftragseingängen wäre, würde bereits ein gewisser Teil des aufgestauten Auftragsbestandes abgebaut werden.

Für die vorliegende Konjunkturprognose entsteht durch den aufgestauten Auftragsbestand ein bedeutendes Aufwärtsrisiko, das den gesamtwirtschaftlichen

Abb. 2.10



^a Preis-, saison- und kalenderbereinigt.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Erholungsprozess in den kommenden beiden Jahren erheblich befeuern könnte. Würden sämtliche aufgestaute Aufträge abgebaut werden, läge die gesamtwirtschaftliche Produktion je nach Szenario am Ende des Prognosezeitraums zwischen 1,8 und 2,4% höher. Da bereits auf Basis der vorliegenden ifo Winterprognose 2021 die Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe ab Jahresmitte 2022 überausgelastet sein dürften, könnten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes recht schnell an ihre Kapazitätsgrenzen gelangen.

2.8 GESTÖRTE LIEFERKETTEN BELASTEN DEN AUSSENHANDEL

Der deutsche Außenhandel wurde im dritten Quartal durch Lieferengpässe geprägt. Sowohl der Warenexport als auch der Warenimport verzeichneten spürbare Rückgänge, die vor allem auf einen schwachen Handel mit Vorleistungs- und Investitionsgütern zurückzuführen sind. Im Gegensatz dazu kam es bei den Dienstleistungen dank der Einführung der Covid-Pässe und der sommerlichen Entspannung der Corona-Pandemie zu einer kräftigen Erholung. Insgesamt gingen die realen Ausfuhren dennoch um 1,0% und die realen Einfuhren um 0,6% zurück.

Aller Voraussicht nach wird die Ausfuhr im laufenden Quartal um 0,4% zunehmen. Darauf deuten die monatlichen Exportdaten in der Abgrenzung des Spezialhandels hin. Für das erste Quartal 2022 lassen die ifo Exporterwartungen, die sich weiterhin auf einem hohen Niveau befinden, auf einen Anstieg der Ausfuhren von 0,8% schließen (vgl. Abb. 2.11). Ab dem zweiten Quartal 2022 dürfte sich der zurzeit anhaltende Mangel an Vorprodukten nach und nach auflösen. Dies wird zu einer deutlichen Produktionsausweitung im Verarbeitenden Gewerbe führen, die sich in starken Zuwachsraten der Warenexporte widerspiegeln wird. Die Exportdynamik wird sich dann im

Verlauf des Jahres 2023 normalisieren. Alles in allem dürften die preisbereinigten Ausfuhren in diesem Jahr um 7,3%, im kommenden Jahr um 5,2% und im Jahr 2023 um 6,0% steigen (vgl. Abb. 2.12).

Die jüngsten Importdaten für den Monat Oktober weisen darauf hin, dass die Einfuhr im aktuellen Quartal um 0,7% zunehmen dürfte. Zum Jahresauftakt 2022 dürfte der Import nochmals leicht um 0,4% zulegen. Ab dem zweiten Quartal 2022 wird sich die allmähliche Überwindung der Lieferengpässe auch bei den Warenimporten bemerkbar machen. Außerdem

Abb. 2.11

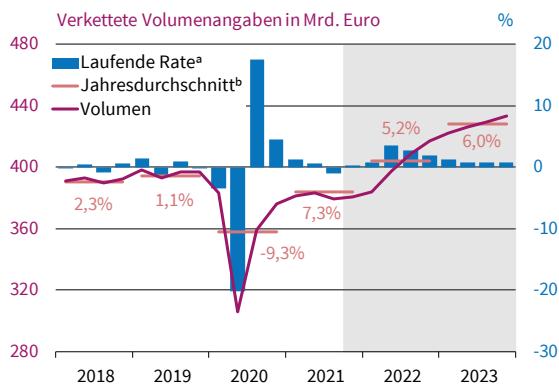


Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; internationale und nationale Statistikämter; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.12

Reale Exporte

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

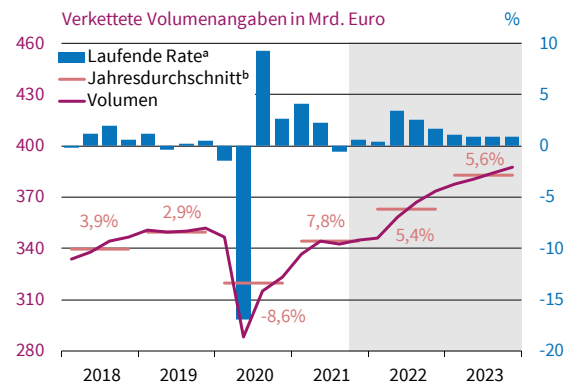


^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.13

Reale Importe

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

werden im gleichen Zeitraum die Dienstleistungsein-
 fuhren von der Aufhebung der Corona-Beschrän-
 kungen profitieren. Insgesamt dürfte der reale Import in
 diesem Jahr um 7,8%, im nächsten Jahr um 5,4% und
 im Jahr 2023 um 5,6% expandieren (vgl. Abb. 2.13).
 Die Nettoexporte werden sowohl in diesem Jahr als
 auch in den kommenden zwei Jahren rein rechnerisch
 einen leicht positiven Beitrag zur Wachstumsrate des
 Bruttoinlandsprodukts leisten (vgl. Tab. 2.9).

Der weltweite Preisdruck bei Vorprodukten be-
 flügelte die deutschen Außenhandelspreise im dritten
 Quartal. Die Exportpreise nahmen gegenüber dem
 Vorquartal um 2,8% und die Importpreise um 3,3%
 zu. Die Terms-of-Trade werden sich auch im laufenden
 Quartal verschlechtern. Laut monatlichen Preisindizes
 der Außenhandelsstatistik dürften die Exportpreise
 um 2,8% und die Importpreise um 4,9% steigen. Im

ersten Quartal 2022 dürften sich die Terms-of-Trade
 nochmals um 0,9% verschlechtern. Im weiteren Pro-
 gnosezeitraum werden sich die Exportpreise unter
 der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse
 und realer Konstanz des Rohölpreises in etwa mit
 den Importpreisen entwickeln. Der Saldo der deut-
 schen Leistungsbilanz wird in diesem Jahr 228 Mrd.
 Euro, im nächsten Jahr 206 Mrd. Euro und im Jahr
 2023 238 Mrd. Euro betragen. In Relation zum Brut-
 toinlandsprodukt bedeutet es 6,4%, 5,5% und 6,0%
 (vgl. Tab. 2.2).

2.9 UNTERNEHMENSINVESTITIONEN ZUNÄCHST WEITER AUSGEBREMST

Die Unternehmensinvestitionen haben im Sommer-
 halbjahr 2021 auf ihrem Weg zum Vorkrisenniveau an

Tab. 2.9

**Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
 in Prozentpunkten**

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge ^a			
	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Konsumausgaben	-2,3	0,9	3,2	1,7	-1,5	0,3	2,5	1,2
Private Konsumausgaben	-3,0	0,2	3,2	1,7	-2,2	-0,2	2,5	1,2
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,7	0,0	0,0	0,7	0,5	0,0	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	-0,5	0,4	0,9	0,9	-0,2	0,0	0,5	0,5
Bauten	0,3	0,1	0,4	0,3				
Ausrüstungen	-0,8	0,2	0,3	0,5				
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,2	0,2				
Vorratsveränderungen	-0,9	1,0	-0,6	-0,2	-0,6	0,8	-0,5	-0,2
Letzte inländische Verwendung	-3,7	2,3	3,5	2,4	-2,4	1,1	2,5	1,5
Außenbeitrag	-0,8	0,2	0,2	0,4				
Exporte	-4,3	3,2	2,4	2,9	-2,2	1,4	1,2	1,4
Importe	3,5	-2,9	-2,2	-2,5				
Bruttoinlandsprodukt^b	-4,6	2,5	3,7	2,9	-4,6	2,5	3,7	2,9

^a Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. ^b Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

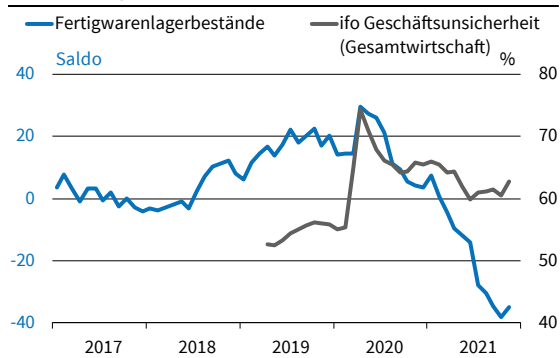
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

Abb. 2.14

Investitionsgüterproduzenten

Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

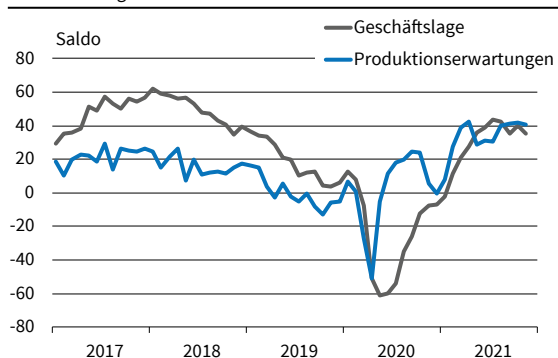
Fahrt verloren und bleiben volatil. Während sie im zweiten Quartal noch mit 1,7% im Vergleich zum ersten Quartal zulegen, erhielten sie im dritten Quartal mit -2,1% einen Rücksetzer. Dahinter verbirgt sich ein Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 2,5%, der im Einklang mit einer weiter rückläufigen Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie den niedrigen Umsätzen der Investitionsgüterproduzenten steht. Zudem wurden die Investitionen in gewerbliche Bauten im dritten Quartal mit -4,9% deutlich zurückgenommen und verstärkten damit den Rückgang der unternehmerischen Investitionstätigkeit. Stabilisierend wirkten einzig die Investitionen in sonstige Anlagen, zu denen die Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Software zählen, welche um 1,1% ausgeweitet wurden. Die Fertigwarenlagerbestände haben sich zum ersten Mal seit Beginn des Jahres nicht weiter geleert, sondern verzeichnen einen leichten Zugang (vgl. Abb. 2.14).

Aufgrund von weiter andauernden Materialengpässen und Lieferkettenstörungen dürfte die Erholung der Unternehmensinvestitionen im Schlussquartal des laufenden Jahres noch auf sich warten lassen. Für eine zunächst weiter schwache Entwicklung der Investitionen in Maschinen und Geräte im laufenden Quartal spricht auch die fallende Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe am aktuellen Rand. Laut ifo Umfragen berichten im laufenden Quartal außerdem 38% der Investitionsgüterhersteller einen Arbeitskräftemangel, was einem Allzeithoch entspricht. Gleichzeitig stagnieren ihre Produktionserwartungen, und ihre Geschäftslage hat sich im Vergleich zu den Vormonaten etwas eingetrübt (vgl. Abb. 2.15). Auffallend schlechter werden Geschäftslage und Produktionserwartungen von den Vorleistungsgüterproduzenten beschrieben. Die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller stagnieren, nur im Fahrzeugbau deutet sich eine leichte Zunahme der Aufträge an. Zusätzlich bewegt sich die gesamtwirtschaftliche unternehmerische Unsicherheit weiter auf hohem Niveau (vgl. Abb. 2.14). Trotz günstiger Finanzierungslage und lockerer Kreditvergabestandards hat außerdem die Kreditnachfrage der Unternehmen nachgelassen. Daher ist davon auszugehen, dass die teils kräftigen Pro-

Abb. 2.15

Investitionsgüterproduzenten

Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

duktions- und Umsatzzunahme in den Wirtschaftszweigen Maschinenbau, elektronische Ausrüstungen sowie im Fahrzeugbau im Oktober noch keine Trendumkehr andeuten. Dafür spricht auch die im November bereits wieder rückläufige Automobilproduktion. Auch die Kfz-Zulassungen gewerblicher Halter deuten auf keine Ausweitung der Investitionen in Fahrzeuge hin. Lediglich die kräftig gestiegenen Auftragseingänge für gewerbliche Bauprojekte, die auf eine deutliche Erholung der privaten gewerblichen Bauinvestitionen noch im laufenden Quartal hinweisen, stützen derzeit die Unternehmensinvestitionen.

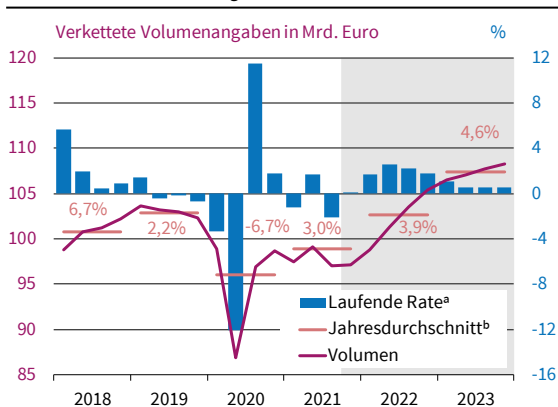
Im ersten Quartal des kommenden Jahres dürfte sich die private Investitionstätigkeit allmählich erholen. Da sich die Materialengpässe annahmegemäß auflösen, dürfte sich die Produktion der Investitionsgüterhersteller im weiteren Verlauf kräftig beschleunigen. Die weiter hohen Auftragsbestände werden dann zusammen mit dem nach wie vor günstigen Finanzierungsumfeld ab dem Sommerhalbjahr zu einer deutlichen Zunahme der privaten Investitionstätigkeit führen.

Insgesamt werden die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2022 wohl um 3,9% zulegen, vor allem die

Abb. 2.16

Reale Unternehmensinvestitionen

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;

ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

privaten Ausrüstungsinvestitionen dürften mit 5,3% deutlich steigen (vgl. Abb. 2.16). Die gewerblichen Bauinvestitionen werden mit 1,6% ebenfalls anziehen. Aufgrund der hohen Auftragsbestände wird sich diese Dynamik im Jahr 2023 noch nicht abschwächen, auch da im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Erholung zu erwarten ist, dass aufgeschobene Investitionsvorhaben aus den Vorjahren nachgeholt werden. Die Unternehmensinvestitionen dürften daher im Jahr 2023 erneut um 4,6% steigen.

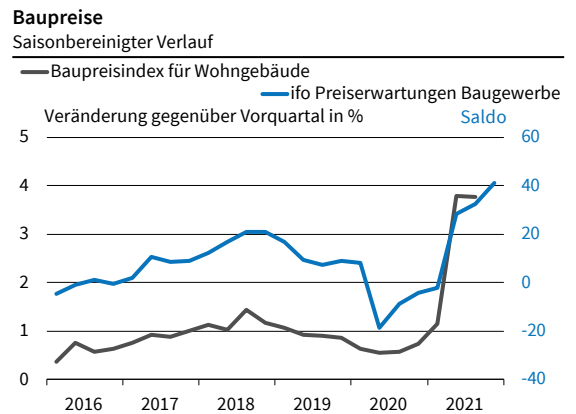
2.10 WOHNUNGSBAU STEHT VOR EXPANSION

Nachdem die Wohnbauinvestitionen im ersten Halbjahr des laufenden Jahres mit +0,3% im Vergleich zum Vorhalbjahr noch geringfügig zulegen konnten, nahmen sie trotz voller Auftragsbücher im dritten Quartal 2021 im Vorquartalsvergleich um kräftige 1,7% ab. Maßgeblich hierfür sind vor allem Materialengpässe bei wichtigen Baustoffen wie Holz und Stahl, die sich im Vergleich zum zweiten Quartal zwar leicht entspannten, jedoch laut ifo Konjunkturumfragen weiter auf hohem Niveau verweilen. So berichteten im November immer noch 32% der Unternehmen im Baugewerbe aus diesem Grund von Produktionsbehinderungen. Auch Auftragsstornierungen häuften sich zuletzt.

Im Schlussquartal des laufenden Jahres dürften die Wohnbauinvestitionen wieder etwas zulegen. Am aktuellen Rand erhöhte sich der Auftragsbestand weiter, und auch die Produktion im Baugewerbe stieg im Vergleich zu den Vormonaten leicht, was maßgeblich auf eine Zunahme der Produktion im für den Wohnungsbau wichtigen Ausbaugewerbe zurückzuführen ist. Obwohl die Materialknappheit weniger gravierend ist als noch im Sommerhalbjahr, hat der Anstieg der Materialkosten nicht nachgelassen. Die rasante Preisentwicklung für Baurohstoffe, insbesondere für Holz und Stahl, ist auch ausschlaggebend für den kräftigen Anstieg der Preise für den Neubau von Wohngebäuden im laufenden Jahr (vgl. Abb. 2.17). Zwar hat die Dynamik der Baustoffpreise seit dem Spätsommer an Tempo verloren, sie sind aber weiterhin aufwärtsgerichtet. Die Baupreiserwartungen befinden sich auf Rekordniveau und deuten auf eine weiter anhaltende Teuerung hin, welche die Entwicklung der Bauinvestitionen im Prognoseverlauf etwas dämpfen dürfte. So nahm der Wohnbaudeflator im letzten Quartal um rekordverdächtige 5,3% zu und wird wohl auch im laufenden Quartal erneut anziehen, wenngleich der Anstieg mit 2% etwas moderater ausfallen dürfte als in den Quartalen zuvor.

Die Dynamik der Investitionen in Wohnbauten wird sich im ersten Quartal des kommenden Jahres spürbar beschleunigen, wenn sich die Materialengpässe annahmegemäß auflösen. Umfragen des ifo Instituts zufolge gehen die Bauunternehmer im Gegensatz zu den Unternehmen des Verarbeitenden

Abb. 2.17

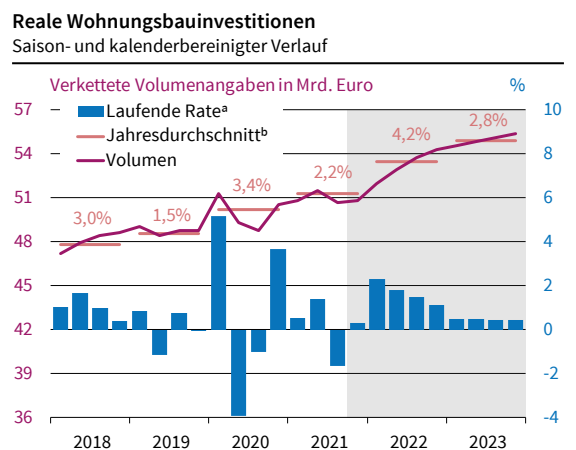


Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Gewerbes bereits von einer deutlichen Entspannung bei den Lieferengpässen im ersten Quartal 2022 aus. Auch über den weiteren Prognosezeitraum werden die Wohnbauinvestitionen wohl expandieren, jedoch mit nachlassendem Tempo. Die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen sowie die anhaltende hohe Wohnraumnachfrage stützen diese Entwicklung.

Zusammenfassend werden die Wohnbauinvestitionen weiter die Erholung der deutschen Konjunktur stützen und im laufenden Jahr mit voraussichtlich 2,2% zulegen (vgl. Abb. 2.18). Auch für das kommende Jahr wird ein kräftiger Zuwachs von 4,2% erwartet. Im Jahr 2023 schwächt sich der Anstieg dann mit 2,8% etwas ab. Der Anteil der Bauinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt sowie an den Bruttoanlageinvestitionen ist aufgrund ihrer stabilen Entwicklung seit der Coronakrise gestiegen. In den kommenden Jahren werden sich mit dem erwarteten starken Anziehen der Ausrüstungsinvestitionen die Anteile wohl aber wieder in die entgegengesetzte Richtung verschieben. Insgesamt dürften die Bruttoanlageinvestitionen im laufenden Jahr um 1,6% steigen, für die kommenden beiden Jahre ergibt sich eine weitere Expansion um 4,2% und 3,9% (vgl. Tab. 2.10).

Abb. 2.18



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 2.10

Reale Bruttoanlageinvestitionen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in % ^a	2020	2021	2022	2023
Bauten	48,8	2,5	1,3	3,2	2,2
Wohnungsbau	30,2	3,4	2,2	4,2	2,8
Nichtwohnungsbau	18,6	1,1	-0,1	1,6	1,3
Gewerblicher Bau	12,6	-0,7	1,4	1,6	0,9
Öffentlicher Bau	6,0	4,9	-3,3	1,4	2,3
Ausrüstungen	31,3	-11,2	2,9	5,2	7,0
Sonstige Anlagen	19,6	1,0	0,5	5,5	3,9
Bruttoanlageinvestitionen	100	-2,2	1,6	4,2	3,9
<i>nachrichtlich:</i>					
Unternehmensinvestitionen ^b	57,8	-6,7	3,0	3,9	4,6

^a Bezogen auf das Jahr 2020. ^b Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungsinvestitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

2.11 PRIVATE KONSUMAUSGABEN SINKEN ZUNÄCHST WIEDER

Die privaten Konsumausgaben stiegen im dritten Quartal um 6,2% gegenüber dem Vorquartal, nachdem sie bereits im zweiten Quartal um 3,8% zugelegt hatten. Damit waren sie der Treiber der Konjunktur im zurückliegenden Sommerhalbjahr. Verantwortlich für die Erholung des privaten Konsums dürften insbesondere das Abflauen der dritten Coronawelle und die damit einhergehenden weitreichenden Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen gewesen sein. Dies spiegelt sich auch im Beitrag der einzelnen Konsumsparten wider. Während in beiden Quartalen insbesondere die Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, für Bekleidung und Schuhe sowie für Freizeit-, Unterhaltung- und Kulturaktivitäten im Vergleich zum Vorquartal kräftig zulegen, nahmen solche für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ab. Die Corona-Öffnungen machten sich auch bei den Einzelhandelsumsätzen bemerkbar. So waren die Umsätze im Nahrungsmittelseinzelhandel im zweiten und dritten Quartal rückläufig, was auf die Öffnung der Gastronomie und damit auf das

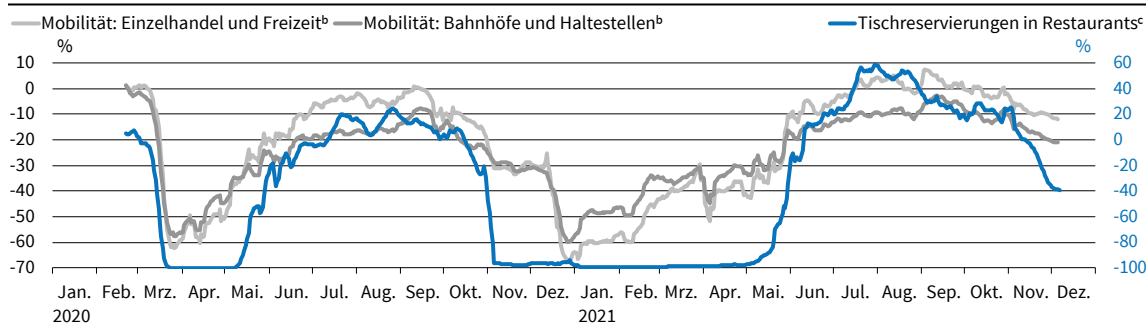
Angebot alternativer Verpflegungsmöglichkeiten zurückzuführen sein dürfte. Im Gegensatz dazu verzeichnete der stationäre Handel bei den sonstigen Waren kräftige Zuwächse, die im dritten Quartal von Umsatzrückgängen beim Online-Handel begleitet wurden.

Mit dem Einsetzen der vierten Coronawelle im Herbst korrigierten die Einzelhändler und die konsumnahen Dienstleister ihre Einschätzung zur aktuellen und zukünftigen Geschäftslage wieder nach unten. Auch das Konsumklima gab zuletzt recht deutlich nach. Für den weiteren Prognoseverlauf wird angenommen, dass die vierte Coronawelle und die von Bund und Länder wieder verschärften Infektionsschutzmaßnahmen die Umsätze der konsumnahen und kontaktintensiven Dienstleister sowie das Ausgabeverhalten der privaten Haushalte in diesen Bereichen ab Mitte November bis einschließlich März 2022 belasten dürften.

Anders als noch im vergangenen Winterhalbjahr bleibt der Einzelhandel, unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen, zwar weiterhin geöffnet. Die vom ifo Institut erhobene aktuelle und erwartete Geschäftslage unter Einzelhändlern deutet jedoch darauf hin,

Abb. 2.19

Mobilität und Gastronomiebesuche in Deutschland^a



^a Gleitende 7-Tagesdurchschnitte.

^b Abweichung der Besucherzahlen im Vergleich zum Referenztag. Der Referenztag ist der Medianwert der fünf Wochen vom 3. Januar bis 6. Februar 2020.

^c Abweichung der Reservierung im Vergleich zum gleichen Tag in der gleichen Woche 2019.

Quelle: Google Mobility; OpenTable.

© ifo Institut

dass deren Umsätze dennoch einen Dämpfer in den kommenden Monaten erfahren dürften. Zum einen stellen Test- und Impfanforderungen eine mögliche Barriere für den spontanen Einkauf dar, zum anderen dürften Konsumenten freiwilligen Konsumverzicht üben. Mobilitätsdaten deuten allerdings darauf hin, dass solche Verhaltensänderungen bislang nur in geringem Umfang zu beobachten sind. So hat sich die Aufenthaltsdauer an konsumnahen Orten wie Bahnhöfen und Haltestellen oder Freizeit- und Einzelhandelseinrichtungen zwar in den vergangenen Monaten verkürzt (vgl. Abb. 2.19). Im Vergleich zum Herbst 2020 ist die Mobilität allerdings noch deutlich höher. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass ein Großteil der Umsatzausfälle im stationären Einzelhandel durch steigende Umsätze im Online-Handel ausgeglichen werden.

Die Umsätze bei kontaktintensiven Dienstleistern dürften in den kommenden Monaten hingegen deutlich stärker durch die vierte Coronawelle belastet werden. Darauf weisen bereits die kräftigen Rückgänge bei den Tischreservierungen in Restaurants in den vergangenen Wochen hin. Allerdings dürften auch hier die Umsatzeinbrüche im Vergleich zur Coronawelle im Winterhalbjahr 2020/21 schwächer ausfallen, auch weil ein flächendeckender Shutdown in diesen Bereichen nicht erwartet wird.

Insgesamt ist im vierten Quartal mit einem Rückgang der privaten Konsumausgaben um 1,1% zu rechnen (vgl. Abb. 2.20). In Einklang mit der Annahme, dass die vierte Coronawelle die kontaktintensiven Aktivitäten bis März 2022 belasten dürften, wird für das erste Quartal 2022 ein weiterer Rückgang der Ausgaben um 1,4% im Vergleich zum Vorquartal erwartet. Im Sommerhalbjahr 2022 dürfte es dann annahmegemäß zu einer kräftigen Erholung des privaten Konsums kommen. Dabei wird unterstellt, dass die Überschussersparnis, die die privaten Haushalte seit Beginn der Pandemie angesammelt haben, nicht abgebaut wird. Entsprechend wird sich im Zuge der

Erholung zwar das Konsumverhalten normalisieren und das Ausgabenniveau wieder an den verfügbaren Einkommen orientieren. Ein darüberhinausgehendes Nachholen von entgangenem Konsum in den Vorquartalen wird allerdings nicht erwartet. Dies liegt unter anderem darin begründet, dass der entgangene Konsum insbesondere schwer nachholbare Dienstleistungen betrifft, wozu neben Gastronomie- und Friseurbesuchen, auch Kultur- und Sportveranstaltungen zählen. Insgesamt ergibt sich für die kommenden beiden Jahre eine Expansion der privaten Konsumausgaben um 6,5% und 3,3%.

2.12 INFLATION AUCH IM KOMMENDEN JAHR HOCH

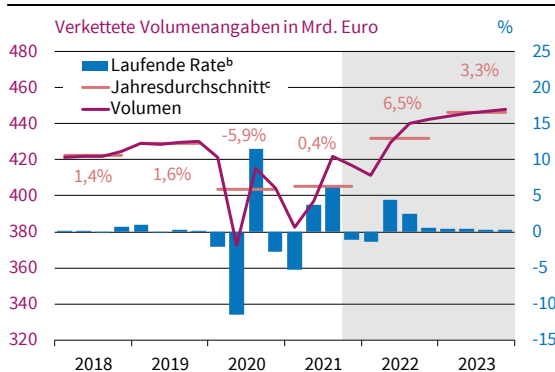
Die Inflation hat zuletzt deutlich an Dynamik gewonnen. Im November lag der Anstieg des Verbraucherpreisindex (VPI) bei 5,2% im Vorjahresvergleich und somit auf dem höchsten Stand seit fast 30 Jahren. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) hat sogar um 6,0% gegenüber dem Vorjahr zugelegt.¹ Zu diesem Preisschub trug insbesondere die Energiekomponente des VPI bei, in der sich die deutlich gestiegenen Weltmarktpreise für Öl und Gas widerspiegeln. Im Durchschnitt des laufenden Jahres dürften sich die Energiepreise um 8,4% im Vergleich zum Vorjahr verteuern.² Aber auch die Kerninflationsrate, die die Preissteigerung aller anderen Waren und Dienstleistungen erfasst, ist mit voraussichtlich 2,3% spürbar höher als im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Insgesamt liegen die Verbraucherpreise damit im Jahr 2021 um 3,1% über ihren Vorjahreswert.

Eine Ursache für die hohe Inflationsrate in diesem Jahr liegt im Wirken von Basis- und Sondereffekten. So hat die temporäre Mehrwertsteuersenkung das Preisniveau in der zweiten Jahreshälfte 2020 um rund 1% gedrückt (vgl. Wollmershäuser et al. 2021a). Darüber hinaus sind die Energiepreise im vergangenen Jahr pandemiebedingt stark eingebrochen, so dass die Ausgangsbasis bei der Berechnung der Vorjahresraten sehr niedrig war. Neben diesen Basiseffekten spielt auch die Einführung der CO₂-Besteuerung eine Rolle, die die Inflationsrate in diesem Jahr um rund 0,3 Prozentpunkte erhöht hat (vgl. Deutsche Bundesbank 2021).³

Neben den Basis- und Sondereffekten ist aber auch die Beschleunigung der Preisentwicklung im Verlauf dieses Jahres aus historischer Sicht außer-

Abb. 2.20

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte^a
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^c Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

¹ Der große Unterschied zwischen VPI und HVPI ist auf die unterschiedliche Zusammensetzung der zugrunde liegenden Warenkörbe zurückzuführen. Während der VPI-Warenkorb nur alle fünf Jahre geändert wird, wird der HVPI-Warenkorb jährlich angepasst. Im Zuge der sich stark verschobenen Konsummuster im durch die Pandemie geprägten Jahr 2020 unterscheiden sich die Warenkörbe und damit die Inflationsraten zwischen VPI und HVPI derzeit mitunter deutlich.
² Bei der Berechnung der Durchschnittsraten für das laufende Jahr wurde der prognostizierte Wert für Dezember 2021 berücksichtigt.
³ Die Erhöhung des CO₂-Preises und das gleichzeitige Absenken der EEG-Umlage im Januar 2022 und Januar 2023 wird ebenfalls einen inflationstreibenden Effekt von 0,2 Prozentpunkte und 0,1 Prozentpunkte haben.

Tab. 2.11

Durchschnittliche Veränderung der Verbraucherpreise
(Veränderung des saisonbereinigten VPI gegenüber Vormonat in Prozent; auf Jahresrate hochgerechnet)

	Anteil	2010 – 2019	Januar 2020 – Januar 2021	Februar 2021 – November 2021
Gesamtindex	100,0	1,4	1,2	4,4
Waren	46,8	1,3	1,5	6,1
Energie	10,4	2,4	2,4	18,0
Nahrungsmittel	8,5	2,4	3,0	3,8
Waren ohne Nahrungsmittel und Energie	28,0	1,0	1,4	2,6
Dienstleistungen	53,2	1,4	1,2	3,1
Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten	32,5	1,5	1,2	4,3
Wohnungsmieten	20,7	1,3	1,3	1,3
Gesamtindex ohne Energie	89,6	1,4	1,3	3,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts.

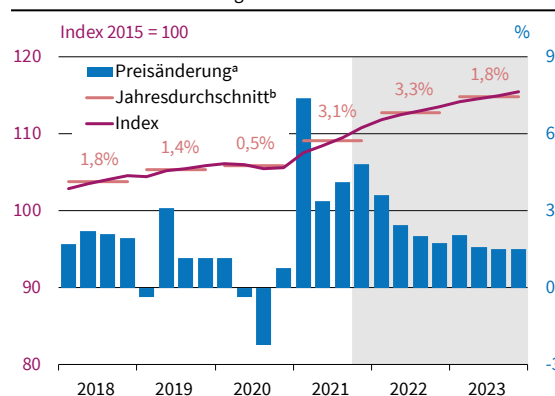
© ifo Institut Dez. 2021

gewöhnlich. Dies zeigt eine Betrachtung der durchschnittlichen Vormonatsveränderungsraten für die Komponenten des VPI (vgl. Tab. 2.11), die die durch den Vorjahresvergleich entstehenden Basiseffekte ausblenden. Diese annualisierte Verlaufsrate ist mit 4,4% im laufenden Jahr (Februar bis November 2021) deutlich höher als im langjährigen Durchschnitt zwischen 2010 und 2019 (1,4%). Diese hohe Dynamik erstreckt sich über fast alle Bereiche des VPI, auch wenn die Energiekomponente besonders heraussticht. Bei letzterem macht sich der unterjährige Anstieg bei Rohöl- und Gaspreisen bemerkbar. Bei den sonstigen Waren dürften die Kostensteigerungen bei Vorleistungen im Zuge der Lieferengpässe ein wichtiger Preistreiber sein, die die Produzenten offenbar vermehrt an die Konsumenten weitergeben. Im Dienstleistungssektor dürften die deutlichen Preissteigerungen damit zu erklären sein, dass die Unternehmen nach der Wiedereröffnung ihrer Geschäfte pandemiebedingte Verluste ausgleichen wollten. Zudem scheint es vor allem im Gastgewerbe gehäuft zu Preisanpassungen gekommen zu sein, die während der langen Schließung im vorangegangenen Winterhalbjahr ausblieben. Einzig und allein die Wohnungsmieten, die allgemein wenig Variation aufweisen, bewegen sich im laufenden Jahr auf durchschnittlichem Niveau.

Die hohe Dynamik in der Verlaufsrate dürfte auch über den Jahreswechsel hinaus Wirkung entfalten und für hohe Inflationsraten im ersten Halbjahr 2022 sorgen. Zwar fällt im Januar 2022 der Basiseffekt, der auf die temporäre Absenkung der Mehrwertsteuersätze in der zweiten Jahreshälfte 2020 zurückzuführen war, weg. Allerdings liegt aufgrund der kräftigen Dynamik der Verbraucherpreise im Jahr 2021 das Preisniveau zu Beginn des kommenden Jahres deutlich höher als am Jahresanfang 2021. Dieser erneute Basiseffekt wird aufgrund der Messung der Inflationsrate als Vorjahresveränderungsrate eine wichtige Rolle im kommenden Jahr spielen. Darüber hinaus dürften die mit den Lieferengpässen einhergehenden Kostensteigerungen und verzögerte Anpassungen an die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise noch eine Weile preistreibend wirken. Daher dürfte die Inflationsrate im Jahr 2022

Abb. 2.21

Verbraucherpreise in Deutschland
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;

ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

zunächst noch einmal zunehmen auf 3,3%, wobei die Kernrate bei 2,7% und die Verteuerung der Energiepreise bei 8,4% liegen dürfte (vgl. Abb. 2.21 und Box »Prognosemodell für die Entwicklung der Verbraucherpreise«). Nach Abklingen der Sondereffekte und im Zuge des sich normalisierenden gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrads sollte sich die Inflationsrate danach wieder moderater entwickeln und im Jahr 2023 dann auf 1,8% zurückgehen (Kernrate: 1,7%, Energiekomponente: 3,0%).

Der Prognose der Verbraucherpreise liegen allerdings einige Unsicherheiten zugrunde, wobei die Aufwärtsrisiken überwiegen dürften. Sollten die Engpässe bei Vorprodukten länger, als hier unterstellt, andauern, dürfte es zu einer größeren Überwälzung der Kostensteigerungen auf die Verbraucherpreise kommen. Zudem könnte eine Anhebung des Mindestlohns im Prognosezeitraum (vgl. Box »Zur geplanten Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns«) spürbare Effekte auf die Verbraucherpreise haben, sofern Unternehmen die höheren Lohnkosten an die Verbraucher weitergeben. Auf mittlere Sicht besteht die Gefahr, dass sich die aktuelle hohe Preisdynamik verfestigt, etwa aufgrund steigender Inflationserwartungen. In

PROGNOSEMODELL FÜR DIE ENTWICKLUNG DER VERBRAUCHERPREISE

Die Prognose der weiteren Entwicklung der Verbraucherpreise wird im Rahmen eines zweistufigen Ansatzes vorgenommen. In der ersten Stufe werden für die wichtigsten Komponenten des Verbraucherpreisindex (VPI) vektorautoregressive (VAR) Modelle spezifiziert, die bis zum aktuellen Rand (November 2021) geschätzt und dann bis zum Ende des Prognosezeitraums (Dezember 2023) fortgeschrieben werden. In der zweiten Stufe werden die Prognosen der einzelnen Komponenten dann als gewichteter Mittelwert zum gesamten VPI aggregiert.

In den einzelnen VAR-Modellen werden neben der jeweiligen Komponente des VPI nur Variablen berücksichtigt, deren Korrelation mit der Zielreihe mit einem gewissen Vorlauf hinreichend hoch ist (vgl. Tab. 2.12). Dabei handelt es sich entweder um Preise, die der Verbraucherstufe vorgelagert sind (Rohstoff-, Erzeuger- oder Importpreise), oder um die im Rahmen der ifo Konjunkturumfragen erhobenen Preiserwartungen von Unternehmen im Produzierenden Gewerbe und im Einzelhandel. Mit diesen Erwartungen sollen Einflussfaktoren auf die zukünftige Preisentwicklung berücksichtigt werden, die nicht bereits von den vorgelagerten Indikatoren erfasst werden. Alle Variablen gehen als erste Differenzen der logarithmierten saisonbereinigten Reihen (was näherungsweise der Vormonatsveränderungsrate entspricht) in die Modelle ein. Eine Ausnahme bilden die ifo Preiserwartungen, deren Prognosekraft für die jeweiligen Erzeuger- und

Verbraucherpreise am höchsten ist, wenn die saisonbereinigte Reihe in Niveaus einfließt. Falls die monatlichen Zeitreihen nicht saisonbereinigt vorlagen, wurden sie mithilfe des X-13-ARIMA-SEATS Programms des US Census Bureau um saisonale Einflüsse bereinigt. In jeder Gleichung der VAR-Modelle wird zusätzlich eine Konstante berücksichtigt, die implizit den langfristigen Mittelwert der Vormonatsveränderungsrate der jeweiligen zu erklärenden Variable misst.

Alle Indikatoren der Preisentwicklung weisen spätestens seit Beginn dieses Jahres kräftige und deutlich überdurchschnittliche Anstiege auf (vgl. Abb. 2.22). Vor allem international gehandelte Rohstoffe haben sich spürbar verteuert, was sich nicht nur unmittelbar in der Energie- und Nahrungsmittelkomponente des VPI niedergeschlagen hat, sondern auch zu den Preisanstiegen bei anderen Waren und Dienstleistungen beigetragen haben dürfte. Zudem dürften sich die weltweiten Lieferengpässe bei Vorprodukten und die gestiegenen Transportkosten sowohl bei den Erzeuger- als auch bei den Importpreisen niedergeschlagen haben. Schließlich haben die ifo Preiserwartungen zuletzt in nahezu allen Bereichen der deutschen Wirtschaft Rekordwerte erreicht. Demnach dürfte in den kommenden Monaten mit weiteren Preisanstiegen zu rechnen sein.

Die Prognose des weiteren Verlaufs der VPI-Komponenten sowie der anderen Modellvariablen ergibt sich aus der multivariaten Struktur des Modells und

Tab. 2.12

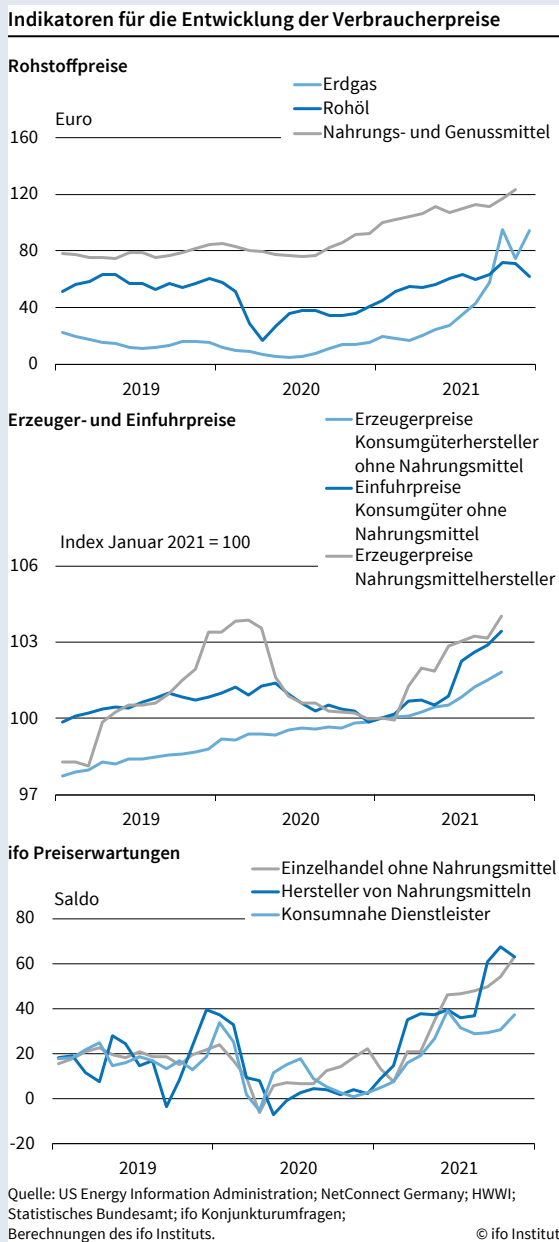
Spezifikationen der VAR-Modelle

VPI-Komponente	Anteil	Variablen	Schätzzeitraum	Verzögerungen
Waren ohne Nahrungsmittel und Energie	26,9 %	- Einfuhrpreise von Konsumgütern ohne Nahrungsmittel - ifo Preiserwartungen im Einzelhandel ohne Nahrungsmittel - Erzeugerpreise von Konsumgüterherstellern ohne Nahrungsmittel - VPI-Komponente	ab 2005	5
Nahrungsmittel	8,5 %	- HWWI Rohstoffpreisindex für Nahrungs- und Genussmittel - ifo Preiserwartungen der Nahrungsmittelhersteller - Erzeugerpreise der Nahrungsmittelhersteller - VPI-Komponente	ab 2005	5
Energie (gasabhängig)	2,5 %	- Börsenpreis für Erdgas (Preisindex der NetConnect Germany) - VPI-Komponente (Gas)	ab 1991	6
Energie (rohölabhängig)	4,7 %	- Marktpreis für Rohöl (Spotprice der EIA) - VPI-Komponente (Heizöl, Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge)	ab 1991	6
Energie (sonstiges)	3,2 %	gewichteter Mittelwert der VPI-Komponenten Strom, Fernwärme und feste Brennstoffe: kein eigenständiges Modell, sondern Fortschreibung im Prognosezeitraum als gewichteter Durchschnitt der gas- und rohölabhängigen VPI-Komponenten	-	-
Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten	32,5 %	- ifo Preiserwartungen der konsumnahen Dienstleister - VPI-Komponente	ab 2005	5
Wohnungsmieten	20,7 %	kein VAR-Modell, sondern Fortschreibung im Prognosezeitraum als autoregressiver Prozess	ab 2005	1

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

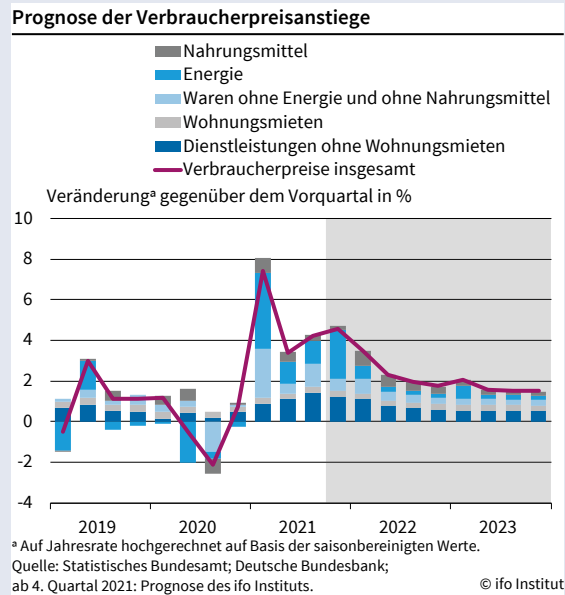
© ifo Institut Dez. 2021

Abb. 2.22



dem historisch geschätzten Zusammenspiel der Modellvariablen. Bei den Nahrungsmittel- und Energiekomponenten des VPI werden bedingte Prognosen erstellt, die ausgehend von den Anfang Dezember realisierten Werten reale Konstanz der Weltmarktpreise für Rohöl, Erdgas und Nahrungs- und Genuss-

Abb. 2.23



mittel bis zum Ende des Prognosehorizonts unterstellen. Zudem wurden im Januar 2022 und im Januar 2023 die bereits beschlossenen nächsten Stufen der Anhebung des CO₂-Preises und der gleichzeitigen Absenkung der EEG-Umlage in der Entwicklung der Energiekomponente des VPI berücksichtigt. Insgesamt deutet die jüngste Entwicklung der Preisindikatoren darauf hin, dass die Verbraucherpreise auch im Verlauf des kommenden Jahres zunächst noch spürbar steigen dürften (vgl. Abb. 2.23). Dazu tragen vor allem die bis November kräftig gestiegenen Rohstoffpreise bei, die nur mit zeitlicher Verzögerung an die Verbraucher weitergegeben werden. Aber auch bei den anderen Warenkomponenten sowie den Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten dürften die Preise zunächst noch überdurchschnittlich stark steigen. Aufgrund der Annahme, dass von den Rohstoffpreisen im Prognosezeitraum kein zusätzlicher Preisdruck mehr ausgeht, dürfte die auf Jahresrate hochgerechnete Preissteigerung allerdings im ersten Quartal 2022 mit 3,7% im Vergleich zum Vorquartal niedriger sein als noch im vierten Quartal 2021, in dem der Preisanstieg bei 4,7% gelegen haben dürfte. Im weiteren Verlauf nehmen die Preissteigerungsraten dann weiter ab und dürften ab der zweiten Jahreshälfte dann wieder unter 2% sinken.

der Tat sind die einjährigen Inflationserwartungen in der Haushaltsbefragung der Bundesbank seit Jahresanfang deutlich gestiegen. Bisher deuten die recht verhaltenen Tarifabschlüsse jedoch noch nicht auf eine mögliche Lohn-Preis-Spirale hin. Auf Seite der Abwärtsrisiken könnten die Rohstoffpreise, anders als hier unterstellt, in den kommenden Jahren auf

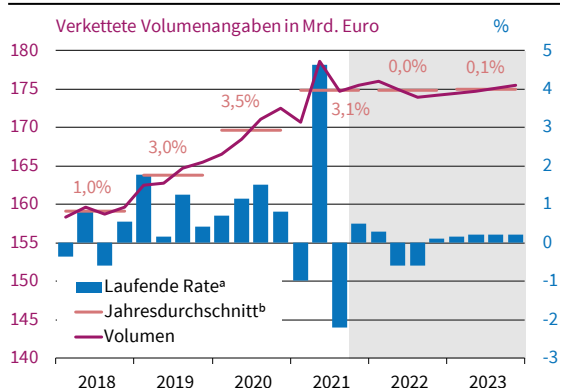
ihr Vorkrisenniveau von 2019 zurückkehren, was dann inflationshemmend wirken würde.

2.13 STAATSKONSUM SCHWANKT HEFTIG

Nach wie vor spiegeln sich die Verwerfungen der Coronapandemie auch im Verlauf der Konsumausgaben des

Abb. 2.24

Reale Konsumausgaben des Staates
Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Staates wider (vgl. Abb. 2.24). Für das zweite Quartal wurden die nominalen Ausgaben deutlich nach oben revidiert, was mit einem Plus von 4,6% zu dem höchsten quartalsmäßigen Anstieg des realen Staatskonsums seit der Wiedervereinigung geführt hat. Verantwortlich für die Revisionen waren vor allem pandemiebedingte Mehrausgaben, die deutlich höher ausfielen als noch im Herbst veranschlagt. Darunter fallen vor allem die Ausgaben der Krankenversicherungen für Coronatests sowie die jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern finanzierten Impfzentren. Darüber hinaus trugen auch die Wiedereröffnung der Kindertagesstätten im zweiten Quartal zu diesem Anstieg bei. Diese waren im ersten Quartal des Jahres größtenteils geschlossen, was den Staatsverbrauch spürbar reduzierte. Auch im dritten Quartal setzt der reale Staatskonsum seinen schwankenden Kurs fort und bricht um 2,2% im Vergleich zum Vorquartal ein, was zum einen mit der hohen Basis im zweiten Quartal, zum anderen mit dem erhöhten allgemeinen Preisniveau zu erklären ist. So sind die nominalen Ausgaben im dritten Quartal sogar gestiegen, allerdings deutlich geringer als die Preise für die von den staatlichen Stellen gekauften Waren und Dienstleistungen.

Mit Beginn der vierten Welle dürften sich die Ausgaben für Tests, Impfstoffe und Impfzentren im vierten Quartal 2021 wieder merklich erhöhen. Der Anstieg wird allerdings aufgrund temporärer Schließungen der Impfzentren und vorübergehender Abschaffung der kostenlosen Schnelltests niedriger ausfallen. Zusätzlich wird auch das Preisniveau zum Ende des laufenden Jahres auf hohem Niveau bleiben, wodurch der reale Staatskonsum um 0,5% moderat steigt.

Der Beginn des Jahres 2022 wird annahmegemäß zunächst weiterhin von Ausgaben zur Pandemiebekämpfung geprägt sein, wodurch der Staatskonsum weiter zunehmen wird. Dazu trägt auch der jüngste Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst bei. Durch den Einmalbonus von 1 300 Euro, der Anfang kom-

menden Jahres ausbezahlt wird, werden sich die Arbeitnehmerentgelte erhöhen.

Im weiteren Prognosezeitraum werden die realen Konsumausgaben des Staates durch ein Abflachen der pandemiebedingten Ausgaben zunächst zurückgehen und langfristig auf hohem Niveau mit geringen Raten wachsen. Durch die neue Bundesregierung können sich allerdings bis zur nächsten Prognose vor allem für den mittelfristigen Zeitraum ab dem Jahr 2023 Änderungen ergeben, falls ausgabenrelevante, geplante Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden.

2.14 ERHOLUNG AM ARBEITSMARKT VORÜBERGEHEND GEDÄMPFT

Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt hat sich zwischen der dritten Coronawelle im Frühjahr und der vierten Coronawelle im Herbst dieses Jahres spürbar entspannt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg zwischen Mai und Oktober 2021 saisonbereinigt um 287 000 (+ 0,6%) und lag damit im Oktober 2021 noch um 388 000 unter dem Vorkrisen-Niveau von Februar 2020. Dieser kräftigen Erholung lag vor allem ein starker Anstieg der Zahl der Arbeitnehmer zugrunde.

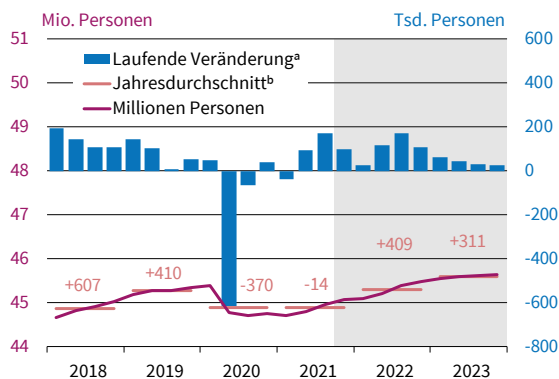
Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg bei relativ konstanten Monatsraten zwischen Mai und September (letzter verfügbarer Wert) um saisonbereinigt insgesamt 247 000 Personen (+ 0,7%). Dabei stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am stärksten im Gastgewerbe. Auch die Öffentlichen Dienstleister und die Unternehmensdienstleister verzeichneten fortwährend einen robusten Beschäftigungsaufbau, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Baugewerbe nur leicht auf- und im Verarbeitenden Gewerbe leicht abgebaut wurde. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum sehr stark um 110 000 (+ 2,7%), nachdem sie seit Beginn der Pandemie um etwa ein Zehntel zurückgegangen war. Dieser Anstieg ist allerdings fast ausschließlich auf kräftige Zuwächse in den Monaten Juni und Juli zurückzuführen und fällt damit zeitlich u.a. mit den gelockerten Shutdown-Maßnahmen im Gastgewerbe zusammen. Die Zahl der Selbständigen war hingegen weiter leicht rückläufig, jedoch fiel der Rückgang im dritten Quartal mit saisonbereinigt 8 000 Personen so schwach aus wie in keinem Quartal seit Ende 2013.

Die Erwerbstätigkeit dürfte sich im Prognosezeitraum im Einklang mit der gesamtwirtschaftlichen Erholung weiter deutlich zunehmen (vgl. Abb. 2.25). Diese Entwicklung dürfte jedoch im Winterhalbjahr 2021/22 durch die Lieferengpässe im Verarbeitenden Gewerbe und die Auswirkungen der vierten Coronawelle merklich gebremst werden. In Folge dessen ist insbesondere in kontaktintensiven Wirtschaftsbereichen kurzfristig mit abermaligen Beschäftigungseinbußen zu rechnen. Diesen vorübergehend dämpfend

Abb. 2.25

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

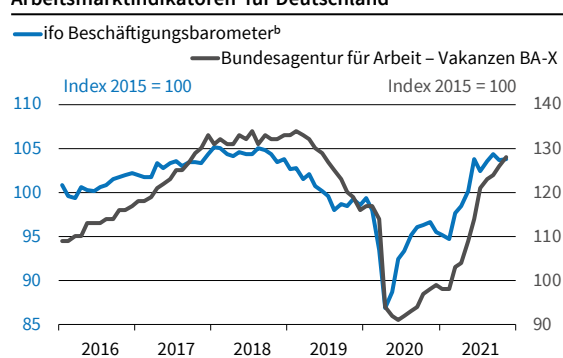


^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

wirkenden Faktoren steht eine weiterhin sehr hohe Nachfrage an Arbeitskräften gegenüber, die auf eine deutliche Ausweitung der Erwerbstätigkeit hinweisen (vgl. Abb. 2.26). Der BA-X der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigt an, dass die Zahl der offenen Stellen in den vergangenen Monaten spürbar zugenommen hat. Das ifo Beschäftigungsbarometer bewegt sich seit Juni 2021 auf relativ hohem Niveau seitwärts und liegt per saldo in fast allen Wirtschaftsbereichen im positiven Bereich, was einen geplanten Aufbau an Beschäftigung nahelegt. Lediglich im Gastgewerbe und in der Touristik ist zuletzt eine große Vorsicht mit Blick auf die Personalplanung eingeleitet. Gegen Ende des Prognosezeitraums dürfte sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit wieder abschwächen, da die Erholung von der Coronakrise abgeschlossen ist und das Erwerbspersonenpotenzial demografiebedingt zunehmend langsamer wächst.

Abb. 2.26

Arbeitsmarktindikatoren für Deutschland^a



^a Saisonbereinigter Verlauf. ^b Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Vor diesem Hintergrund dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2022 um etwa 409 000 und im Jahr 2023 um 311 000 zunehmen, nachdem sie im Durchschnitt des laufenden Jahres um 97 000 über ihrem Vorjahreswert gelegen haben dürfte (vgl. Tab. 2.13). Ein besonderes Prognoserisiko geht hierbei von der im Koalitionsvertrag vereinbarten, aber noch nicht endgültig beschlossenen Anhebung des allgemeinen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde aus. Diese Maßnahme ist in dieser Prognose noch nicht berücksichtigt und könnte in Abhängigkeit von ihrer konkreten Ausgestaltung bedeutende Beschäftigungseffekte nach sich ziehen (siehe Kasten »Zur geplanten Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns«).

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist seit Beginn der schrittweisen Aufhebung der Shutdown-Maßnahmen im Mai 2021 stark rückläufig. Insgesamt ging die Zahl der Arbeitslosen von saisonbereinigt 2,7 Millionen im Mai 2021 auf 2,4 Millionen im November 2021 zurück (vgl. Abb. 2.27). Damit sind nur noch 155 000 Perso-

Tab. 2.13

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2020	2021	2022	2023
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	59 454	60 767	62 012	62 731
Erwerbstätige im Inland	44 898	44 884	45 293	45 604
Arbeitnehmer	40 860	40 955	41 410	41 745
darunter				
SV Beschäftigte	33 579	33 883	34 312	34 679
Geringfügig Beschäftigte	4 290	4 107	4 134	4 129
Selbstständige	4 038	3 929	3 883	3 859
Pendlersaldo	- 95	- 115	- 126	- 140
Erwerbstätige Inländer	44 803	44 769	45 166	45 464
Arbeitslose	2 695	2 616	2 359	2 235
Arbeitslosenquote BA ^a	5,9	5,7	5,2	4,9
Erwerbslose ^b	1 664	1 497	1 336	1 265
Erwerbslosenquote ^c	3,6	3,2	2,9	2,7

^a Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^b Definition der ILO. ^c Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

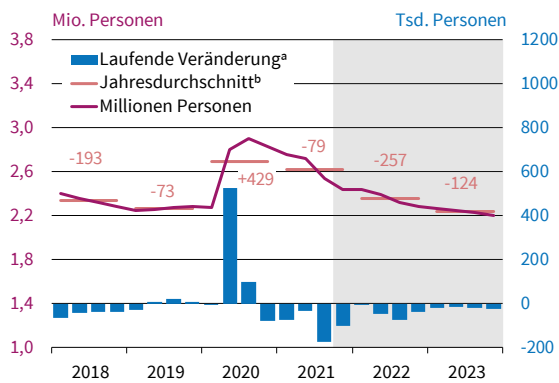
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

Abb. 2.27

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

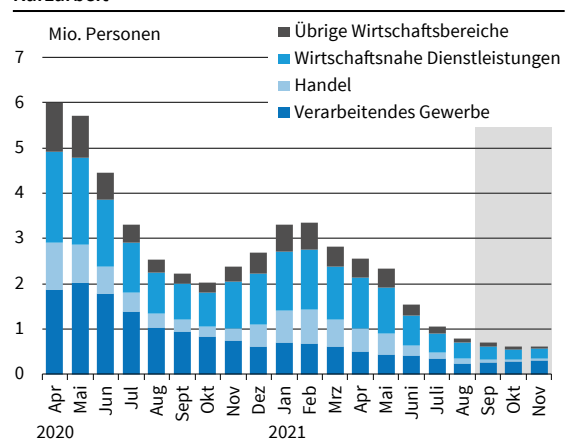
nen mehr arbeitslos gemeldet als im Februar 2020. In Einklang mit der prognostizierten Entwicklung der Erwerbstätigkeit, dürfte der Abbau der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten vorübergehend zum Stillstand kommen, ehe er ab dem zweiten Quartal 2022 wieder kräftig an Fahrt gewinnen dürfte. Insgesamt wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen in diesem Jahr wohl um etwa 79 000 zurückgegangen sein, ehe sie im kommenden Jahr um etwa 257 000 und im Jahr 2023 um etwa 124 000 sinken dürfte. In der Folge fällt die Arbeitslosenquote von voraussichtlich 5,7% in diesem Jahr auf 5,2% im Durchschnitt des Jahres 2022 und 4,9% im Jahr 2023.

Im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Erholung wurde das Arbeitsvolumen im Sommerhalbjahr 2021 stark ausgeweitet. Dabei ist der Effekt auf die durchschnittliche Arbeitszeit wesentlich stärker ausgeprägt als der Effekt auf die Zahl der Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Unter Selbständigen nahm die durchschnittliche Arbeitszeit saison- und kalenderbereinigt im dritten Quartal um 6,6% zu, nachdem sie im zweiten Quartal noch stagnierte (-0,1%). Die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer hingegen stieg sowohl im zweiten und dritten Quartal kräftig um 1,8% bzw. 2,4%.

Diese Ausweitung der Arbeitszeit ist vor allem auf den starken Abbau des Umfangs der Kurzarbeit zurückzuführen (vgl. Abb. 2.28). Nachdem die Zahl der Personen in Kurzarbeit im Zuge der zweiten Coronawelle bis Februar 2021 wieder auf etwa 3,4 Millionen stieg, nahm sie in den Folgemonaten kontinuierlich ab. Die erste, häufig noch sehr revisionsanfällige Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit weist für September noch 751 000 Personen in Kurzarbeit aus. Zeitgleich fiel der durchschnittliche Arbeitsausfall je Kurzarbeiter von 56% im Februar auf 39% im September. Nach Schätzungen des ifo Instituts auf Basis der ifo Konjunkturumfragen sank die Zahl der Kurzarbeiter im Oktober weiter auf etwa 598 000, ehe sie im November erstmals seit Februar wieder leicht auf etwa

Abb. 2.28

Kurzarbeit



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab September 2021: Schätzungen des ifo Instituts. © ifo Institut

608 000 gestiegen sein dürfte.⁴ Der durchschnittliche Arbeitsausfall wurde von den teilnehmenden Unternehmen weiter mit 39% angegeben. Dabei unterscheidet sich die Entwicklung der Kurzarbeit stark zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. In den Dienstleistungsbereichen ist der Umfang der Kurzarbeit im bisherigen Jahresverlauf massiv zurückgefahren worden. Hier führten insbesondere die fortschreitenden Lockerungen ab Juni zu einem sehr starken Rückgang der Kurzarbeit im Handel und im Gastgewerbe, welche noch im Frühjahr weit überdurchschnittlich hohe Kurzarbeiterquoten aufwies. Dahingegen fiel der Rückgang der Kurzarbeit im Verarbeitenden Gewerbe von etwa 672 000 im Februar auf 236 000 im August wesentlich geringer aus und dürfte nach der Schätzung des ifo Instituts im Zuge der Lieferengpässe bis November wieder auf über 300 000 gestiegen sein, sodass zuletzt in etwa die Hälfte der Kurzarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe tätig gewesen sein dürfte. Hierbei ist der Umfang der Kurzarbeit mit einem Beschäftigtenanteil von über 10% in der besonders von Lieferengpässen betroffenen Automobilindustrie überdurchschnittlich hoch. Im Zuge der Schwächephase im Winterhalbjahr dürfte die Zahl der Kurzarbeiter wohl zunächst in etwa stagnieren, ehe sie ab dem zweiten Quartal 2022 weiter abgebaut werden dürfte. Im Vergleich zu Jahr 2020 hat sich damit die Kurzarbeit von jahresdurchschnittlich gut 2,8 Millionen Beschäftigten auf schätzungsweise knapp 1,7 Millionen im laufenden Jahr reduziert. Dieser Rückgang dürfte sich im nächsten und im übernächsten Jahr fortsetzen auf etwa 313 000 bzw. 74 000. Entsprechend dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im laufenden Jahr um 2,0% zugelegt haben und in den Jahren 2022 und 2023 um weitere 1,0% bzw. 0,7% steigen.

⁴ Um das realisierte Ausmaß der Kurzarbeit am aktuellen Rand zu schätzen, hat das ifo Institut im Mai 2020 im Rahmen der monatlichen ifo Konjunkturumfragen begonnen, die teilnehmenden Unternehmen nach dem aktuellen Einsatz von Kurzarbeit zu befragen. Auf Basis dieser Information werden die Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit bis zum aktuellen Rand fortgeschrieben (vgl. Link und Sauer 2020).

ZUR GEPLANTEN ERHÖHUNG DES GESETZLICHEN MINDESTLOHNS

Die Ampel-Parteien haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, den gesetzlichen Mindestlohn in einer einmaligen Anpassung auf 12 Euro je Stunde zu erhöhen. Der Koalitionsvertrag enthält jedoch keine näheren Informationen zum Zeitpunkt der Erhöhung, wohingegen im Sondierungspapier noch die Angabe »im ersten Jahr« genannt war. Außerdem sind bisher keine Informationen zu etwaigen Abweichungen und Ausnahmen bekannt, welche die Effekte der Erhöhung abmildern würden.¹ Aufgrund des Fehlens dieser Informationen konnten die Effekte der Mindestlohnerhöhung in dieser Prognose noch nicht berücksichtigt werden.

Die geplante Mindestlohnerhöhung stellt dennoch ein bedeutendes Risiko für die vorliegende Prognose dar, da sie – in Abhängigkeit von ihrer konkreten Ausgestaltung – substantielle Effekte auf eine Reihe zentraler Größen haben wird, sofern die Erhöhung innerhalb des Prognosezeitraums vollzogen wird. Die relative Stärke der einzelnen Effekte wird dabei sowohl von der Geschwindigkeit und der Reichweite der Erhöhung als auch von der gegenwärtigen konjunkturellen Lage zum Zeitpunkt der Erhöhung abhängen.

Dabei dürften die Effekte prinzipiell wesentlich stärker sein als bei der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro je Stunde im Januar 2015, von der in etwa 4 Millionen (10,7%) Beschäftigungsverhältnisse betroffen waren (vgl. Statistisches Bundesamt 2016). Durch die bisherigen Erhöhungen des Mindestlohns wurde dessen Niveau relativ zum Medianlohn (Kaitz-Index) in den vergangenen Jahren in etwa konstant gehalten und lag im Jahr 2019 mit 48,2% im europäischen Mittelfeld (vgl. Lübker und Schulten 2021). Mit einer Anhebung auf 12 Euro je Stunde wird dieses Niveau auf etwa 60% des Medianlohns steigen, womit Deutschland zur Spitzengruppe in Europa aufschließen und einen ähnlichen Kaitz-Index wie Frankreich aufweisen wird. Aufgrund des deutlich höheren Niveaus wird die Reichweite des Mindestlohns wesentlich ausgeweitet. Pusch (2021) taxiert die Anzahl der Jobs, die im Jahr 2021 zu unter 12 Euro entlohnt wurden, auf 8,6 Millionen, wovon 7,3 Millionen auf Hauptjobs (21,8% der Beschäftigungsverhältnisse) und 1,3 Millionen (59,2%) auf Nebenjobs entfallen. Während sich der mindestlohninduzierte Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme im Jahr 2015 auf 0,43% belief (vgl. Mindestlohnkommission 2018), dürfte dieser bei der nun geplanten Anhebung wesentlich höher liegen. Laut Pusch (2021) müssten alleine die Stundenlöhne der

Beschäftigten im Hauptjob um durchschnittlich 2,8% steigen, wenn alle betroffenen Beschäftigungsverhältnisse erhalten blieben und zu 12 Euro pro Stunde entlohnt werden würden. Die letztlich realisierte Stärke des Effektes der Mindestlohnanhebung auf die gesamtwirtschaftlichen Bruttolöhne und -gehälter (BLG) wird durch etwaige Beschäftigungseffekte und mögliche Arbeitszeitverkürzungen betroffener Beschäftigter abgeschwächt. Vor allem letztere haben den Effekt der Mindestlohneinführung im Jahr 2015 auf die BLG deutlich abgemildert (vgl. Caliendo et al. 2017). Da dieser Effekt vorwiegend durch Minijobber getrieben wurde und die Ampel-Koalition plant, die Minijob-Grenze parallel zur Anhebung des Mindestlohns zu dynamisieren, könnte dieser dämpfende Effekt nun allerdings auch geringer ausfallen. Insgesamt dürfte der Effekt der Mindestlohnanhebung auf die BLG aufgrund der höheren Zahl der betroffenen Beschäftigungsverhältnisse und des höheren Niveaus des Mindestlohns wesentlich stärker ausfallen als im Jahr 2015.

Neben dem direkten Effekt auf die Verdienste der Beschäftigten wird insbesondere die Frage nach den Beschäftigungseffekten der Mindestlohnanhebung von besonderem Interesse sein. Bei der Einführung des Mindestlohns waren die Beschäftigungseffekte relativ moderat, da vorwiegend Minijobs abgebaut wurden, von denen ein Teil in reguläre Beschäftigung überführt wurde (s. z.B. den Übersichtsartikel von Caliendo et al. 2019). Außerdem wurden Teile der Beschäftigung weg von weniger produktiven Jobs und hin zu Jobs mit höherer Produktivität verlagert (vgl. Dustmann et al. 2021). Es ist jedoch naheliegend, dass die negativen Beschäftigungseffekte bei der geplanten Anhebung des Mindestlohns aufgrund seines deutlich höheren Niveaus stärker ausfallen dürften als nach dessen Einführung im Jahr 2015. Blömer et al. 2020 kalibrieren ein Search-Modell mit heterogenen Arbeitskräften und Unternehmen mit Hilfe der Daten der Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiografien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), um verschiedene kontrafaktische Analysen eines flächendeckenden Mindestlohns zu simulieren. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Arbeitslosigkeit eine nicht-monotone Funktion des Mindestlohnniveaus ist und die Beschäftigungseffekte bei höheren Mindestlöhnen überproportional steigen. Dies ist steht in Einklang mit den empirischen Erkenntnissen von Bossler und Gerner (2020), wonach die negativen Beschäftigungseffekte der Mindestlohneinführung vor allem in Ostdeutschland höher waren, wo die Reichweite des Mindestlohns größer war. Aufgrund der starken regionalen Lohnunterschiede innerhalb Deutschlands wird der Mindestlohn in einigen Regionen – insbesondere in

¹ Bei der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns im Jahr 2015 galt beispielsweise für Tarifverträge, die Löhne unterhalb des flächendeckenden Mindestlohns enthielten, eine zweijährige Übergangsfrist, um das bundesweite gesetzliche Mindestlohnniveau zu erreichen.

Ostdeutschland – noch wesentlich stärker binden als bisher. Des Weiteren wurde der Mindestlohn in einer guten konjunkturellen Lage eingeführt, während die deutsche Wirtschaft erst gegen Ende des Prognosezeitraums aus der Unterauslastung herauskommen dürfte. Gegen sehr stark negative Beschäftigungseffekte spricht jedoch die Arbeitskräfteknappheit, die zuletzt auf ein neues Allzeithoch gestiegen ist (vgl. Sauer und Wollmershäuser 2021).

Schließlich ist zu erwarten, dass die Mindestlohnanhebung einen spürbaren Effekt auf die Verbraucherpreise haben wird. Link (2019) dokumentiert, dass betroffene Unternehmen als Reaktion auf die Mindestlohneinführung 2015 einen Großteil der zusätzlich entstandenen Kosten auf die Konsumenten in Form von höheren Preisen überwältigt haben. Diese Effekte waren besonders ausgeprägt unter Produzenten von nicht handelbaren Gütern und Dienstleistungen. Ins-

gesamt dürfte die Einführung des Mindestlohns die Erzeugerpreise im Jahr 2015 um 0,2% angehoben haben. Dies steht in Einklang mit empirischer Evidenz aus Ungarn, wo 75% einer großen Mindestlohnerhöhung in den Jahren 2001 und 2002 auf die Konsumenten überwältigt wurde und lediglich 25% von den Unternehmenseignern in Form von niedrigeren Profiten getragen werden musste (vgl. Harasztosi und Lindner 2019). Aufgrund des zu erwartenden größeren Effekts auf die Lohnsumme ist naheliegend, dass die Inflation durch die Mindestlohnanhebung noch stärker als bei dessen Einführung angeregt werden dürfte. Zuletzt ist es plausibel, dass die Konsumnachfrage der privaten Haushalte durch die Anhebung des Mindestlohns stimuliert werden wird. Allerdings wird die Stärke dieses Effekts wesentlich von der relativen Größe der Einkommens- und Preiseffekte beeinflusst werden.

2.15 STÄRKERE LOHNDYNAMIK ZEICHNET SICH AB

Die Coronakrise hat die Dynamik der Tarifverdienste spürbar gebremst. Nachdem die Tarifverdienste im Jahr 2019 noch um 3,1% zulegen konnten, sind sie im vergangenen Jahr lediglich um 2,2% gestiegen (vgl. Tab. 2.14). Diese Zunahme ging jedoch fast ausschließlich auf bereits in den Vorjahren vereinbarte Tarifverträge und statistische Überhänge aus dem Vorjahr zurück. Im Gegensatz hierzu waren die Tarifabschlüsse seit Beginn der Coronakrise von einer deutlichen Lohnzurückhaltung und einem stärkeren Fokus auf Beschäftigungssicherung geprägt. Auch die im Jahr 2021 abgeschlossenen Tarifverträge sehen daher deutlich geringere Entgelterhöhungen vor. So beinhalten beispielsweise die Abschlüsse in der Metall- und Elektroindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie und dem öffentlichen Dienst der Länder verstärkt Einmalzahlungen in Form der steuer- und sozialabgabenfreien Coronaprämie anstelle von substanziellen Erhöhungen der regulären Entgelte. Daher dürften die Tariflöhne im Jahr 2021 nur um 1,4% gestiegen sein. Im weiteren Prognosezeitraum sind für die Jahre 2022 und 2023 Tariflohnsteigerungen von jeweils 2,4% zu

erwarten. Dabei dürfte die Wachstumsrate für das Jahr 2022 vor allem durch die hohen Einmalzahlungen getrieben sein, welche dann im Folgejahr aufgrund des Basiseffekts einen dämpfenden Effekt auf den Tariflohnanstieg haben dürfte. Hingegen werden sich die wirtschaftliche Erholung und die höhere Inflation erst mit zeitlicher Verzögerung in kräftigeren Steigerungen der regulären Tarifentgelte niederschlagen.

Die Coronakrise hat zu wesentlich stärkeren Schwankungen in den effektiv gezahlten Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer geführt. Im Jahr 2020 sind die Effektivverdienste stagniert. Ursächlich hierfür war zuvorderst der massive Einsatz von Kurzarbeit. Im Zuge des starken Abbaus der Kurzarbeit stiegen die Bruttolöhne und -gehälter im zweiten und dritten Quartal 2021 um saisonbereinigt 0,6% und 2,7%. Im Winterhalbjahr 2021/22 dürften die Effektivverdienste im Zuge der gedämpften wirtschaftlichen Aktivität weit weniger stark zulegen, ehe sie in Folge der prognostizierten wirtschaftlichen Erholung und dem damit einhergehenden Abbau der Kurzarbeit wieder kräftiger steigen dürften. Die Effektivverdienste je Arbeitnehmer dürften im daher im Jahr 2022 um 3,4% zulegen, nachdem sie im laufenden Jahr um 3,1% gestiegen sein dürften. Für das Jahr 2023 ist ein Zuwachs von 3,0% zu erwarten. Für eine anhaltend hohe Lohndynamik spricht neben der höheren Inflation, dass Arbeitskräfteknappheit zuletzt deutlich an Bedeutung gewonnen hat. So gaben im Oktober 43% der an der ifo Konjunkturumfrage teilnehmenden Unternehmen an, dass ihre Geschäftstätigkeit durch einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften behindert wurde. Dies markierte ein neues Allzeithoch und stellte einen deutlichen Anstieg relativ zum Juli (34%) dar (vgl. Sauer und Wollmershäuser 2021). Des Weiteren tragen die vergleichsweise starken Erhöhungen des gesetzlichen Mindestlohns substantiell

Tab. 2.14

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept) Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2020	-3,3	-0,1	3,3	-2,3	2,2
2021	2,0	3,1	1,1	1,7	1,4
2022	1,1	3,4	2,3	1,0	2,4
2023	0,5	3,0	2,5	0,6	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

zur Entwicklung der Effektivverdienste bei. Allein der Effekt der bereits beschlossenen Erhöhung von aktuell 9,60 Euro in zwei Stufen auf 10,45 Euro je Stunde im Juli 2022 dürfte im Jahr 2022 bei etwa 0,2 Prozentpunkten liegen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte, aber noch nicht endgültig beschlossene Anhebung des allgemeinen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde ist in dieser Prognose noch nicht berücksichtigt. Sofern sich die unmittelbaren Beschäftigungseffekte in Grenzen halten sollten, werden die Effektivverdienste zum Zeitpunkt der Erhöhung über weit das hier prognostizierte Maß hinaus steigen (siehe Kasten »Zur geplanten Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns«).

2.16 DEFIZITE IM STAATSHAUSHALT WERDEN GERINGER

Im Jahr 2020 schloss der öffentliche Gesamthaushalt mit einem deutlich negativen Ergebnis von – 145 Mrd. Euro bzw. – 4,6% des BIP ab. Hauptverantwortlich dafür waren die Ausgaben zur Pandemiebekämpfung und zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen sowie geringere Einnahmen bei den Steuern und Sozialbeiträgen durch die verschlechterte Lage der Gesamtwirtschaft und des Arbeitsmarktes. Aus diesem Grund stieg der Bruttoschuldenstand des Gesamtstaats 2020 in Maastricht-Abgrenzung um knapp 10 Prozentpunkte auf 68,7% des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Im laufenden Jahr wird der Saldo aus staatlichen Einnahmen und Ausgaben nochmal niedriger ausfallen und voraussichtlich – 162 Mrd. Euro bzw. – 4,6% des BIP (vgl. Tab. 2.15) betragen. Im ersten Halbjahr 2021 sind insbesondere die gesamtstaatlichen Einnahmen im Vergleich zur letzten Prognose deutlich nach oben korrigiert worden, wodurch der Finanzierungssaldo um knapp 5 Mrd. Euro positiver ausfiel als noch im Herbst angenommen. Im weiteren Prognosezeitraum erholt sich der Staatshaushalt, wird allerdings sowohl im Jahr 2022 (– 82 Mrd. Euro bzw. – 2,2% des BIP) als auch im Jahr 2023 (– 21 Mrd. Euro bzw. – 0,5% des BIP) einen negativen Saldo vorweisen. Der Maastricht-Schuldenstand wird im Jahr 2021 durch die expansive Fiskalpolitik vermutlich auf 70% des Bruttoinlandsprodukts steigen. In den kommenden Jahren wird er durch die sinkenden Finanzierungssalden und dem steigenden Bruttoinlandsprodukt wieder deutlich unter die 70%-Marke fallen, mit 64% im Jahr 2023 dennoch knapp 5 Prozentpunkte über dem Vorkrisenniveau liegen. Die Prognose des Maastricht-Schuldenstands ist in Zeiten von umfangreichen staatlichen Krediten und Bürgschaften jedoch mit erheblicher Unsicherheit verbunden.

Auf Seite der Staatseinnahmen werden die Steuereinnahmen wieder kräftiger laufen als zuletzt erwartet. Insbesondere die Einkommens- und Vermögenssteuern werden sich trotz der Abschaffung des Solidaritätszuschlags Anfang 2021 aufgrund der verbesserten Arbeitsmarktlage positiv entwickeln, was

zu einem Gesamtanstieg der Steuereinnahmen von 7,7% gegenüber dem Vorjahr führen wird. Auch in den nächsten Jahren bleiben die Einnahmen aus Steuern trotz Steuererleichterungen bei der Einkommensteuer hoch und werden sich unter anderem durch die steigende CO₂-Abgabe auch im gesamten Prognosezeitraum dynamisch entwickeln.

Auch die Sozialversicherungen profitieren vom Aufschwung des Arbeitsmarkts, wodurch die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen dieses Jahr um 3,7% steigen werden. Im weiteren Prognosezeitraum ist von steigenden Beiträgen in allen Sozialversicherungszweigen auszugehen, um die Mehrbelastungen durch den demografischen Wandel ausgleichen zu können. Insbesondere ab dem Jahr 2023 dürfte mit deutlichen Mehreinnahmen aufgrund von steigenden Beiträgen der Rentenversicherung zu rechnen sein, denen allerdings auch Mehrausgaben auf Seiten der monetären Sozialleistungen gegenüberstehen werden.

Nachdem es 2021 keine Gewinnausschüttung der Bundesbank an den Bund gab und damit die Vermögenseinkünfte deutlich niedriger ausfallen werden, wird dieser ab 2022 wieder erwartungsgemäß ausbezahlt werden und so die Staatseinnahmen wieder steigen lassen.

Über den im Zuge der Corona-Pandemie beschlossenen Aufbau- und Resilienzplan der EU erhält Deutschland in den nächsten Jahren Transfers in Milliardenhöhe, die unter der Einnahmekategorie »sonstige Übertragungen« gebucht werden. Bereits im ersten Halbjahr 2021 wurden knapp 4 Mrd. Euro über das Instrument der Aufbau- und Resilienzfazilität ausbezahlt. Dieser Betrag dürfte sich im laufenden Jahr nochmals etwas erhöhen und die sonstigen Übertragungen somit um 32% im Vergleich zum Vorjahr steigen lassen. Auch in den nächsten Jahren werden die Transfers von der EU weiterlaufen und teils sogar noch stärker zunehmen.

Insgesamt wachsen die gesamtstaatlichen Einnahmen dieses Jahr kräftig um 5,8% auf 46,6% des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Tab. 2.15). Auch in den nächsten Jahren bleiben die Zuwächse mit je 4,3% (2022) und 5,1% (2023) dynamisch. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird die Einnahmenquote im Jahr 2022 zunächst auf 45,9% sinken und mit 46% im Jahr 2023 nahezu stagnieren.

Bei den Staatsausgaben werden die Vorleistungen im laufenden Jahr pandemiebedingt weiter ausgeweitet werden, insbesondere für Beschaffungen im Gesundheitswesen, wie Schutzprodukten. Allerdings wird dieser Anstieg mit knapp 11% nicht mehr so kräftig ausfallen wie noch 2020. In den nächsten Jahren werden sich die Vorleistungen dann rückläufig entwickeln, da mit Ausnahme des ersten Halbjahres 2022 die pandemiebedingten Ausgaben wegfallen werden.

Trotz kräftiger Wachstumsrate im Jahr 2020 werden auch im Jahr 2021 die Subventionen wieder um knapp 40% steigen. Hier schlagen sich neben den verschiedenen Unternehmenshilfen, insbesondere Über-

Tab. 2.15

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^a
in % des nominalen Bruttoinlandprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungs- saldo	Brutto- schuldenstand
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		
		Steuern	Nettosozialbei- träge		Zinsausgaben		
2000	46,2	23,5	18,1	47,8	3,2	- 1,6	59,3
2001	44,4	21,8	17,9	47,4	3,0	- 3,0	58,2
2002	44,0	21,4	17,9	47,9	3,0	- 3,9	59,9
2003	44,6	21,5	18,2	48,3	2,9	- 3,7	63,5
2004	43,5	20,9	17,8	46,8	2,8	- 3,3	65,2
2005	43,5	21,2	17,5	46,8	2,8	- 3,3	67,5
2006	43,6	22,0	17,0	45,2	2,7	- 1,7	66,9
2007	43,7	22,8	16,2	43,4	2,7	0,3	64,2
2008	44,1	23,1	16,2	44,2	2,7	- 0,1	65,7
2009	45,0	22,8	17,0	48,2	2,6	- 3,2	73,2
2010	43,8	21,8	16,6	48,1	2,5	- 4,4	82,0
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	- 0,9	79,4
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	0,0	80,7
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	0,0	78,3
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	0,6	75,3
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	1,0	72,0
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	1,2	69,0
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	1,3	64,7
2018	46,2	23,8	17,0	44,3	0,9	1,9	61,3
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	1,5	58,9
2020	46,5	23,0	18,1	50,8	0,7	- 4,3	68,7
2021	46,6	23,4	17,7	51,2	0,5	- 4,6	70,0
2022	45,9	23,1	17,4	48,1	0,4	- 2,2	67,4
2023	46,0	23,2	17,5	46,5	0,4	- 0,5	64,0

^a In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

brückungs- und Soforthilfen, auch die Erstattungen der Sozialbeiträge bei Kurzarbeit durch die Bundesagentur für Arbeit nieder. In den nächsten Jahren werden die Subventionen durch das Wegfallen dieser Maßnahmen dann wieder deutlich abgesenkt werden.

Bei den monetären Sozialleistungen ist im Jahr 2021 abermals mit erhöhten Ausgaben der Arbeitslosenversicherung im Zuge von höherer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu rechnen. Allerdings sorgt die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes seit Mitte des Jahres zu geringeren Mehrausgaben als erwartet. Darüber hinaus dürften im weiteren Prognosezeitraum die Ausgaben der Kranken- und Rentenversicherungen aufgrund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft langsam anziehen.

Auch die Ausgaben für soziale Sachleistungen sind durch die Abfederung der Pandemiefolgen weiterhin hoch und steigen dieses Jahr nochmals um 6,1%. Hierunter fallen insbesondere die Ausgaben für Impfstoffe und Tests, die insbesondere gegen Ende des laufenden Jahres aufgrund der vierten Infektionswelle an Gewicht gewinnen werden.

Bei den Vermögenstransfers werden die Projekte des von der letzten Bundesregierung verabschiedeten Zukunftspakets und des Klimapakets sichtbar, die zu einem kräftigen Anstieg im laufenden und nächsten Jahr führen werden. Zusätzlich wird damit gerechnet, dass im laufenden Jahr die Eigenkapitalerhöhung der Deutschen Bahn abgewickelt und unter diesem Posten verbucht werden wird.

Investive Maßnahmen haben im Jahr 2021 stagniert, weil in der Pandemie Investitionstätigkeiten im Sinne der Pandemiebekämpfung zurückgestellt wurden. Im Bereich der Bauinvestitionen dürften dazu auch die steigenden Preise im Baugewerbe beigetragen haben. In den nächsten Jahren ist allerdings bei den Bauinvestitionen und bei Investitionen, die den Klimaschutz betreffen, wieder mit merklichen Anstiegen zu rechnen, insbesondere mit Blick auf die im Koalitionsvertrag verankerten Vorhaben (siehe Box »Der Koalitionsvertrag im Lichte des Staatskontos«).

Insgesamt steigen die staatlichen Ausgaben dieses Jahr kräftig um 6,3%, gehen allerdings 2022 durch das Wegbleiben von pandemiebedingten Ausgaben

leicht zurück (vgl. Tab. 2.15). Ab 2023 ist dann wieder mit moderaten Anstiegen zu rechnen, die nach derzeitigem Stand allerdings hinter dem Wachstum der Einnahmen zurückbleiben werden. Die Ausgabenquote erreicht mit 51,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr einen historischen Höchststand. In den kommenden beiden Jahren wird die Ausgabenquote dann durch das Wegfallen der pandemiebedingten Maßnahmen zunächst um 3,1 Prozentpunkte im Jahr 2022 und 1,6 Prozentpunkte im Jahr 2023 zurückgehen. Mit 46,5% im Jahr 2023 bleibt sie dennoch weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau von 2019.

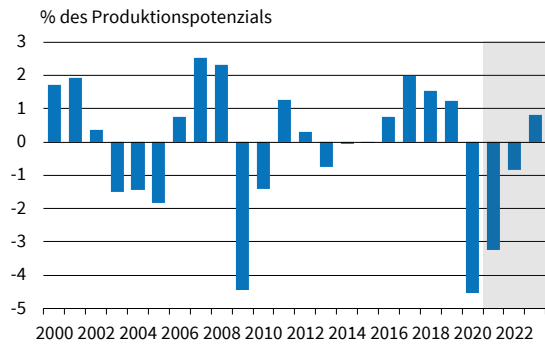
3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2026 fortgeschrieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese basiert auf dem Ansatz der EU-Kommission, der den gesamtwirtschaftliche Output anhand einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden die Totale Faktorproduktivität, der Kapitalstock und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und deren durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt. Die grundsätzlichen Parameter und Annahmen sind gegenüber der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2021 nahezu unverändert geblieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2021). Dort wurde insbesondere auf eine neue Bevölkerungsentwicklung zurückgegriffen. Diese basiert auf einer aktualisierten mittelfristigen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes von Ende September 2021. Bestandteil der Prognose sind zwei Szenarien für die Zuwanderung. Im Szenario »moderater Wanderungssaldo« wird unterstellt, dass die Nettozuwanderung im Projektionszeitraum mit 220 000 Personen auf dem niedrigen Niveau des Jahres 2020 verbleibt. In dem Szenario »hoher Wanderungssaldo« wird hingegen von einem deutlichen Anstieg des Wanderungssaldos bis zum Jahr 2023 ausgegangen. Für die aktuelle Potenzialschätzung wird wie in der Gemeinschaftsdiagnose von einem mittleren Szenario ausgegangen. Hierfür wird für den Wanderungssaldo in den kommenden Jahren jeweils der Mittelwert der beiden Szenarien der Bevölkerungsvorausberechnung angenommen. Auf dieser Grundlage wird angenommen, dass die Nettozuwanderung zunächst auf 335 000 Personen im Jahr 2023 steigt bevor sie im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wieder langsam zurückgeht. Daraus folgt, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (von 15 bis 74 Jahren) zunächst noch leicht zunehmen und ab dem Jahr 2023 im Zuge der Alterung allmählich sinken wird.

Für das Jahr 2021 wird die Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 1,2% geschätzt. Dies gilt auch für die Jahre 2022 und 2023. Bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2026 fällt sie dann aber deutlich auf nur noch 0,8% ab. Während die Totale Faktorproduktivität und der Kapitalstock anhaltend positiv zum Potenzialwachstum beitragen, nimmt der Beitrag des Arbeitsvolumens bereits seit dem Jahr 2018 ab; ab dem Jahr 2024 wird er sogar negativ. Der Rückgang des Arbeitsvolumens geht dabei vor allem auf einen spürbar negativen Beitrag der durchschnittlichen Arbeitszeit zurück – die restlichen Komponenten des Arbeitsvolumens liefern hingegen noch leicht positive Beiträge. Ab dem Jahr 2023 tragen jedoch auch die sinkende Erwerbsbevölkerung und ab 2024

Abb. 3.1

Produktionslücke



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

auch die rückläufige Partizipationsquote negativ zum Wachstum des Arbeitsvolumens bei.

Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke stieg seit 2015 kontinuierlich, erreichte 2017 mit rund 2,0% ihren Höhepunkt (vgl. Abb. 3.1) und ist anschließend bis ins Jahr 2019 wieder auf 1,2% gefallen. Für das Jahr 2020 ergibt sich eine massive Unterauslastung der Produktionskapazitäten in Höhe von rund 4,5%. Im laufenden Jahr verkleinert sie sich auf 3,3%. Auch im Jahr 2022 sind die Kapazitäten mit 0,8% leicht unterausgelastet. Für das Jahr 2023 ergibt sich spiegelbildlich eine Überauslastung von 0,8%. Es wird angenommen, dass bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2026 die Produktionslücke geschlossen wird. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte

Tab. 3.1

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
				Mill.	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro
2014	42,721	38,262	1.400,4	2.981,7	69.795	50	2.927,4	98,2
2020	44,898	40,860	1.324,2	3.096,7	68.972	52	3.367,6	108,7
2026	45,170	41,348	1.375,5	3.449,0	76.356	56	4.207,9	122,0
Veränderung insgesamt in %								
2020/2014	5,1	6,8	- 5,4	3,9	- 1,2	4,5	15,0	10,8
2026/2020	0,6	1,2	3,9	11,4	10,7	6,6	25,0	12,2
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2020/2014	0,8	1,1	- 0,9	0,6	- 0,2	0,7	2,4	1,7
2026/2020	0,1	0,2	0,6	1,8	1,7	1,1	3,8	1,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2026/2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

Tab. 3.2

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
Mrd. Euro							
2014	2.927,4	1.563,9	573,5	596,3	586,7	9,7	193,8
2020	3.367,6	1.708,0	754,6	712,2	735,9	- 23,7	192,8
2026	4.207,9	2.192,5	869,5	973,8	972,9	0,9	172,1
Anteile am BIP in %							
2014	100,0	53,4	19,6	20,4	20,0	0,3	6,6
2020	100,0	50,7	22,4	21,1	21,9	- 0,7	5,7
2026	100,0	52,1	20,7	23,1	23,1	0,0	4,1
Veränderung insgesamt in %							
2020/2014	15,0	9,2	31,6	19,4	25,4	-	-
2026/2020	25,0	28,4	15,2	36,7	32,2	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2020/2014	2,4	1,5	4,7	3,0	3,8	-	-
2026/2020	3,8	4,3	2,4	5,4	4,8	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2026/2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

im Mittel der Jahre 2020 bis 2026 mit einer Rate von 1,8% zunehmen und damit deutlich oberhalb des Produktionspotenzials von durchschnittlich 1,0% liegen (vgl. Tab. 3.1). Mit Blick auf die Verwendungsseite zeigt sich, dass alle Verwendungskomponenten im Projektionszeitraum deutlich oberhalb des Wachstums des Zeitraums von 2015 bis 2020 liegen (vgl. Tab. 3.2). Eine Ausnahme bildet der Staatskonsum. Dieses spiegelt sich auch im Anteil am Bruttoinlandsprodukt wider, der um rund eineinhalb Prozentpunkte zurückgeht. Auch der Außenbeitrag nimmt ab. Im Gegenzug nehmen die Anteile der Bruttoinvestitionen und des privaten Konsums zu.

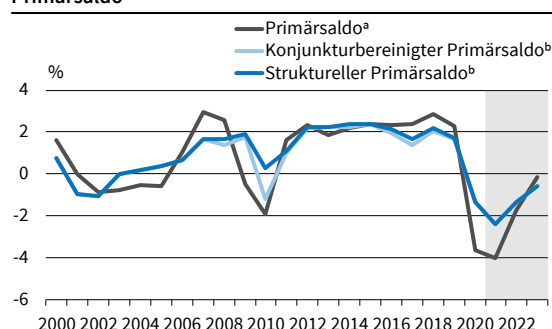
4. Zur Finanzpolitik in Deutschland

Im Jahr 2021 wird die Finanzpolitik in Deutschland weiterhin expansiv ausgerichtet sein. Dabei bestimmen die umfangreichen Ausgabenprogramme des Staates zur Bewältigung der Krisenfolgen den Ausrichtungsgrad. Ein geeignetes Maß zur Quantifizierung des fiskalischen Impulses stellt der strukturelle Primärsaldo dar, bei dem der Saldo aus gesamtstaatlichen Einnahmen und Ausgaben um Zinsausgaben, konjunkturelle Einflüsse und Einmaleffekte, wie Strafzahlungen, bereinigt wird. Eine Veränderung des strukturellen Primärsaldos lässt sich somit in der Regel als Veränderung der staatlichen Ausgaben- und Einnahmenstruktur interpretieren, die durch konkrete finanzpolitische Maßnahmen und Entscheidungen verursacht wird.

Der strukturelle Primärsaldo wird in diesem Jahr nochmal niedriger ausfallen als im Jahr 2020 und ca. - 88 Mrd. betragen (vgl. Tab. 4.1). Dies entspricht einem Rückgang von knapp 41 Mrd. Euro oder 1,1 Prozentpunkten des nominalen Produktionspotenzials. Somit fällt der strukturelle Primärsaldo zum zweiten Mal hintereinander so deutlich wie noch nie seit dem Jahr 2000 (vgl. Abb. 4.1). Im Verlauf des weiteren Prognosezeitraums wird sich das strukturelle Defizit auf knapp -0,6% im Jahr 2023 verringern und die Finanzpolitik somit restriktiv wirken. Auch der strukturelle Finanzierungssaldo, bei dem die Zinszahlungen des Staates miteinberechnet sind, sinkt im Zuge der pandemiebedingten Ausgaben abermals auf - 2,9% im Jahr 2021. Wie auch der strukturelle Primärsaldo wird der strukturelle Finanzierungssaldo in den nächsten Jahren wieder weniger negativ ausfallen und im Jahr 2023 - 0,9% betragen (vgl. Abb. 4.2).

Strukturelle und konjunkturbereinigte Salden verlaufen seit der Coronakrise simultan, da die pandemiebedingten Maßnahmen nicht als Einmaleffekte gewertet werden, die bei der Berechnung der strukturellen Salden normalerweise herausgerechnet wer-

Abb. 4.1
Primärsaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.
^b In % des Produktionspotenzials.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 4.1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates 2020–2023
in Mrd. Euro

	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	51,1	- 145,2	- 161,8	- 82,4	- 21,2
Konjunkturkomponente ^a	21,3	- 80,4	- 60,3	- 16,0	16,1
Struktureller Finanzierungssaldo	30,8	- 71,7	- 107,0	- 67,1	- 37,2
Struktureller Primärsaldo	57,8	- 47,4	- 88,0	- 50,6	- 22,5
<i>nachrichtlich:</i> konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	29,0	- 71,7	- 107,0	- 67,1	- 37,2
<i>nachrichtlich:</i> konjunkturbereinigter Primärsaldo	56,0	- 47,4	- 88,0	- 50,6	- 22,5

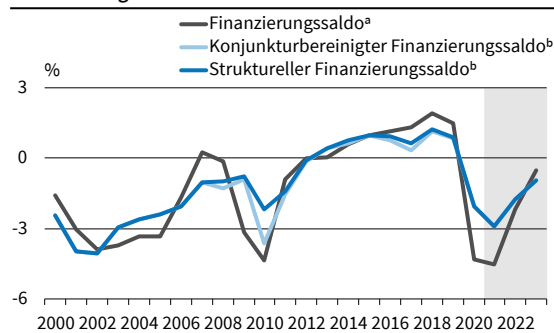
^a Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2021

Abb. 4.2

Finanzierungssaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.

^b In % des Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

den. Dadurch, dass die diskretionären Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nicht als Einmaleffekte klassifiziert werden, kann der strukturelle Primärsaldo besser dazu genutzt werden, um den kurzfristigen Ausrichtungsgrad der Finanzpolitik zu bestimmen, allerdings lässt sich somit die langfristige Ausrichtung der Finanzpolitik nicht ablesen (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020). Daher entsprechen die Vorzeichen der Veränderung der fiskalischen Impulse nach der Maßnahmenmethode in Kapitel 2.4 der in diesem Kapitel verwendeten Sale denmethode. So wird nach beiden Vorgehensweisen der fiskalische Impuls in den Jahren 2022 und 2023 durch das Wegfallen der pandemiebedingten Maßnahmen restriktiv ausfallen.

Abgeschlossen am Freitag, 10. Dezember 2021

5. Literatur

- Blömer, M. J., N. Guertzgen, L. Pohlman, H. Stichnoth und G. J. van den Berg (2020), »Unemployment Effects of the German Minimum Wage in an Equilibrium Job Search Model«, CESifo Working Paper Nr. 7160.
- Blömer, M. J., S. Litsche und A. Peichl (2021), *Gutachten zum Reformvorschlag »Kindergrundsicherung«*, ifo Forschungsberichte 124, ifo Institut, München.
- Bossler, M. und H. D. Gerner (2020), »Employment Effects of the New German Minimum Wage: Evidence from Establishment-Level Micro Data«, *ILR review* 73(5), 1070–1094.
- Caliendo, M., A. Fedorets, M. Preuss, C. Schröder und L. Wittbrodt (2017), »The Short-Term Distributional Effects of the German Minimum Wage Reform«, IZA Discussion Paper Nr. 11246.
- Caliendo, M., L. Wittbrodt und C. Schröder (2019), »The Causal Effects of the Minimum Wage Introduction in Germany – An Overview«, *German Economic Review* 20(3), 257–292.
- Deutsche Bundesbank (2021), *Monatsbericht* Juni, Frankfurt am Main.
- Dustmann, C., U. Schönberg, M. Umkehrer, und P. vom Berge (2021), »Reallocation Effects of the Minimum Wage«, *Quarterly Journal of Economics*, im Erscheinen.
- Harasztsi, P. und A. Lindner (2019), »Who Pays for the Minimum Wage?«, *American Economic Review* 109(8), 2693–2727.
- Lehmann, R., M. Reif und T. Wollmershäuser (2020), »ifoCAST: Der neue Prognosestandard des ifo Instituts«, *ifo Schnelldienst* 73(11), 31–39.
- Link, S. (2019), »The Price and Employment Response of Firms to the Introduction of Minimum Wages«, CESifo Working Paper Nr. 7575.
- Link, S. und S. Sauer (2020), »Lockdown light: lässt Kurzarbeit im November wieder etwas ansteigen«, *ifo Schnelldienst* 73(12), 58–63.
- Lübker, M. und T. Schulzen (2021), »WSI-Mindestlohnbericht 2021: Ist Europa auf dem Weg zu angemessenen Mindestlöhnen?«, *WSI Report* Nr. 63, Februar.
- Mindestlohnkommission (2018), *Zweiter Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns*, Bericht der Mindestlohnkommission an die Bundesregierung nach §9 Abs. 4 Mindestlohngesetz, Berlin.
- Müller, U. und M. W. Watson (2020), »Low-Frequency Analysis of Economic Time Series«, Entwurf für das Handbook of Econometrics, Vol. 7, verfügbar unter: <https://www.princeton.edu/~mwatson/wp.html>.
- Pusch, T. (2021), »12 Euro Mindestlohn: Deutliche Lohnsteigerungen vor allem bei nicht tarifgebundenen Beschäftigten«, *WSI Policy Brief* Nr. 62, 10.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016), *Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert* – Stand: Frühjahrsgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, München.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020), *Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie* – Stand: Herbstgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Kiel.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2021), *Krise wird allmählich überwunden – Handel an geringem Wachstum ausrichten* – Stand: Herbstgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Halle.
- Sauer, S. und T. Wollmershäuser (2021), »Fachkräftemangel wird zunehmend zur Belastung für die deutsche Wirtschaft«, *ifo Schnelldienst* digital 2(17).
- Statistisches Bundesamt (2016), »4 Millionen Jobs vom Mindestlohn betroffen«, Pressemitteilung, 6. April, Nr. 121.
- Wollmershäuser, T., P. Brandt, C. Grimme, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, M. Menkhoff, S. Möhrle, A.-C. Rathje, P. Sandqvist, R. Šauer, M. Stöckli und K. Wohlrabe (2021a), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2021: Deutsche Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Öffnungen und Lieferengpässen«, *ifo Schnelldienst* 74, Sonderausgabe Juni.
- Wollmershäuser, T., P. Brandt, C. Grimme, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, P. Sandqvist, R. Šauer, M. Stöckli und K. Wohlrabe (2021b), »ifo Konjunkturprognose Herbst 2021: Lieferengpässe in der Industrie bremsen gesamtwirtschaftliche Erholung«, *ifo Schnelldienst* digital 2(13).
- Wollmershäuser, T., M. Göttert, C. Grimme, S. Lautenbacher, R. Lehmann, S. Link, M. Menkhoff, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Reif, P. Sandqvist, R. Šauer, M. Stöckli und A. Wolf (2020), »ifo Konjunkturprognose Winter 2020: Das Coronavirus schlägt zurück – erneuter Shutdown bremst Konjunktur ein zweites Mal aus«, *ifo Schnelldienst* 73, Sonderausgabe Dezember.
- Wollmershäuser, T., M. Göttert, C. Grimme, S. Lautenbacher, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Reif, P. Sandqvist, R. Šauer und M. Stöckli (2021c), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2021: Deutsche Wirtschaft taumelt in die dritte Coronawelle«, *ifo Schnelldienst* digital 2(9).

6. Tabellenanhang

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2020				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 050,3	2 055,5	360,5	634,3	-
2 -	Abschreibungen	658,4	383,5	81,8	193,2	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 391,9	1 672,0	278,8	441,1	- 192,8
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 847,9	1 330,5	284,1	233,2	15,7
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,8	16,8	0,6	9,4	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	67,5	46,5	0,1	20,9	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	584,7	371,1	- 5,8	219,4	- 208,5
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 852,1	-	-	1 852,1	11,4
9 -	Geleistete Subventionen	71,3	-	71,3	-	5,0
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	345,9	-	345,9	-	7,0
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	582,2	542,9	21,0	18,3	175,3
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	673,6	327,8	19,8	326,0	83,8
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 802,8	156,0	267,6	2 379,3	- 286,5
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	417,2	74,4	-	342,8	10,9
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	427,6	-	427,6	-	0,5
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	746,8	-	-	746,8	3,8
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	747,3	138,5	607,9	0,9	3,2
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	666,7	70,8	595,1	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	659,1	-	-	659,1	8,3
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	367,4	198,3	82,5	86,6	57,5
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	315,9	178,6	24,2	113,0	109,1
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 754,6	129,6	649,8	1 975,2	- 238,3
23 -	Konsumausgaben	2 462,6	-	754,6	1 708,0	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,9	-	59,9	-
25 =	Sparen	292,0	69,7	- 104,8	327,1	- 238,3
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	82,1	19,7	48,0	14,5	4,0
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	69,7	30,4	15,5	23,8	16,4
28 -	Bruttoinvestitionen	712,2	399,8	90,9	221,5	-
29 +	Abschreibungen	658,4	383,5	81,8	193,2	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 0,5	- 0,0	- 1,2	0,7	0,5
31 =	Finanzierungssaldo	226,3	64,2	- 145,2	307,4	- 226,3
	Nachrichtlich:	-	-	-	-	-
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 754,6	129,6	649,8	1 975,2	- 238,3
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	472,2	-	472,2	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	472,2	-	-	472,2	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 754,6	129,6	177,6	2 447,4	- 238,3
38 -	Konsum 3)	2 462,6	-	282,4	2 180,1	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,9	-	59,9	-
40 =	Sparen	292,0	69,7	- 104,8	327,1	- 238,3

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2021				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 221,4	2 175,6	374,4	671,4	-
2 -	Abschreibungen	692,7	402,3	87,1	203,3	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 528,7	1 773,3	287,3	468,1	- 178,8
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 908,4	1 374,2	294,0	240,2	16,1
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,2	21,9	0,5	12,8	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	82,4	61,9	0,1	20,3	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	667,5	439,1	- 7,0	235,4	- 194,9
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 912,3	-	-	1 912,3	12,2
9 -	Geleistete Subventionen	100,0	-	100,0	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	383,8	-	383,8	-	7,3
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	559,1	520,0	21,1	18,0	185,9
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	661,5	344,9	15,7	300,9	83,5
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 966,0	264,0	271,4	2 430,6	- 282,4
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	437,5	91,4	-	346,2	11,9
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	449,2	-	449,2	-	0,2
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	771,2	-	-	771,2	4,3
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	772,0	140,9	630,3	0,9	3,5
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	684,7	72,4	611,4	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	676,8	-	-	676,8	8,5
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	373,2	197,2	88,6	87,3	63,8
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	325,2	176,6	31,9	116,7	111,8
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 922,5	220,5	682,7	2 019,3	- 239,0
23 -	Konsumausgaben	2 573,4	-	805,5	1 767,9	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,8	-	60,8	-
25 =	Sparen	349,2	159,7	- 122,7	312,2	- 239,0
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	87,4	18,1	53,8	15,4	4,0
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	76,0	34,5	16,5	25,0	15,4
28 -	Bruttoinvestitionen	802,8	464,6	90,2	248,1	-
29 +	Abschreibungen	692,7	402,3	87,1	203,3	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	2,1	2,5	- 1,4	0,9	- 2,1
31 =	Finanzierungssaldo	225,6	111,3	- 161,8	276,1	- 225,6
	Nachrichtlich:	-	-	-	-	-
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 922,5	220,5	682,7	2 019,3	- 239,0
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	499,1	-	499,1	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	499,1	-	-	499,1	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 922,5	220,5	183,6	2 518,4	- 239,0
38 -	Konsum 3)	2 573,4	-	306,4	2 267,0	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,8	-	60,8	-
40 =	Sparen	349,2	159,7	- 122,7	312,2	- 239,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2022				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 401,7	2 302,9	390,2	708,6	-
2 -	Abschreibungen	730,3	422,3	92,2	215,8	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 671,4	1 880,6	298,1	492,7	- 148,6
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 993,6	1 439,0	306,0	248,5	16,8
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,0	23,0	0,5	11,5	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	48,2	35,7	0,1	12,4	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	691,1	454,3	- 8,3	245,1	- 165,4
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 997,1	-	-	1 997,1	13,3
9 -	Geleistete Subventionen	62,0	-	62,0	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	415,0	-	415,0	-	7,6
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	619,9	583,1	17,8	18,9	192,0
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	729,1	358,7	18,5	351,9	82,9
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 150,4	229,9	345,4	2 575,1	- 258,4
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	445,6	96,9	-	348,8	12,3
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	458,0	-	458,0	-	0,0
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	800,8	-	-	800,8	4,2
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	801,6	145,8	655,0	0,9	3,4
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	693,8	74,2	618,7	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	685,5	-	-	685,5	8,9
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	375,1	197,5	92,8	84,8	71,0
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	329,0	178,3	30,8	119,9	117,1
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 109,1	185,3	777,7	2 146,1	- 217,1
23 -	Konsumausgaben	2 761,9	-	818,5	1 943,4	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,4	-	61,4	-
25 =	Sparen	347,2	123,9	- 40,8	264,2	- 217,1
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	91,5	17,0	57,9	16,6	4,0
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	81,5	38,1	17,2	26,1	14,0
28 -	Bruttoinvestitionen	860,4	488,8	94,4	277,2	-
29 +	Abschreibungen	730,3	422,3	92,2	215,8	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 0,9	- 0,3	- 1,4	0,8	0,9
31 =	Finanzierungssaldo	208,0	78,9	- 82,4	211,6	- 208,0
	Nachrichtlich:	-	-	-	-	-
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 109,1	185,3	777,7	2 146,1	- 217,1
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	516,0	-	516,0	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	516,0	-	-	516,0	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 109,1	185,3	261,7	2 662,1	- 217,1
38 -	Konsum 3)	2 761,9	-	302,6	2 459,3	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,4	-	61,4	-
40 =	Sparen	347,2	123,9	- 40,8	264,2	- 217,1

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2023				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 565,8	2 419,3	404,0	742,5	-
2 -	Abschreibungen	763,9	449,1	95,2	219,5	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 801,9	1 970,2	308,8	522,9	- 171,1
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 065,4	1 492,3	317,0	256,1	17,4
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	37,0	24,4	0,4	12,2	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	30,9	27,3	0,1	3,4	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	730,4	480,9	- 8,6	258,1	- 188,5
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 069,2	-	-	2 069,2	13,7
9 -	Geleistete Subventionen	43,5	-	43,5	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	433,8	-	433,8	-	7,7
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	652,2	616,4	16,2	19,7	196,8
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	766,5	373,1	18,2	375,3	82,5
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 304,1	237,6	383,7	2 682,8	- 286,2
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	471,6	104,4	-	367,2	12,9
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	484,6	-	484,6	-	0,0
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	830,4	-	-	830,4	4,4
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	831,2	140,1	690,2	0,9	3,5
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	717,4	76,5	640,1	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	709,0	-	-	709,0	9,0
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	381,4	201,5	95,3	84,6	74,9
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	339,0	181,9	33,7	123,5	117,3
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 267,0	177,1	856,8	2 233,1	- 249,1
23 -	Konsumausgaben	2 878,7	-	835,9	2 042,7	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,0	-	62,0	-
25 =	Sparen	388,3	115,2	20,9	252,3	- 249,1
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	89,8	15,0	57,0	17,8	4,0
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	81,2	36,2	17,8	27,2	12,6
28 -	Bruttoinvestitionen	903,1	511,5	99,5	292,1	-
29 +	Abschreibungen	763,9	449,1	95,2	219,5	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 0,6	- 0,0	- 1,4	0,8	0,6
31 =	Finanzierungssaldo	241,1	74,0	- 21,2	188,3	- 241,1
	Nachrichtlich:	-	-	-	-	-
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 267,0	177,1	856,8	2 233,1	- 249,1
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	533,5	-	533,5	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	533,5	-	-	533,5	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 267,0	177,1	323,3	2 766,6	- 249,1
38 -	Konsum 3)	2 878,7	-	302,4	2 576,3	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,0	-	62,0	-
40 =	Sparen	388,3	115,2	20,9	252,3	- 249,1

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

	2020	2021 (2)	2022 (2)	2023 (2)	2021		2022 (2)		2023 (2)	
					1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Zahl der Erwerbstätigen	-0,8	0,0	0,9	0,7	-0,7	0,7	0,9	0,9	0,9	0,4
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	-4,2	2,2	1,1	0,5	1,6	2,8	3,1	-0,6	1,0	-0,1
Arbeitsvolumen	-4,9	2,2	2,0	1,2	0,9	3,5	4,0	0,3	2,0	0,4
Produktivität 4)	0,4	0,3	1,6	1,7	2,3	-1,5	-0,4	3,6	2,5	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-4,6	2,5	3,7	2,9	3,2	1,9	3,5	3,9	4,5	1,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Mrd. EUR										
Konsumausgaben	2462,6	2573,4	2761,9	2878,7	1217,8	1355,5	1329,0	1432,9	1408,4	1470,2
Private Konsumausgaben 5)	1708,0	1767,9	1943,4	2042,7	830,3	937,6	929,0	1014,4	1001,0	1041,8
Konsumausgaben des Staates	754,6	805,5	818,5	835,9	387,5	418,0	400,0	418,5	407,5	428,5
Bruttoanlageinvestitionen	735,9	784,8	854,2	904,8	373,4	411,4	404,7	449,6	436,7	468,1
Bauten	380,1	416,4	459,4	480,6	196,8	219,7	221,3	238,2	234,8	245,8
Ausrüstungen	216,9	226,9	242,6	262,8	109,8	117,2	111,5	131,0	125,5	137,3
Sonstige Anlagen	138,9	141,4	152,2	161,4	66,8	74,6	71,9	80,4	76,3	85,0
Vorratsveränderungen 6)	-23,7	18,1	6,1	-1,7	9,8	8,3	7,6	-1,4	0,9	-2,6
Inländische Verwendung	3174,8	3376,2	3622,3	3781,8	1601,0	1775,2	1741,3	1881,0	1846,0	1935,8
Außenbeitrag	192,8	178,8	148,6	171,1	109,3	69,4	82,0	66,5	98,3	72,8
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	5,7	5,0	3,9	4,3	6,4	3,8	4,5	3,4	5,1	3,6
Exporte	1462,1	1654,6	1842,6	1967,2	805,8	848,8	895,0	947,6	979,2	988,0
Importe	1269,3	1475,9	1694,1	1796,2	696,5	779,4	813,0	881,1	881,0	915,2
Bruttoinlandsprodukt	3367,6	3555,0	3770,8	3952,9	1710,3	1844,6	1823,3	1947,6	1944,3	2008,6
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Konsumausgaben	-1,8	4,5	7,3	4,2	2,1	6,8	9,1	5,7	6,0	2,6
Private Konsumausgaben 5)	-5,3	3,5	9,9	5,1	0,0	6,8	11,9	8,2	7,7	2,7
Konsumausgaben des Staates	7,0	6,7	1,6	2,1	6,8	6,7	3,2	0,1	1,9	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	-0,9	6,6	8,9	5,9	6,3	7,0	8,4	9,3	7,9	4,1
Bauten	4,4	9,6	10,3	4,6	5,1	13,9	12,5	8,4	6,1	3,2
Ausrüstungen	-10,0	4,6	6,9	8,3	11,8	-1,3	1,6	11,8	12,5	4,8
Sonstige Anlagen	1,4	1,8	7,7	6,0	1,4	2,2	7,5	7,8	6,2	5,8
Inländische Verwendung	-3,1	6,3	7,3	4,4	3,2	9,3	8,8	6,0	6,0	2,9
Exporte	-9,7	13,2	11,4	6,8	14,2	12,2	11,1	11,6	9,4	4,3
Importe	-10,8	16,3	14,8	6,0	11,8	20,6	16,7	13,1	8,4	3,9
Bruttoinlandsprodukt	-3,0	5,6	6,1	4,8	4,7	6,4	6,6	5,6	6,6	3,1
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)										
a) Mrd. EUR										
Konsumausgaben	2294,7	2322,9	2425,6	2483,2	1116,4	1206,5	1179,1	1246,5	1224,5	1258,7
Private Konsumausgaben 5)	1615,2	1621,7	1726,5	1784,2	768,8	852,9	830,7	895,8	878,8	905,4
Konsumausgaben des Staates	678,5	699,4	699,0	699,6	346,2	353,2	347,9	351,1	345,9	353,7
Bruttoanlageinvestitionen	664,4	675,1	703,4	730,7	328,3	346,8	334,4	369,0	353,9	376,8
Bauten	324,5	328,7	339,1	346,6	161,3	167,4	164,2	174,9	170,1	176,6
Ausrüstungen	207,9	213,9	225,1	241,0	103,8	110,1	103,6	121,5	115,2	125,8
Sonstige Anlagen	130,3	131,0	138,2	143,6	62,2	68,7	65,6	72,6	68,4	75,2
Inländische Verwendung	2941,5	3012,9	3125,2	3204,4	1458,4	1554,5	1517,2	1608,0	1577,1	1627,3
Exporte	1431,4	1535,9	1615,8	1712,6	768,7	767,2	787,1	828,6	854,4	858,2
Importe	1278,2	1377,3	1451,7	1532,5	674,5	702,8	697,6	754,1	752,4	780,0
Bruttoinlandsprodukt	3096,7	3175,3	3293,3	3387,6	1553,6	1621,7	1608,3	1685,1	1680,5	1707,1
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Konsumausgaben	-3,2	1,2	4,4	2,4	0,0	2,4	5,6	3,3	3,9	1,0
Private Konsumausgaben 5)	-5,9	0,4	6,5	3,3	-1,8	2,5	8,0	5,0	5,8	1,1
Konsumausgaben des Staates	3,5	3,1	0,0	0,1	4,2	2,0	0,5	-0,6	-0,6	0,7
Bruttoanlageinvestitionen	-2,2	1,6	4,2	3,9	3,7	-0,3	1,9	6,4	5,8	2,1
Bauten	2,5	1,3	3,2	2,2	1,6	1,0	1,8	4,5	3,6	0,9
Ausrüstungen	-11,2	2,9	5,2	7,0	10,2	-3,2	-0,2	10,4	11,2	3,5
Sonstige Anlagen	1,0	0,5	5,5	3,9	0,2	0,7	5,4	5,6	4,1	3,7
Inländische Verwendung	-4,0	2,4	3,7	2,5	1,2	3,6	4,0	3,4	3,9	1,2
Exporte	-9,3	7,3	5,2	6,0	11,4	3,5	2,4	8,0	8,5	3,6
Importe	-8,6	7,8	5,4	5,6	7,6	7,9	3,4	7,3	7,9	3,4
Bruttoinlandsprodukt	-4,6	2,5	3,7	2,9	3,2	1,9	3,5	3,9	4,5	1,3

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2020	2021 (2)	2022 (2)	2023 (2)	2021		2022 (2)		2023 (2)	
					1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
					4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)					
Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Konsumausgaben	1,4	3,2	2,8	1,8	2,0	4,3	3,3	2,3	2,0	1,6
Private Konsumausgaben 5)	0,6	3,1	3,3	1,7	1,8	4,2	3,6	3,0	1,8	1,6
Konsumausgaben des Staates	3,3	3,6	1,7	2,1	2,5	4,6	2,7	0,7	2,5	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,4	5,0	4,5	2,0	2,5	7,3	6,4	2,7	2,0	2,0
Bauten	1,8	8,2	6,9	2,3	3,5	12,7	10,5	3,7	2,4	2,3
Ausrüstungen	1,3	1,7	1,6	1,2	1,5	1,9	1,8	1,3	1,2	1,2
Sonstige Anlagen	0,4	1,3	2,1	2,0	1,2	1,4	2,0	2,1	2,0	2,0
Inländische Verwendung	0,9	3,8	3,4	1,8	2,0	5,6	4,5	2,4	2,0	1,7
Exporte	-0,4	5,5	5,9	0,7	2,5	8,4	8,5	3,4	0,8	0,7
Importe	-2,4	7,9	8,9	0,4	4,0	11,7	12,9	5,4	0,5	0,4
Bruttoinlandsprodukt	1,6	3,0	2,3	1,9	1,4	4,4	3,0	1,6	2,1	1,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Mrd. EUR										
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2379,3	2430,6	2575,1	2682,8	1187,1	1243,5	1256,1	1319,0	1324,2	1358,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	338,0	348,5	361,1	374,7	169,2	179,2	175,4	185,7	182,0	192,8
Bruttolöhne und -gehälter	1514,1	1563,8	1636,0	1694,4	739,0	824,8	780,4	855,6	807,8	886,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	527,2	518,3	578,0	613,7	278,8	239,5	300,3	277,7	334,4	279,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	423,6	535,4	575,2	621,3	226,0	309,4	250,0	325,2	289,8	331,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2802,8	2966,0	3150,4	3304,1	1413,1	1552,8	1506,1	1644,2	1614,0	1690,1
Abschreibungen	658,4	692,7	730,3	763,9	339,5	353,2	362,1	368,2	378,5	385,4
Bruttonationaleinkommen	3461,3	3658,6	3880,7	4068,0	1752,6	1906,0	1868,3	2012,4	1992,5	2075,5
nachrichtlich:										
Volkseinkommen	2528,2	2682,2	2797,4	2913,8	1282,6	1399,6	1333,2	1464,1	1417,5	1496,3
Arbeitnehmerentgelte	1852,1	1912,3	1997,1	2069,2	908,3	1004,0	955,8	1041,3	989,8	1079,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	676,1	769,9	800,3	844,6	374,3	395,6	377,5	422,8	427,8	416,9
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte	-1,6	2,2	5,9	4,2	0,7	3,6	5,8	6,1	5,4	3,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,0	3,1	3,6	3,8	2,9	3,2	3,6	3,6	3,8	3,8
Bruttolöhne und -gehälter	-0,7	3,3	4,6	3,6	2,4	4,1	5,6	3,7	3,5	3,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	-0,1	3,1	3,5	2,8	2,9	3,2	4,4	2,7	2,5	3,0
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,4	3,7	4,0	2,5	3,6	3,8	5,8	2,4	2,2	2,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-6,5	-1,7	11,5	6,2	-4,7	2,1	7,7	16,0	11,3	0,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-19,8	26,4	7,4	8,0	36,3	20,0	10,6	5,1	15,9	1,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	-4,9	5,8	6,2	4,9	5,1	6,5	6,6	5,9	7,2	2,8
Abschreibungen	3,0	5,2	5,4	4,6	3,1	7,3	6,7	4,2	4,5	4,7
Bruttonationaleinkommen	-3,5	5,7	6,1	4,8	4,7	6,7	6,6	5,6	6,7	3,1
nachrichtlich:										
Volkseinkommen	-3,1	6,1	4,3	4,2	6,4	5,8	4,0	4,6	6,3	2,2
Arbeitnehmerentgelte	-0,2	3,2	4,4	3,6	2,5	4,0	5,2	3,7	3,6	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-10,2	13,9	3,9	5,5	17,2	10,9	0,9	6,9	13,3	-1,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.										
a) Mrd. EUR										
Masseneinkommen	1540,1	1596,3	1658,1	1714,3	767,3	829,1	798,1	860,0	824,5	889,8
Nettolöhne und -gehälter	1021,3	1061,4	1115,8	1152,5	495,9	565,5	530,8	585,0	548,1	604,4
Monetäre Sozialleistungen	659,1	676,8	685,5	709,0	342,8	334,0	338,1	347,4	349,2	359,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	140,3	141,8	143,2	147,2	71,4	70,5	70,8	72,4	72,8	74,4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	527,2	518,3	578,0	613,7	278,8	239,5	300,3	277,7	334,4	279,2
Sonstige Transfers (Saldo)	-92,1	-95,3	-89,9	-94,9	-48,5	-46,8	-45,4	-44,5	-49,4	-45,5
Verfügbares Einkommen	1975,2	2019,3	2146,1	2233,1	997,6	1021,7	1053,0	1093,1	1109,5	1123,5
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	59,9	60,8	61,4	62,0	29,5	31,3	29,9	31,5	30,1	31,8
Private Konsumausgaben 5)	1708,0	1767,9	1943,4	2042,7	830,3	937,6	929,0	1014,4	1001,0	1041,8
Sparen	327,1	312,2	264,2	252,3	196,9	115,4	153,9	110,3	138,7	113,6
Sparquote 7)	16,1	15,0	12,0	11,0	19,2	11,0	14,2	9,8	12,2	9,8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Masseneinkommen	2,9	3,7	3,9	3,4	4,2	3,2	4,0	3,7	3,3	3,5
Nettolöhne und -gehälter	-0,1	3,9	5,1	3,3	3,1	4,7	7,0	3,5	3,3	3,3
Monetäre Sozialleistungen	8,1	2,7	1,3	3,4	5,6	-0,2	-1,4	4,0	3,3	3,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,8	1,1	1,0	2,8	3,3	-1,1	-0,7	2,8	2,8	2,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-6,5	-1,7	11,5	6,2	-4,7	2,1	7,7	16,0	11,3	0,6
Verfügbares Einkommen	0,8	2,2	6,3	4,0	1,5	3,0	5,5	7,0	5,4	2,8
Private Konsumausgaben 5)	-5,3	3,5	9,9	5,1	0,0	6,8	11,9	8,2	7,7	2,7
Sparen	49,6	-4,6	-15,4	-4,5	8,4	-20,7	-21,8	-4,4	-9,9	3,0

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2020	2021 (2)	2022 (2)	2023 (2)	2021		2022 (2)		2023 (2)	
					1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates										
a) Mrd. EUR										
Einnahmen										
Steuern	773,4	833,1	873,0	918,3	412,5	420,6	434,2	438,8	463,2	455,1
Nettosozialbeiträge	607,9	630,3	655,0	690,2	306,0	324,3	319,2	335,8	334,5	355,7
Vermögenseinkünfte	19,8	15,7	18,5	18,2	8,1	7,6	11,0	7,5	10,9	7,3
Sonstige Übertragungen	24,2	31,9	30,8	33,7	15,9	15,9	14,7	16,1	16,1	17,5
Vermögensübertragungen	15,5	16,5	17,2	17,8	7,6	8,9	8,5	8,7	8,8	9,0
Verkäufe	125,9	130,6	135,6	140,0	61,0	69,6	63,1	72,5	65,2	74,8
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
Einnahmen insgesamt	1566,9	1658,2	1730,2	1818,4	811,1	847,1	850,8	879,4	898,8	919,5
Ausgaben										
Vorleistungen	209,8	232,6	223,7	220,1	107,5	125,1	106,8	116,9	104,0	116,1
Arbeitnehmerentgelte	284,1	294,0	306,0	317,0	141,1	152,9	146,9	159,1	152,2	164,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,6	0,5	0,5	0,4	0,2	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	21,0	21,1	17,8	16,2	11,6	9,5	9,3	8,5	8,4	7,8
Subventionen	71,3	100,0	62,0	43,5	53,9	46,1	33,9	28,2	23,1	20,4
Monetäre Sozialleistungen	595,1	611,4	618,7	640,1	310,5	300,9	304,9	313,7	315,0	325,1
Soziale Sachleistungen	310,1	329,1	340,2	351,8	160,5	168,6	167,2	173,0	173,0	178,8
Sonstige Transfers	82,5	88,6	92,8	95,3	43,2	45,4	45,1	47,7	46,1	49,2
Vermögenstransfers	48,0	53,8	57,9	57,0	20,2	33,7	24,1	33,8	23,6	33,4
Bruttoinvestitionen	90,9	90,2	94,4	99,5	39,1	51,1	41,0	53,5	43,2	56,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,2	-1,4	-1,4	-1,4	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Ausgaben insgesamt	1712,1	1820,0	1812,7	1839,5	887,2	932,9	878,7	934,0	888,2	951,4
Finanzierungssaldo	-145,2	-161,8	-82,4	-21,2	-76,1	-85,8	-27,9	-54,6	10,6	-31,8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	-6,5	7,7	4,8	5,2	5,6	9,8	5,3	4,3	6,7	3,7
Nettosozialbeiträge	1,6	3,7	3,9	5,4	3,6	3,8	4,3	3,5	4,8	5,9
Vermögenseinkünfte	-8,9	-20,5	17,6	-1,8	-32,5	-1,9	36,2	-2,1	-1,5	-2,1
Sonstige Übertragungen	-6,5	31,5	-3,3	9,2	41,4	23,0	-7,5	0,9	9,5	9,0
Vermögensübertragungen	13,5	6,4	4,2	3,6	6,7	6,1	11,7	-2,3	4,3	3,0
Verkäufe	-0,7	3,8	3,8	3,2	4,9	2,8	3,4	4,2	3,3	3,2
Sonstige Subventionen										
Einnahmen insgesamt	-2,9	5,8	4,3	5,1	4,7	6,9	4,9	3,8	5,6	4,6
Ausgaben										
Vorleistungen	13,9	10,9	-3,8	-1,6	10,7	11,0	-0,7	-6,5	-2,6	-0,7
Arbeitnehmerentgelt	4,2	3,5	4,1	3,6	3,5	3,5	4,1	4,1	3,6	3,6
Sonstige Produktionsabgaben										
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-23,4	0,6	-15,6	-9,0	0,4	1,0	-20,0	-10,1	-9,0	-9,0
Subventionen	130,2	40,4	-38,0	-29,9	44,4	36,0	-37,2	-38,9	-31,7	-27,7
Monetäre Sozialleistungen	8,9	2,7	1,2	3,5	6,1	-0,5	-1,8	4,3	3,3	3,6
Soziale Sachleistungen	3,4	6,1	3,4	3,4	7,4	4,9	4,2	2,6	3,4	3,4
Sonstige Transfers	10,5	7,4	4,7	2,7	8,3	6,6	4,4	5,0	2,2	3,1
Vermögenstransfers	10,2	12,3	7,5	-1,5	13,1	11,8	19,6	0,3	-2,1	-1,1
Bruttoinvestitionen	8,7	-0,8	4,7	5,4	-3,1	1,1	4,6	4,7	5,6	5,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern										
Ausgaben insgesamt	9,6	6,3	-0,4	1,5	7,9	4,8	-1,0	0,1	1,1	1,9
nachrichtlich:										
Finanzierungssaldo in % des BIP	-4,3	-4,6	-2,2	-0,5	-4,4	-4,7	-1,5	-2,8	0,5	-1,6

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

3) Geleistete Arbeitsstunden.

4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).



THEMA IM NÄCHSTEN IFO SCHNELLDIENST:

ifo Schnelldienst 1/2022 erscheint am 19. Januar 2022

Strategien gegen die Flaschenhals-Rezession: Was hilft bei Lieferengpässen und steigenden Preisen?